KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 186 Juli / August 2016 3,– €



Viele Städte oder Viertel in Nordkurdistan sind vom türkischen Militär vollkommen zerstört worden. Foto: ANF



Die Bevölkerung musste aus den zerstörten Ortschaften fliehen und lebt nun am Stadtrand in Zelten. Foto: DIHA



Rojava soll durch die Embargopolitik in die Knie gezwungen werden. Durch andauernde Proteste öffnete die KRG den Grenzübergang Semalka mit Einschränkungen. Foto: ANF

Liebe Leserinnen und Leser,

leider können wir auch diese Ausgabe nicht mit erfreulichen Nachrichten beginnen. Der Krieg dominiert das Geschehen in Kurdistan. Nach Cizîr und Sûr hat der türkische Staat auch in Nisêbîn, Gever und Şirnex sein hässliches Gesicht gezeigt. Das Ausmaß der Zerstörung ist groß. Das Kalkül des Regimes der Türkei bei diesem Krieg ist deutlich ersichtlich. Die Hochburgen der kurdischen Freiheitsbewegung sollen dem Erdboden gleichgemacht, die Bevölkerung gedemütigt und zur Emigration gezwungen werden. Die in die Flucht getriebene Bevölkerung soll dann mit syrischen Flüchtlingen ersetzt werden. So soll in die demographischen Verhältnisse in der Region eingegriffen werden, um langfristig die Widerstandspotentiale unter Kontrolle zu bringen.

Doch Pläne wie diese sind nicht neu. Sie begleiten die gesamte Geschichte der Republik Türkei und doch sind sie bis heute nicht von Erfolg gekrönt. Und eben weil die meisten Menschen aus den betroffenen Regionen sich dieser Pläne der AKP bewusst sind, verlassen sie ihre Heimat nicht, auch wenn sie unter schwierigen Umständen ihre Existenz von Neuem aufbauen müssen.

Mit diesem Krieg will Erdoğan die letzte Opposition gegen die Präsidialdiktatur, die er umgesetzt sehen möchte, brechen. Und weil ihm der Widerstand sichtlich Kopfschmerzen bereitet, hat er nun jüngst wieder den Schulterschluss mit den Militärs gesucht, die er vor nicht allzu langer Zeit persönlich in den Ergenekon-Prozessen einbuchten ließ. Damit nicht genug, mit einem neuen Gesetz hat seine AKP die Armee mit neuen Befugnissen im Krieg gegen die KurdInnen ausgestattet. Nun können türkische Soldaten auch rechtlich geschützt Kriegsverbrechen begehen, ohne juristische Konsequenzen zu befürchten. Eine rechtliche Verfolgung der Verbrechen der Armee soll nur noch auf Befehl des Verteidigungsministeriums oder des Ministerpräsidenten möglich sein. Während also die Immunität der HDP-Abgeordneten im Parlament aufgehoben werden soll, wird sie der türkischen Armee zugesichert.

Die ausufernde Aggressivität der türkischen Regierung ist ohne Zweifel auch Ausdruck ihrer Verzweiflung. Denn während der Widerstand der kurdischen Freiheitsbewegung dem Regime Erdoğan innerhalb der türkischen Staatsgrenzen zu schaffen macht, ist es in Syrien der anhaltende Erfolg des Projekts Rojava. Die vom IS kontrollierte Stadt Minbic wurde von den Einheiten der Demokratischen Kräfte Syriens eingekreist. Minbic ist von strategisch großer Bedeutung, denn die Stadt ist eine der letzten großen Festungen des IS vor dem Kanton Afrîn. Gelingt die Befreiung der Stadt, könnte der Zusammenschluss der Kantone Rojavas der nächste Schritt sein. Für das Erdoğan-Regime wäre das der Super-GAU, weswegen AKP-Funktionäre bereits den Kontakt zum Assad-Regime suchen, um Bündnisse gegen etwaige Entwicklungen zu schmieden. Doch die »rote Linie« des Erdoğan-Regimes, mit der ein Vorstoß der YPG westlich des Euphrats zum Tabu erklärt wurde, hat sich längst in Luft ausgelöst. Und auch die weiteren Errungenschaften in Rojava werden wohl kaum aus Ankara zu stoppen sein.

Und mit dem Erfolg in Rojava und Nordsyrien wird auch der Widerstand in den übrigen Teilen Kurdistans an Auftrieb gewinnen!

Es grüßt die Redaktion des Kurdistan Report

Aktuelle Bewertung

Die kurdische Frage gewinnt einen regionalen Charakter, der türkische Status quo bröckelt

Baki Gül, Journalist

Die kurdische Frage ist aufgrund ihrer geografischen Auswirkungen, Bevölkerungsanteile und des Charakters der Staaten, auf die Kurdistan aufgeteilt ist, eine Frage der ganzen Region. Denn die Staaten, die heute Kurdistan unter ihrer Herrschaft behalten wollen, Iran, Türkei, Irak und Syrien, durchleben Entwicklungen, die die Tagesordnung des Mittleren Ostens und der Welt bestimmen.

Kurdistan wurde 1639 mit dem Abkommen von Qasr-e Schirin zwischen dem safawidischen Iran und dem Osmanischen Reich, der osmanische Teil dann am 16. Mai 1916 mit dem englisch-französischen Sykes-Picot-Geheimabkommen zwischen den späteren Staaten Syrien, Irak und Türkei aufgeteilt. Am 24. Juli 1923 schließlich wurde mit dem Vertrag von Lausanne die Teilung Kurdistans zwischen der Türkei, Syrien, Irak und Iran besiegelt.

Seit hundert Jahren hat das kurdische Volk zur Genüge das Leid dieser Teilung erfahren. Alle vier Staaten sind in sich voller Widersprüche und haben einen starren Charakter, weil sie – ausgeschlossen Iran – einen späten Nationenbildungsprozess durchlaufen haben und ihnen die Staatsstrukturen aufoktroyiert wurden. Auch wenn die Türkei die Staatsform der Republik angenommen hat, so hat das Regime mit seiner Prämisse »eine Nation, eine Sprache, eine Religion und eine Flagge« seinen eigenen nationalstaatlichen Status quo geschaffen und alle anderen, die dem widersprechen, verleugnet und abgelehnt. Aus diesem Grunde wurde jede Bemühung der Kurden, ihre Existenz zu manifestieren, blutig niedergeschlagen.

Auch Irak und Syrien unterschieden sich nicht sehr vom türkischen Staat. Irak und Syrien, die seit fünfzig Jahren vor allem vom Baathismus durchdrungen wurden, gründeten sich auf die arabische Herrschaft. Als aber in den neunziger Jahren die Entwicklungen im Mittleren Osten einen anderen Charakter annahmen, brach das unnachgiebige irakische Baath-Regime zusammen. Die Kurden im Irak erlangten eine relative Autonomie; was aber nicht heißt, dass das Problem vollständig gelöst wäre.

Die Situation in Syrien nahm 2010 eine Wende und das Regime versucht sich heute unter Gewalt und Chaos über Wasser zu halten. Dass sich die Kurden in diesem Chaos und gegen diese Gewalt in Form der Rojava-Revolution dargestellt haben, verweist auf den Charakter des kurdischen Status in der Zukunft. Die Revolution in Rojava wird nicht nur aufgrund ihrer militärischen Erfolge gegen den Islamischen Staat (IS) von der Welt mit Sympathie betrachtet und zum Teil anerkannt, sondern auch, weil sie gezeigt hat, dass Begriffe wie Säkularismus, Gleichheit, Freiheit, Emanzipation gelebt werden können. Dass die Kurden in Syrien-Rojava diese Entwicklung machen und diese Errungenschaften erzielen konnten, hat die Türkei in ihren Grundfesten erschüttert.

Die Türkei, die sich zum einen von dem Status, den die Kurden im Norden Iraks erreicht haben, und zum anderen von dem Status, den die Kurden im Norden Syriens erlangen werden, ausweglos in die Enge getrieben sieht, verhält sich immer aggressiver. Sollte der Status der Kurden in Irak und Syrien offiziell anerkannt werden, so würden sie politisch, militärisch und ökonomisch als eine Kraft sichtbar werden und die Türkei würde im Gegenzug in eine immer hilflosere Lage geraten. Denn die Beziehungen zu Irak und Syrien, die bislang die Hauptsäule ihres antikurdischen Pakts bildeten, werden nicht mehr dieselben sein wie früher und die Kurden werden sich mit ihren Geschwistern in den anderen Teilen Kurdistans noch schneller und wirksamer vereinen. Diese Entwicklungen und Optionen zwingen den türkischen Staat zu einer neuen Lagebewertung und zur Ausrichtung ihrer ganzen strategischen

Politik darauf, die Kurden sowohl in der Türkei als auch außerhalb verlieren zu lassen.

Ein Blick auf die politischen Verhältnisse in der Türkei zeigt, dass sich eigentlich widersprüchlich und anscheinend kompromisslos gegenüberstehende politische Kräfte heute verbündet sind. Die kemalistische Republikanische Volkspartei (CHP), die nationalkonservative islamische Partei für Gerechtigkeit und Wohlstand (AKP), die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) sowie einige sozialdemokratische und liberale Gruppen sind heute auf der Grundlage antikurdischer Politik ein Bündnis eingegangen.

Als bei den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 die Demokratische Partei der Völker (HDP) 6 Mio. Wählerstimmen auf sich vereinigen und mit 13,1 % Stimmenanteil 84 Sitze erringen konnte, haben AKP, CHP und MHP gemeinsam dafür gesorgt, dass Tayyip Erdoğan Neuwahlen abhalten konnte. Dabei konnte die HDP am 1. November wieder mit annähernd 6 Mio. Wählerstimmen und 11 % Stimmenanteil 59 Sitze erzielen. Die Wahlen wurden nicht unter demokratischen Umständen durchgeführt, folglich waren sie nicht einfach zu bewältigen. Kundgebungen und Parteibüros der Kurden wurden bombardiert, nach Angaben des Menschenrechtsvereins (IHD) Tausende Menschen festgenommen.

Weil es dem Charakter der türkischen Republik widerspricht, dass die Kurden sich auf dem Feld der demokratischen Politik präsentieren, zeigten AKP, MHP und CHP ein gemeinsames Vorgehen, um die HDP aus dem Parlament auszuschließen. Als weiterer Schritt wurde ebenfalls von AKP, CHP und MHP ein Gesetz verabschiedet, um das Militär davor zu bewahren, wegen seiner Verbrechen in Kurdistan juristisch belangt zu werden. Das Bündnis mag widersprüchlich erscheinen, ist es aber nicht. Denn die Ergenekon-Kräfte (türkische Geheimorganisation des Tiefen Staates), bestehend aus Militärs, Polizei und Paramilitärs, die 2010 von der AKP und Erdoğan ins Gefängnis gesteckt worden waren, wurden im Gegenzug zu ihrer kurdenfeindlichen Politik freigelassen und agieren heute mit der AKP zusammen.

Dabei hatte das Militär den Preis für seine militärische Niederlage gegen die PKK mit den Balyoz- und Ergenekon-Verfahren im Zeitraum 2008–2015 gezahlt. Diese Offensive gegen das aufgrund seiner Erfolglosigkeit gegen die PKK aus der Politik gedrängte Militär war ein gemeinsames Werk von AKP und Gülen-Gemeinde gewesen. Das Bündnis wurde jedoch von der wirksamen Politik der PKK gesprengt. Die AKP überwarf sich mit der Gülen-Gemeinde, was bis heute anhält. In die Ecke gedrängt und gegen die PKK immer mehr in Bedrängnis geraten, hat die AKP alle Militärangehörigen und Sicherheitskräfte aus den Gefängnissen geholt und sie erneut in Anspruch genommen.

Jetzt scheinen Erdoğan und die AKP-Regierung sich dem Militär noch weiter angenähert zu haben. Erneut bestimmt die Sorge über die Teilung des Landes die gesamte politische Tagesordnung der Türkei. Diese Sorge wird mit den Entwicklun-



Die von der türkischen Armee zerstörten Städte werden zum Zeichen des Triumphes mit der türkischen Nationalfahne behängt. So feiert eine Besatzungsarmee, auf Trümmern, ohne Bevölkerung. Foto: ANF

gen in Rojava begründet. Hinzu kommen der Umfang und die Radikalität des Widerstandes der PKK in Nordkurdistan sowie der Krieg, der in den Städten ausgetragen wird. Das alles hat den türkischen Staat auf einen unumkehrbaren Weg gebracht. Das wiederum führte dazu, dass einander widersprüchliche politische Kräfte in der Türkei wie die CHP, AKP und MHP ein Zwangsbündnis eingegangen sind. Allerdings ist es kein Geheimnis, dass diese drei Parteien strukturelle Widersprüche in sich tragen und als Ergebnis dessen eine tiefe Spaltung erleben.

Die Neutralisierung und politische Liquidierung des ehemaligen Ministerpräsidenten Davutoğlu durch Erdoğan-Anhänger hat zusätzlich den inneren Zerfall der AKP verstärkt.

Die Phase vor einer Krise in der AKP verläuft immer nach demselben Schema: »Ein Komplott ist im Gange, wir müssen zusammenhalten!« Immer dann wurde intern jemand politisch kaltgestellt und die Trennung erfolgte. Um nur einige Betroffene zu nennen: Zapsu, Dengir Fırat Miroğlu, Bülent Arınç, Hüseyin Çelik, Abdullah Gül, Ahmet Davutoğlu.

Auch die Spaltung zwischen der Gülen-Gemeinde und der AKP verlief nach diesem Muster, ebenso die Abwendung der Liberalen. Die AKP wurde mit der Zeit immer stärker von der faschistisch-monistischen Politik Erdoğans geformt und nahm einen Charakter an, der sowohl ihrer Basis als auch der gesamten türkischen Gesellschaft schadet.

Die Situation innerhalb der CHP ist eine ähnliche. Die Partei erfährt unter dem Vorsitz Kemal Kılıçdaroğlus und seiner Politiklosigkeit einen Abnutzungseffekt. Der Eindruck wird vermittelt, dass sie sich nur dann auf den Beinen halten kann, wenn sie Stütze für die AKP ist. Die CHP erlebt intern eine ideologische und politische Spaltung. Noch wichtiger ist, dass ihre Basis sich nicht mehr von ihr vertreten fühlt und nach Alternativen sucht.

Die MHP hingegen ist eine Partei, deren Verfallsdatum abgelaufen ist. Wie ein Lebensmittel mit abgelaufenem Haltbarkeitsdatum wird sie sich selbst und der Gesellschaft schaden. Daher ist eine politische Operation unumgänglich.

Was kann der türkische Staat unter diesen Umständen tun, was kann passieren und warum tritt die Figur Tayyip Erdoğan politisch immer mehr in den Vordergrund? Die Antwort kann unterschiedlich ausfallen. Nur das Bündnis der AKP mit Militär, CHP und MHP nach den Wahlen vom 7. Juni 2015 ermöglicht Erdoğan noch die politische Existenz. Denn nach den Wahlergebnissen hatte die AKP eine Niederlage erlitten und ihre alleinige Macht verloren. Die türkische Armee hat, um Fortschritte für die Kurden zu verhindern, Tayyip Erdoğan eine Rolle in der Politik zugestanden. Der hat im Gegenzug die politische Verantwortung für den Krieg übernommen, in dessen Folge seit einem Jahr Tausende ihr Leben verloren haben. Das führte dazu, dass die AKP erneut allein die Regierung stellt und weiterhin Erdoğan als Staatspräsident fungiert. Aber der kurdische Widerstand, der sich immer weiter ausbreitet, hat die Pläne der türkischen Armee und der AKP durchkreuzt.

Die Krise in der Türkei ist systembedingt und vertieft sich mit jedem Tag. Auch wenn Tayyip Erdoğan und seine AKP mit Ergenekon, Kemalisten, Nationalisten und Armee Bündnisse schließen, um nach Auswegen zu suchen, so sind die Bemühungen umsonst. Als Ausweg aus der Krise den Kurden den totalen Krieg zu erklären und mit Losungen wie »Nationalismus und nationale Einheit«, deren Verfallsdatum längst abgelaufen ist, Gewaltpolitik zu produzieren, wird zu keinerlei Lösung führen.

Als Ausweg aus der Krise den Kurden den totalen Krieg zu erklären und mit Losungen wie »Nationalismus und nationale Einheit«, deren Verfallsdatum längst abgelaufen ist, Gewaltpolitik zu produzieren, wird zu keinerlei Lösung führen.

Denn der kurdische Widerstand wird sich als Existenzgrundlage fortsetzen und verstärken. Die kurdische Befreiungsbewegung hat ihren am 15. August 1984 begonnenen Guerillakampf Ende 2015 auf ein neues Niveau gehoben und diese Phase hat sie historisch und gesellschaftlich zu außerordentlichen politischen, sozialen, diplomatischen und militärischen Ergebnissen geführt. Die AKP unter Erdoğan will diese Realität nicht sehen und verhindert diese Erkenntnis mit allen Mitteln. Aber die Realität wird sich irgendwie manifestieren.

Der Punkt, an dem die etablierten Parteien in der Türkei angelangt sind, ist eine systemimmanente Krise und eine Situation des Verfalls. Grund dafür ist der ununterbrochene Widerstand. Diese Realität war auch auf den Erster-Mai-Kundgebungen zu erkennen. Der Ausweg aus der Krise in der Türkei ist nur möglich mit einer Politik, wie sie die HDP vertritt. Eine Politik, volksnah, aufständisch, demokratisch und selbstbewusst, kann die Türkei freiheitlich gestalten. Die Art und Weise der Politik von AKP, CHP und MHP bringt dem Land nichts als Zerfall … ♦

Vorläufige Bewertung der Aufhebung der parlamentarischen Immunität am 20. Mai 2016

Kommission für auswärtige Angelegenheiten der Demokratischen Partei der Völker (HDP)

Am 20. Mai 2016 hob die Große Nationalversammlung der Türkei (TBMM) die parlamentarische Immunität von 138 Abgeordneten durch eine vorläufige Verfassungsänderung auf. Möglich wurde dies durch die gemeinsamen Bestrebungen einer antikurdischen nationalistischen Allianz, die sich zwischen der herrschenden AKP und der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) gebildet hatte. Die Republikanische Volkspartei (CHP), Mitglied der Sozialistischen Internationale, beteiligte sich ebenfalls an den Bestrebungen, stimmte für den Gesetzesentwurf, um zu beweisen, dass die Partei nicht auf der Seite der HDP stünde, erklärte diesen aber zugleich für verfassungswidrig. Die HDP ist seit den Wahlen im Juni 2015 nationalistischer Gewalt und staatlicher Repression ausgesetzt.



Die Aufhebung der Immunität begann mit den Äußerungen Recep Tayyip Erdoğans im Januar 2016, die Abgeordneten der HDP sollten ins Gefängnis geschickt werden. Die »vorläufige Verfassungsänderung« vom 20. Mai hebt die Immunität von Gesetzgebern aller in der TBMM vertretenen Parteien auf. Jedem, der die von Erdoğan geführten Debatten um den Gesetzesentwurf verfolgt, wird jedoch klar, dass sich dieser offen und gezielt gegen die HDP richtet und damit den Weg zu einer strafrechtlichen Verfolgung von 55 der 59 Abgeordneten der Partei aufgrund ihrer Äußerungen und Handlungen im Interesse ihrer Wählerschaft ebnet.

Der Gesetzesentwurf zur Immunität ermöglicht die Anklage von HDP-Abgeordneten in 510 Fällen, welche bis zum 20. Mai 2016 in den TBMM-Gremien anhängig waren. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass 105 dieser Akten noch am selben Tag in großer Eile an die TBMM geschickt wurden, um die HDP-Abgeordneten in einer Höchstzahl von Strafsachen verfolgen zu können. Die mangelnde Transparenz, mit der der Prozess geführt wurde, wurde dabei überdeutlich. Zudem liegen uns keine ausreichenden Informationen über die Vorwürfe vor, die gegen unsere Abgeordneten in jenen 93 Akten erhoben wurden, die in letzter Minute im Justizministerium eintrafen. Die insgesamt 547 Strafanzeigen aus den restlichen 417 Akten teilen sich wie folgt auf: »Propaganda für eine terroristische Organisation« (180-mal), »Verstoß gegen das Gesetz über Zusammenkünfte und Demonstrationen« (110), »Verherrlichung von Straftaten und Straftätern« (57), »Beleidigung des Präsidenten« (27), »Anstiftung zu Groll und Feindseligkeit« (21), »Ausführung einer Straftat im Namen einer terroristischen Organisation, ohne Mitglied dieser Organisation zu sein« (23), »Mitgliedschaft in einer bewaffneten Organisation« (9).[1]

1 Eine Liste mit Informationen über 417 der 510 Dossiers, die bis zum 20. Mai 2016 gegen die HDP-Abgeordneten erstellt wurden, kann online eingesehen werden: http://www.kurdistan-report.de/

Diese umfassende politisch-rechtliche »Terrorisierung« der HDP-Abgeordneten sollte ausgewertet werden, ebenso die Tatsache, dass sich praktisch alle Anklagepunkte auf Aussagen und Handlungen beziehen, bei denen die Abgeordneten für das HDP-Programm eintraten oder dieses erläuterten, einschließlich solcher, die auf parlamentarischem Grund, während Parteitreffen, Kundgebungen oder Presseerklärungen erfolgten.

Diese Handlungen fallen in den Bereich der im Rahmen der gesetzgeberischen Immunität garantierten Meinungsfreiheit und stehen in allen Fällen in direktem Zusammenhang mit Kritik an der Politik und dem Vorgehen der Regierung.

Die HDP hat gute Gründe zu der Annahme, dass die türkischen Gerichte diese Fälle nicht entsprechend der verfassungsmäßigen und demokratischen Rechte und Menschenrechte beurteilen werden.

***

Was die HDP von den anderen Parteien der politischen Führungsriege der Türkei unterscheidet, ist unser offenes, programmatisches Engagement für eine friedliche, gerechte und gleichberechtigte Lösung des langjährigen Kurdenkonflikts in der Türkei basierend auf der Anerkennung der individuellen und kollektiven Rechte des kurdischen Volkes, einschließlich des Rechts auf lokale Selbstverwaltung innerhalb der territorialen Integrität der Türkei.

Die HDP setzt sich für eine demokratische Autonomie aller Menschen in der Türkei ein. Der Wert, den der Vorschlag für eine demokratische Autonomie, Rechte zum Selbstschutz und die Entwicklung einer nachhaltigen Zukunft angesichts einer totalitären Regierung hat, wurde wiederholte Male deutlich, als die Regierung Pläne zur »städtischen Umbildung«, die Vertreibung aus kurdischen Städten sowie »Entwicklungs«-Pläne in der Schwarzmeerregion und andernorts anordnete und lokale Widerstände mit brutalen Militärinterventionen niederschlug.

Der zentrale Grund für den hohen Anteil an Wählerstimmen aus der kurdischen Region ist im Engagement der HDP für die demokratische Autonomie zu sehen. Die HDP hatte einen Anteil von etwa 80 Prozent an den insgesamt fünf bis sechs Millionen Stimmen, die uns in den aufeinanderfolgenden Parlamentswahlen vom Juni und November 2015 in die TBMM brachten.

***

Herr Erdoğan hat der HDP Terrorismus vorgeworfen – sogar als die HDP und ihre Anhänger während der beiden Wahl-



Allein gegen den Abgeordneten und Co-Vorsitzenden der Demokratischen Partei der Völker (HDP) Selahattin Demirtaş liegen 93 Anträge auf Anklage vor. Insgesamt wird gegen ihn zwei Mal lebenslänglich, zusätzlich weitere 486 Jahre Haft gefordert. Die Abgeordneten der HDP haben bereits im Vorfeld erklärt, dass sie den Vorladungen nicht Folge leisten werden. Foto: DIHA

Aus dem Aufruf zur Patenschaft für HDP-Abgeordnete:

»Parlamentarier schützen Parlamentarier

Die HDP ist eine progressive Partei, die durch die kurdische politische Opposition und andere unterrepräsentierte ethno-religiöse Bevölkerungsgruppen, Frauen sowie Arbeiter- und Umweltschutzgruppen ins Leben gerufen wurde. Im Mittelpunkt ihres Zusammenschlusses stehen Werte wie pluralistische Demokratie, Frieden, Gerechtigkeit und Gleichheit. Der Staatsstreich zielt ganz besonders auf diesen Pluralismus ab. Wir möchten hier deutlich machen, dass die letzte noch bestehende demokratische Opposition, die sich der ambitiösen autoritären Herrschaft Erdoğans widersetzt, die HDP ist. Doch es liegt nicht allein in der Verantwortung der HDP, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und gegen Erdoğans Alleinherrschaft zu kämpfen.

Um der Solidarität eine konkrete Form zu geben, betrachten wir es daher als dringend erforderlich, ein Sponsorensystem, sprich: Patenschaften, zwischen den HDP-Parlamentariern und den Mitgliedern des Europäischen Parlaments aufzubauen. 53 EP-Mitglieder werden die Patenschaft für 53 HDP-Abgeordnete übernehmen, deren Immunität aufgehoben wurde. Jedes Mitglied des Europaparlaments wird das Dossier jeweils eines HDP-Mitglieds genau verfolgen und eine kontinuierliche Solidarität mit ihm oder ihr aufrechterhalten.

Mit freundlichen Grüßen
Eyyup Doru
Vertreter der HDP in Europa«

HDP Europe
46, Rue d'Arlon
1000 Bruxelles, Belgique
Tel.: +32 2 503 86 19
hdpeurope@skynet.be
www.hdpeurope.eu

kämpfe im vergangenen Jahr dreimal durch den IS angegriffen wurden.

Während in der TBMM noch über den Antrag beraten wurde, startete Herr Erdoğan in seiner Funktion als gemäß der Verfassung unparteiischer Präsident der Republik Türkei in der Schwarzmeerregion eine Kampagne gegen die HDP. Er sagte: »Meine Nation will, dass sie ins Gefängnis kommen.«

Erdoğan wurde von den Vorsitzenden der höheren Gerichte begleitet, die sich seine Vorwürfe gegen die HDP-Abgeordneten anhörten. Auf die Kritik, dass sie damit ihre Neutralität aufs Spiel setzten, entgegneten die Köpfe der Justiz, dass dies eine Ehre für sie sei. Dies sind die Richter, die den Vorsitz der Berufungsgerichte haben werden, in denen über die HDP-Fälle entschieden wird.

Trotz der antidemokratischen Zehn-Prozent-Klausel, trotz Lynchjustiz und Mord an unseren Mitgliedern, trotz Massenverhaftungen und Inhaftierung von Tausenden unserer Parteivorstände, Mitglieder und lokalen Aktivisten sowie hundertfacher körperlicher Angriffe in unseren Büros, konstanter Kriminalisierung und Abstempelung zu Sündenböcken konnte das Erdoğan-Regime nicht verhindern, dass wir mit der Wahl am 7. Juni und der wiederholten Wahl am 1. November 2015 ins Parlament einzogen.

Als die HDP im Juni 2015 erstmals die Zehn-Prozent-Hürde überwand, 80 Sitze im Parlament errang und damit das Mehrheitsprinzip der AKP beendete, erklärte die AKP-Führung, dass es sich um eine internationale Verschwörung gegen die AKP handele. Sie erklärte, dass die HDP einen großen Fehler beginge, für den sie würde büßen müssen.

Angesichts der Manipulation des Strafrechts und einer »Antiterror«-Gesetzgebung als Strafmechanismus gegen gewählte kurdische Bürgermeister, Journalisten, Wissenschaftler, die für den Frieden eintreten, sowie Bürger, die angeblich »den Präsidenten beleidigt« haben, erwarten wir nicht, dass die Gerichte die HDP-Abgeordneten fair behandeln werden. Die Entscheidung der TBMM hat letztlich nichts mit dem Gesetz zu tun, es handelt sich um eine politische Entscheidung, die gegen die Verfassung und das Gesetz selbst verstößt – was ja auch die CHP-Führung erklärt hat, die für den Gesetzesentwurf stimmte.

***

Die Aufhebung der parlamentarischen Immunität muss als administrativer Coup verstanden werden, mit dem Ziel, Kurden und andere durch die HDP vertretene marginalisierte Völker aus dem Parlament auszuschließen. Dieser Staatsstreich ist zugleich ein energischer Schritt, um die ohnehin schon schwache parlamentarische Demokratie der Türkei durch ein »Präsidialsystem türkischen Typs« zu ersetzen, bei dem Legislative, Exekutive und Jurisdiktion durch den Präsidenten selbst monopolisiert sind, wie Herr Erdoğan ganz offen erklärt hat.

1994 wurde die parlamentarische Immunität der kurdischen Abgeordneten der Demokratischen Partei (DEP) aufgehoben, und sie wurden unter dem Vorwand der »Terrorbekämpfung« inhaftiert. Der Ausschluss der Kurden aus dem Parlament ver-

schärfte den kurdischen Konflikt in der Türkei und kostete das Land in den darauffolgenden Jahren zehntausende Menschenleben.

Durch die Inhaftierung der DEP-Führung hatte die türkische Regierung keinen Dialogpartner mehr, und es war extrem riskant, über die schweren Verstöße gegen die Menschenrechte während der »Militäreinsätze« gegen die kurdische Bevölkerung, einschließlich der Vertreibung von über 1,5 Millionen Kurden, zu berichten.

***

Die vorläufige Verfassungsänderung vom 20. Mai, die die Immunität einmalig für die bereits im Parlament anhängigen Fälle aufhebt, erfolgte, nachdem schon eine Reihe von Anklagen gegen die HDP in der Plenarversammlung vorgebracht worden war. Ein Großteil dieser Fälle bezieht sich auf Äußerungen und Handlungen der HDP in früheren Legislatursitzungen. Zwischen 2013 und 2015, als die »demokratische Lösung« der Kurdenfrage auf der Agenda der AKP stand und die HDP auf Wunsch der Regierung als Vermittlerin gegenüber Abdullah Öcalan und der PKK auftrat, wurden diese Aktivitäten allerdings nicht strafrechtlich verfolgt.

Als das Erdoğan-Regime nach den Wahlen im Juni 2015 seine »kompromisslose« Kriegspolitik ausrief, die sich laut den Meinungsführern der AKP am Vorbild Sri Lankas orientierte, begannen Herr Erdoğan und seine Medien, die HDP als terroristische Partei zu brandmarken.

Als das Erdoğan-Regime nach den Wahlen im Juni 2015 seine »kompromisslose« Kriegspolitik ausrief, die sich laut den Meinungsführern der AKP am Vorbild Sri Lankas orientierte, begannen Herr Erdoğan und seine Medien, die HDP als terroristische Partei zu brandmarken.

Zudem sollte man sich ins Gedächtnis rufen, dass der Kampf des Erdoğan-Regimes gegen das Konzept der lokalen Autonomie unmittelbar in dem Moment begann, als die syrische Region Rojava dieses Modell übernommen hatte, also nach dem Sieg über den IS. Die Verteidigung des Kantons Kobanê – den Herr Erdoğan bereits abgeschrieben hatte – durch die Truppen aus Rojava war ein Wendepunkt in der Geschichte des kurdischen Konflikts in der Türkei.

***

Dass die Strafverfolgungen gegen die HDP politisch motiviert sind, ist mehr als deutlich, denn ein Großteil der Dossiers, die die HDP-Abgeordneten überführen sollen, nimmt Bezug auf Äußerungen und Handlungen zwischen 2010 und 2014. Dass eben diese Handlungen während des Lösungsprozesses noch nicht als strafbar galten, zeigt sehr klar, dass das Gerede vom Terror und die Kampagne des Erdoğan-Regimes gegen die HDP darauf abzielten, die Partei aus dem Parlament auszuschließen.

Analysiert man die Vorwürfe gegen die HDP-Abgeordneten, so fallen einem zwei grundlegende Charakteristika ins Auge: Erstens hat die Anklage in Anbetracht der Tatsache, dass die Äußerungen auf dem Programm der HDP basieren und es um Kritik am Erdoğan-Regime geht, eindeutig das Ziel, die demokratische Opposition der Türkei und deren Vertretung zu marginalisieren und die politische Kraft der Volksgruppen, für die die HDP steht, aus der Politik zu drängen. Zweitens stehen diese Anklagen in eindeutigem Widerspruch zu den allgemeinen Prinzipien des Strafrechts und der Menschenrechte, die im Rahmen der türkischen Verfassung und des türkischen Rechts garantiert werden.

***

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat immer wieder festgestellt, dass die aufeinanderfolgenden türkischen Regierungen ihre internationalen Verpflichtungen verletzten, und jedes Mal, wenn der Gerichtshof über den Fall einer kurdischen politischen Partei und ihrer Parlamentsmitglieder urteilte, eine systematische Kampagne politischer Ausgrenzung bezeugt.

Dies zeigt, dass es ein klares Problem bei der Durchsetzung der internationalen Verpflichtungen der Türkei gibt, das vom Ministerkomitee des Europarats bewertet werden muss.

Die HDP schlägt vor, dass die Institutionen des Europarats, sprich: das Ministerkomitee und die Parlamentarische Versammlung, das Mandat erhalten, die Kampagne gegen die HDP im Hinblick auf die Verpflichtungen der Türkei in Bezug auf demokratische Repräsentation und Menschenrechte zur Sprache zu bringen. ♦

Contact: international@hdp.org.tr
Web: www.hdp.org.tr
Address: Barbaros Mah. Tahran Cad. Büklüm Sok. No: 117 06680, Çankaya, Ankara, Turkey
Phone: +90 312 427 17 80, Fax: +90 312 428 89 57

Angriffe auf türkischstämmige Mitglieder des Deutschen Bundestages seitens Erdoğan

Präsident Erdoğan kann sich da nur ermuntert fühlen weiterzumachen

Interview mit Sevim Dağdelen, Sprecherin für Internationale Beziehungen der Fraktion Die Linke

Wie bewerten Sie die Angriffe auf türkischstämmige Mitglieder des Deutschen Bundestages seitens Erdoğan sowie die Gegenreaktion der Bundesregierung?

Die Reaktionen des türkischen Präsidenten und seiner AKP-Regierung auf die historische Entscheidung des Deutschen Bundestages, die Vertreibung und Massaker an der armenischen Bevölkerung 1915/1916 als Völkermord zu verurteilen, sind maßlos und antidemokratisch. Sie sind ein Angriff auf das gesamte Parlament. Bundestagspräsident Norbert Lammert hat dies in aller Klarheit und im Namen aller Fraktionsvorsitzenden deutlich gemacht.

Mit seiner Forderung, die »türkischstämmigen« Abgeordneten Bluttests zu unterziehen, hat Staatschef Recep Tayyip Erdoğan aller Welt sein völkisches und rassistisches Denken offenbart. Es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung diesen Nazijargon nicht deutlich zurückweist. Bundeskanzlerin Angela Merkel meinte dazu ja lediglich, sie halte die Äußerungen ihres Partners in Ankara für »nicht nachvollziehbar«. Das ist eine unsägliche Verharmlosung der Hetze höchster Stellen in der Türkei. Eine angemessene Ansage aus Berlin müsste lauten: Jeder, der gegen deutsche Abgeordnete hetzt und unverhohlen mit Gewalt droht, wird mit einem Einreiseverbot belegt. Das gilt auch für Präsidenten und Regierungschefs.

Was ist passiert, nachdem Erdoğan u. a. Sie verbal angegriffen hat, werden Sie akut bedroht?

Auf meiner Facebook-Seite häufen sich Hasskommentare und direkte Morddrohungen. Das ist eine orchestrierte Kampagne, hinter der die Führung in Ankara steckt. In der Türkei selbst hat Erdoğan eine Klagewelle gegen uns orchestriert. Im Fall einer Verurteilung drohen bis zu drei Jahre Haft in der Türkei. Das BKA hat mich und zehn weitere Abgeordnete des Bundestages, die in türkischen Medien und in sozialen Netzwerken mit »Steckbriefen« angefeindet werden, unter Personenschutz gestellt.

Warum glaubt Erdoğan, sich das erlauben zu können? Hat die bisherige Türkei-Politik der Bundesregierung dazu beigetragen? Wenn ja, wie?

Erdoğan glaubt nicht nur, dass er sich das alles erlauben kann. Es ist ja auch faktisch so. Welche Konsequenzen haben Bundesregierung und EU denn gezogen? Keine einzige. Es gibt kein Einreiseverbot für die Blut-und-Boden-Hetzer der türkischen Führung und Gewaltaufrufer wie den Bürgermeister von Ankara. Bundeskanzlerin Merkel kuscht selbst bei der massiven Bedrohung von Bundestagsabgeordneten, weil sie den schäbigen EU-Türkei-Deal retten will. Präsident Erdoğan kann sich da nur ermuntert fühlen weiterzumachen.

Was werden Sie unternehmen bzw. was erwarten Sie von der Bundesregierung gegen diese Maßlosigkeit Erdoğans?

Bundesregierung und EU müssen endlich den Krieg gegen die Kurden in der Türkei und die permanenten Angriffe auf die Presse- und Meinungsfreiheit in den Fokus rücken. Wer schweigt, macht sich mitschuldig. Einer glasklaren politischen Verurteilung der Verbrechen Erdoğans müssen auch Taten folgen. Die EU muss die Beitrittsverhandlungen mit Erdoğans Türkei aussetzen. Auch die 630 Millionen Euro an EU-Vor-Beitrittshilfen, die jährlich an die Türkei gehen, gehören auf den Prüfstand. Ebenso die angestrebte Visafreiheit. Angesichts des Krieges gegen die Kurden und der Verfolgung der politischen Opposition, allen voran der HDP, sind die Bedingungen dafür nicht gegeben. ♦

MdB-Büro Sevim Dağdelen
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon +49 30/227-71352
Telefax +49 30/227-76852
sevim.dagdelen.ma02@bundestag.de
http://www.sevimdagdelen.de

AKP-Regierung weitet Zensur- und Einschüchterungspolitik nach Europa aus

Hassexport nach Deutschland

Elmar Millich

Eigentlich könnte der deutsche Botschafter in Ankara, Martin Erdmann, ein Gästezimmer im türkischen Außenministerium anmieten, so oft wird er mittlerweile dorthin einbestellt, um Proteste der türkischen Regierung entgegenzunehmen. Während in der Türkei Medien und Kulturbetrieb nicht zuletzt durch über 1 800 Anzeigen des türkischen Präsidenten Erdoğan eingeschüchtert und gleichgeschaltet sind, versucht die Türkei, diese politische Zensur zunehmend auch in Deutschland und ganz Europa durchzusetzen. Zum Teil leider mit Erfolg, da sich die EU und vor allem die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel durch den Flüchtlingsdeal in eine starke Abhängigkeit von der Türkei begeben haben.

Moniert wurde im Februar u. a. eine Handreichung für Lehrer*innen zum Völkermord an den Armenier*innen, in der in einer Karikatur der türkische Präsident über Totenköpfe geht. Ebenfalls einbestellt wurde der Botschafter wegen eines Satireliedes in der NDR-Sendung »extra 3«, in dem Erdoğan vorgeworfen wird, Journalist*innen einzusperren und Kurd*innen zu bombardieren. Zeigte sich die Bundesregierung in diesem Fall noch tapfer auf der Seite der Medien- und Kunstfreiheit, knickte sie im bekannten Fall Böhmermann komplett ein. Anlass bot eine »Schmähkritik« Böhmermanns als Beispiel dafür, was strafrechtlich nicht erlaubt sei. Nach ersten Interventionen nahm das für den Beitrag verantwortliche ZDF diesen umgehend aus seiner Mediathek. Bundeskanzlerin Merkel beeilte sich, dem türkischen Ministerpräsidenten Davutoğlu zu versichern, wie geschmacklos der Beitrag sei. Als Erdoğan über deutsche Anwält*innen Strafantrag wegen Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes nach § 103 StGB stellte, gab die Bundesregierung diesem Antrag nach zweiwöchigem Hin und Her statt. Von der Piratenpartei in Berlin geplante Proteste vor der türkischen Botschaft wollte die Polizei teilweise komplett verbieten unter Verweis auf mögliche Verstöße gegen den zitierten Paragraphen.

Dass diese Art von Einschüchterung systematischer Natur ist, zeigt das Vorgehen des türkischen Botschafters in den Niederlanden. Er forderte seine Landsleute im April in einer Rund-Mail an Vertreter*innen verschiedener türkischer Organisationen und Vereine dazu auf, an eine offizielle E-Mail-Adresse all jene Personen zu melden, die sich über Erdoğan oder auch nur die Türkei allgemein abfällig oder beleidigend geäußert hätten. Auch soziale Netzwerke sollten nach Beleidigungen durchforstet und mit Namen und Link weitergeleitet werden.

Auf europäischer Ebene machte die Türkei Druck gegen das Konzertprojekt »Aghet« der Dresdner Sinfoniker*innen zum Genozid an den Armenier*innen vor hundert Jahren. Ihr EU-Botschafter verlangte, dass die Europäische Union die Förderung für die internationale Produktion einstellt. Die zuständige Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur bei der EU-Kommission entfernte daraufhin die Informationen zu »Aghet« von ihrer Internetseite. Die Brüsseler EU-Kommission bestätigte, dass der Text von der Website entfernt wurde. Es habe Bedenken gegeben bezüglich der Wortwahl. Demnächst würde eine neue Projektbeschreibung veröffentlicht werden.

Facebook zensiert prokurdische Beiträge

Doch nicht nur europäische Regierungen, sondern auch internationale Internetkonzerne sollen unter Druck gesetzt werden, türkische Standards bei der Berichterstattung zu kritischen Themen zu akzeptieren. Regelmäßig zensiert werden insbesondere Facebook-Seiten kurdischer Organisationen wie die des Verbandes der Studierenden aus Kurdistan, YXK. Der Nachrichtenseite »Kurdische Nachrichten – Nûce« droht aufgrund massiver Sperrungen nach Angaben ihrer Administratoren sogar das Aus. Mit über 100 000 Abonnent*innen ist die Seite angesichts des eskalierenden Krieges in der Osttürkei ein wichtiges Medium der Gegeninformation. Interne Anweisungen an Facebook-Mitarbeiter*innen, die 2012 über einen Whistleblower bekannt wurden, beinhalten die Zensur aller Beiträge, die sich etwa positiv auf die PKK beziehen oder entsprechende Symbole beinhalten würden.

Aber auch in der Türkei selbst werden europäische Politiker*innen und Journalist*innen unter Druck gesetzt. Der deutsche Botschafter wurde zum dritten Mal für dieses Jahr in das Außenministerium einbestellt, weil er neben anderen europäischen Diplomat*innen am Prozess gegen die Journalisten der *Cumhuriyet* Can Dündar und Erdem Gül teilgenommen hatte. Hintergrund der Anklage ist ein Bericht der *Cumhuriyet* aus dem vergangenen Jahr über Waffenlieferungen der Türkei an den Islamischen Staat in Syrien. Erdoğan hatte direkt im Anschluss an den Bericht den Journalisten mit Repressalien gedroht. Inzwischen sind sie erstinstanzlich wegen des Verrats von Staatsgeheimnissen zu fünf Jahren Haft verurteilt. Präsident Erdoğan reagierte auf die Teilnahme der Diplomat*innen an dem Prozess mit einem Wutausbruch: »Diplomatie unterliegt einem gewissen Anstand und Umgangsformen. Das ist nicht euer Land. Das ist die Türkei.«

Zudem wird deutschen Journalist*innen zunehmend ohne Begründung die Einreise in die Türkei verweigert. Am bekanntesten ist das Beispiel des ARD-Korrespondenten Volker Schwenk, der im April über das türkisch-syrische Grenzgebiet berichten wollte. Er wurde ohne Begründung mehrere Stunden am Flughafen festgehalten und musste unverrichteter Dinge wieder umkehren. Schwenk hatte in der Vergangenheit auch aus Nordsyrien berichtet. Dies war der Türkei wohl ein Dorn im Auge. Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) kritisierte »ein frag- und kritikwürdiges Verständnis von Presse- und Informationsfreiheit« in der Türkei. Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) bezeichnete das Einreiseverbot als »Schikane«. Nun räche sich »das Entgegenkommen von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Fall Böhmermann gegenüber dem türkischen Präsidenten Erdoğan«. In den kurdischen Gebieten werden Journalist*innen von den Sicherheitsbehörden eingeschüchtert bis hin zu Todesdrohungen und massiv an ihrer Arbeit gehindert.

Von besonderer Gefährlichkeit ist der Versuch der AKP-Regierung, die in der Türkei vorherrschende Hass- und Pogromstimmung gegen Kurd*innen und Andersdenkende nach Deutschland zu exportieren. Eine bisher unbekannte »Initiative Friedensmarsch für die Türkei – AYTK« (Europäisches Neues Türkisches Komitee – Avrupa Yeni Türkler Komitesi) hatte angekündigt, in mehreren deutschen Großstädten am 10. April 2016 Demonstrationen durchzuführen, die offensichtlich von der AKP-Regierung zentralgesteuert wurden. Auch wenn die Demonstrationen nur in wenigen Städten mit geringer Teilnehmer*innenzahl tatsächlich stattfanden, darf die davon ausgehende Gefahr nicht unterschätzt werden. Hierzu aus einem Aufruf türkischer und kurdischer linker Zusammenschlüsse:

»Das AKP-Regime instrumentalisiert die Versammlungsfreiheit in Deutschland für ihre nationalistische Propaganda und Demagogie. Zu gleicher Zeit werden auch in türkischen Städten mit der gleichen Losung Massendemonstrationen vorbereitet. Wir haben die Befürchtung, dass sowohl in der Türkei als auch hier in Deutschland Stimmung gegen kurdische und linke türkische Vereine gemacht wird und Pogrome stattfinden.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass der türkische Staat seit Jahrzehnten in Deutschland und in Europa geheimdienstlich, organisatorisch und propagandistisch tätig ist. Wie in der Vergangenheit ist es nicht auszuschließen, dass während oder nach diesen Demonstrationen Angriffe gegen Demokraten gestartet und Ausschreitungen provoziert werden. Das AKP-Regime scheint entschlossen zu sein, seinen schmutzigen Krieg nach Deutschland zu übertragen und hier die öffentliche Ordnung und Sicherheit für ihre Zwecke zu gefährden.«

Gesteigert wurden die Aktivitäten der AKP in Deutschland noch im Vorfeld der Armenier*innen-Resolution des Deutschen Bundestages. Schon im Vorfeld fanden in Berlin zwei hasserfüllte Demonstrationen mit ca. 3 000 Teilnehmer*innen aus dem nationalistisch-islamistischen Spektrum statt. Vor allem auf türkischstämmige Abgeordnete wurde massiver Druck ausgeübt, gegen die Resolution zu stimmen. Als die Resolution schließlich verabschiedet wurde, verlangte Präsident Erdoğan bekanntlich Bluttests für diese Abgeordneten, um nachzuweisen, dass ihnen irgendwie ein ominöses Türk*innen-Gen fehle. Die Abgeordneten selbst wurden über die sozialen Netzwerke dermaßen beschimpft und bedroht, dass teilweise Polizeischutz angefordert werden musste.

Und die deutsche Bundesregierung? Sie scheut mehrheitlich klare Worte, um den schmutzigen Flüchtlingsdeal nicht zu gefährden. Oft bemüht Regierungssprecher Seibert die diplomatisch weichesten Formulierungen wie »Die deutsche Bundesregierung beobachtet gewisse Entwicklungen mit Sorge«. An der Abstimmung über die Armenier*innen-Resolution nahmen weder die Bundeskanzlerin teil noch SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel oder Außenminister Frank-Walter Steinmeier aus Angst, der Sultan in Ankara könne verärgert sein. Um inländischer Kritik an zu großer Nachgiebigkeit gegenüber Präsident Erdoğan zu entgehen, organisierte Bundeskanzlerin Angela Merkel im Mai am Vorabend einer UNO-Konferenz in Antalya ein Alibitreffen mit türkischen Menschenrechtsvertreter*innen. Dabei waren allerdings keine direkt verfolgten Journalist*innen geschweige denn Abgeordnete der HDP, denen wenige Tage zuvor die Immunität entzogen worden war. Ausdrücklich bestätigte Merkel bei der Konferenz gegenüber Erdoğan, dass auch die BRD die PKK als terroristische Organisation betrachte. Ein Freifahrtschein für weitere Massaker an der Zivilbevölkerung in Kurdistan. ♦

Die Ursachen der Oppositionskrise in der Türkei

Das »nationale Interesse« bestimmt die AKP

Erkin Erdoğan, Kovorsitzender des HDK Berlin

Es wäre nicht übertrieben zu sagen, dass der Hauptgrund für den seit dreizehn Jahren anhaltenden Erfolg von Tayyip Erdoğans Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) in der Schwäche der Oppositionsparteien liegt. Die Republikanische Volkspartei (CHP) und die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) machten den Weg für ihn frei, seine Popularität zu steigern, und halfen der AKP auf verschiedene Weise, ihre Macht zu stärken. Bei der kürzlichen Abstimmung über die Aufhebung der Immunität der Parlamentsabgeordneten unterstützten beide Parteien die AKP. Aktuell billigen die beiden Oppositionsparteien auch Erdoğans brutalen Krieg gegen die Kurd*innen. Sie arbeiten mit der AKP als »nationale Front« zur angeblichen Wahrung des »nationalen Interesses« der Türkei zusammen und nehmen dabei auch eine Umwandlung der Türkei in ein autoritäres Präsidialregime in Kauf, das ihre eigenen Interessen gefährdet.

Der Zusammenschluss dieser drei Parteien gegen die Kurd*innen und die Demokratische Partei der Völker (HDP) bedeutet eine große Gefahr für Demokratie und Freiheit in der Türkei. Daher sollten wir die Gründe für die aktuelle Machtkonstellation analysieren und die Entwicklung in der aktuellen Politik von CHP und MHP untersuchen, um Möglichkeiten zu finden, bestehende Risse im aktuell herrschenden Machtbündnis zu vertiefen.

Man kann auf jeden Fall hervorheben, dass alle drei dieser Mainstream-Parteien das türkische Establishment vertreten. Daher muss man sich nicht wundern, dass sie auch ihre eigenen Interessen opfern für das »nationale Interesse« der Türkei. Das ist erst mal ein sehr allgemeiner Standpunkt, aber ich denke, dass wir es nicht dabei belassen können, wenn wir die Veränderungen und Konflikte innerhalb verschiedener Teile der türkischen Bourgeoisie untersuchen wollen. Daher möchte ich den Charakter dieser beiden Oppositionsströmungen herausarbeiten, deren aktuelle Vorgehensweise untersuchen und auf die Brüchigkeit der bestehenden »nationalen Front« hinweisen.

CHP: die Stimme der türkischen Bürokratie

Die Diskussion um den Charakter der CHP hat unter türkischen Intellektuellen eine lange Geschichte. Die Mehrheit unterstützt die Auffassung Ismet Inönüs, des zweiten Präsidenten der Türkei und Vorsitzenden der CHP bis 1970, der die CHP als »links von der Mitte« einordnete. Er positionierte sie erstmalig vor den Wahlen 1965 als »Linke« mit der Aussage: »Die CHP ist von ihrer Struktur her eine Partei des Staates und diese Eigenschaft stellt sie objektiv links von der Mitte auf.« Die CHP war die Stimme der Bürokratie, vor allem des Militärs, welche die Türkei gründete. Damit war sie die Partei des türkischen Establishments. Ihre ökonomische Politik richtete sich auf den Aufbau einer Industrialisierung durch die Hilfe von außen, wie es bei vielen Entwicklungsländern nach dem Zweiten Weltkrieg der Fall war. 1970 nahm die CHP aus taktischen Gründen einige sozialdemokratische Forderungen in ihr Programm auf, um die Unterstützung der sich landesweit im Aufschwung befindlichen linken Bevölkerungsteile zu gewinnen. Damit besetzte sie die linke Mitte, obwohl das mit ihrer realen Politik nichts zu tun hatte.

Wenn wir die Geschichte der CHP untersuchen, werden wir besser verstehen, warum sie keine »linke« Partei ist und zum Prozess der Demokratisierung der Türkei nichts beitragen kann. Vom geschichtlichen Standpunkt her ist die CHP die Nachfolgerin des »Komitees für Einheit und Fortschritt« (KEF), das die Türkei in der Endphase des Osmanischen Reiches in einen Nationalstaat umbauen wollte unter der Ideologie des »Panturkismus«. Mustafa Kemal und der kemalistische Staatsapparat der CHP übernahmen dieses Projekt und entwickelten es weiter.

Ideologische Hintergründe der CHP

Der Panturkismus wurde unter der Führung des KEF um 1910 entwickelt und aggressiv durch Massaker, Genozide und Kriege umgesetzt. Die Ideologie lässt sich mit Hitlers Drit-

tem Reich vergleichen und hatte das Ziel, die Turkstämme im Kaukasus und in Zentralasien als neue Regionalmacht in einem Nationalstaat zu vereinen. Der multiethnische Charakter Mesopotamiens stand dem im Wege, so dass sie während des Ersten Weltkrieges eine Politik der ethnischen Säuberung durchführten, beginnend mit dem Völkermord an den Armenier*innen. Diese destruktive Politik trug stark zum Zusammenbruch des Osmanischen Reiches bei.

Die CHP wurde als staatsgründende Partei von ehemaligen KEF-Mitgliedern aufgebaut. Sie übernahm die Vorstellung eines homogenen Nationalstaates mit einer Volksgruppe, den »Türk*innen«. Ihr erster Schritt war es, weiterzumachen mit der Entchristianisierung der Türkei, indem sie Hunderttausende osmanische griechische Zivilist*innen massakrierten, als die griechische Armee 1922 Anatolien verließ. Die neue türkische Republik einigte sich mit Griechenland auf einen Bevölkerungsaustausch, in dessen Folge 1,5 Millionen anatolische Griech*innen 1923 deportiert wurden. Aufgrund dieser ethnischen Säuberungen änderte sich das Verhältnis der christlichen zur muslimischen Bevölkerung in weniger als einem Jahrzehnt dramatisch. Die größte verbleibende nichttürkische Gruppe waren die Kurd*innen, die sich durch die CHP nun ebenfalls mit Assimilation und Massakern konfrontiert sahen.

Die wichtige Rolle der CHP bei der Staatsgründung der Türkei verleiht ihr eine besondere Stellung. Sie sieht sich unter Druck, ihrer historischen Rolle auch in aktuellen politischen Krisen gerecht zu werden. So war es nicht verwunderlich, dass es Teile der CHP waren, die im März 2016 der AKP und deren Bürokratie wegen der Friedensverhandlungen mit der PKK kriminelle Machenschaften unterstellten. Sie unterstützen nicht nur den Krieg gegen die Kurd*innen, sondern versuchen mit aller Macht, eine politische Lösung auch in Zukunft zu verhindern.

Der kritische Intellektuelle Idris Küçükömer brachte es mit der Aussage »links ist rechts und rechts ist links in der Türkei« auf den Punkt. In seinem Buch »Die Entfremdung des Establishments« argumentiert er, dass die CHP nicht als »Linke« betrachtet werden dürfe, weil sie ein autoritäres, von oben nach unten herrschendes Regime darstelle. Er begründet seine Auffassung mit dem Argument, dass sie den erstarkenden produktiven Kräften in der Türkei nicht wohlwollend gegenüber stände und somit auch nicht progressiv sei. Das ist mehr oder weniger bis heute der Fall. Die CHP richtete sich in ihrer Wirtschaftspolitik neoliberal aus, aber sie blieb die politische Vertretung der Bürokratie unter der Ideologie des Kemalismus.

Wir können grob sagen, dass es aktuell drei Pfeiler für das politische Handeln der CHP gibt: Der erste ist die Bewahrung der Verfassung in ihrer kemalistischen Ausrichtung, die sich in den ersten drei Artikeln niederschlägt. Sie weisen jede Änderung in Richtung einer multiethnischen, multinationalen Ausrichtung der Türkei zurück. Der zweite Pfeiler ist, die Macht der kemalistischen Bürokratie wieder zu stärken, die durch die AKP-Herrschaft stark beschädigt wurde. Der dritte Pfeiler ist die Verteidigung der türkischen Interessen in der Außenpolitik. Die CHP hat alle militärischen Interventionen der AKP in Südkurdistan und Rojava mitgetragen, auch wenn sie die autoritären Tendenzen des Erdoğan-Regimes kritisiert. Die Kombination dieser drei Pfeiler macht es der CHP nahezu unmöglich, an einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage mitzuarbeiten.

MHP: eine paramilitärische faschistische Bewegung als Strohpuppe des Establishments

Die Situation der türkischen Faschist*innenpartei MHP kann auf ähnliche Weise erklärt werden. Von Kopf bis Fuß ist sie Teil des türkischen Tiefen Staates und wurde seit 1960 als paramilitärische Kraft gegen Linke und Kurd*innen eingesetzt. Der ideologische Hintergrund der türkischen faschistischen Bewegung ist eng mit der Ideologie des Panturkismus verbunden, so dass es zahlreiche Parallelen zur CHP und der türkischen Staatsideologie des Kemalismus gibt. Türkische Faschist*innen sind seit 1930 organisiert und nahmen 1934 auch an den Pogromen gegen die jüdische Gemeinde in Edirne teil. Aber sie sahen bis zum Aufkommen der 1968er-Bewegung keine Notwendigkeit, eine politische Partei zu gründen. Mit dem Wohlwollen und der logistischen Unterstützung des türkischen Staates wurde die faschistische Bewegung in den 1960er und 1970er Jahren als Straßenkampftruppe gegen die Linke mobilisiert. Die MHP wurde 1969 als politische Repräsentation der faschistischen Bewegung von ehemaligen Offizieren gegründet, die ihre Ausbildung in den USA absolviert hatten. Sie sieht sich seit ihrer Gründung selbst als offen faschistische Partei und folgt der Ideologie des Panturkismus, der eine Ausbreitungspolitik der Türkei in der Region und im Kaukasus zum Ziel hat.

Die Wähler*innenbasis der türkischen faschistischen Bewegung war bis 1990 mit drei bis vier Prozent eher klein. Das änderte sich 1990 mit der starken Welle des staatlichen Rassismus im Krieg gegen die PKK. Die MHP überschritt die Zehnprozenthürde und war Ende der 1990er Jahre an der Regierung beteiligt. Sie repräsentiert somit nicht nur das Lumpenproletariat, sondern auch weite Teile der konservativen Mittelschicht in Zentralanatolien.

Der Aufstieg der AKP versetzte die MHP in Schrecken, sowohl aufgrund der gemeinsamen Wähler*innenbasis als auch durch aufkommende liberale Tendenzen bei den türkischen

Konservativen. Anfang 2000 begann die AKP mit Reformen, die den mehrheitlichen Zuspruch der türkischen Konservativen fanden. Umso mehr es der AKP gelang, die rechte Mitte zu einigen, umso weniger Unterstützung erhielt die MHP. Als Folge flog die MHP bei den Wahlen 2002 aus dem Parlament. Danach konzentrierte sich die Parteiführung auf die kurdische Frage und die Möglichkeiten, den Annäherungsprozess zu sabotieren. 2007 zogen sie wieder ins Parlament ein und wurden das Sprachrohr der Ultrarechten.

Die Strategie der AKP nach den Juni-Wahlen 2015 bestand darin, den Krieg gegen die PKK wieder aufzunehmen, um die Gesellschaft zu polarisieren. Wie führende kurdische Politiker*innen detailliert analysiert haben, bestand ihre Absicht darin, in den Novemberwahlen wieder die absolute Mehrheit zu erhalten und die Türkei in ein Präsidialsystem umzuwandeln, damit sich »Unfälle« wie im Juni 2015 nicht wiederholen.

Nach den Juni-Wahlen 2015 brachte die MHP die Beendigung des Friedensprozesses mit den Kurd*innen als einzigen Punkt in die Koalitionsverhandlungen ein. Sie unterstützten im Rahmen des »nationalen Interesses« jede Expansionspolitik Erdoğans im Mittleren Osten. Der Vorsitzende der MHP, Devlet Bahçeli, sagte die letzten Monate, dass sie die AKP in ihrem Krieg gegen die Kurd*innen auch unterstützen werden, wenn sie ihre eigene Wähler*innenbasis verlieren.

Aufkommende Konflikte im Hinblick auf einen Machtwechsel

Es ist keine Überraschung, dass die Türkei seit 1950 durch rechte Mainstream-Parteien regiert wird. Auch Vorgänger der AKP fanden aufgrund der Oppositionskrise wiederholt die Unterstützung der konservativen Massen in der Türkei. Mittlerweile hat die AKP freie Hand, die herrschende politische Klasse nach ihrer Pfeife tanzen zu lassen. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie ihre Herrschaft im politischen Wettstreit mit CHP und MHP verliert, ist sehr gering. Daneben kann sie beide Parteien jederzeit mit dem Hinweis auf die »nationalen Interessen« auf Linie bringen.

Die Strategie der AKP nach den Juni-Wahlen 2015 bestand darin, den Krieg gegen die PKK wieder aufzunehmen, um die Gesellschaft zu polarisieren. Wie führende kurdische Politiker*innen detailliert analysiert haben, bestand ihre Absicht darin, in den Novemberwahlen wieder die absolute Mehrheit zu erhalten und die Türkei in ein Präsidialsystem umzuwandeln, damit sich »Unfälle« wie im Juni 2015 nicht wiederholen. Aus Erdoğan nahestehenden Quellen verlautet, dass die AKP die Verfassung im Dezember dieses Jahres ändern wolle, was durch eine Volksabstimmung bestätigt werden müsste. Diese neue Phase bietet der HDP die Möglichkeit, ihre Stellung auszubauen, wenn es der Linken gelingt, durch clevere Schachzüge den herrschenden Block auseinanderzubringen.

Es ist zurzeit sehr unklar, wie die geplante Verfassungsänderung aussehen wird. Die Einführung eines Präsidialsystems wird sicher ein Teil davon sein, aber es wird sehr wahrscheinlich auch noch andere Änderungen geben, um die Zustimmung der herrschenden politischen Klasse und ihrer Vertreter, CHP und MHP, zu gewinnen. Erdoğan profitiert von der Polarisierung in der Gesellschaft, aber trotzdem will er das Risiko minimieren, dass die Verfassungsänderung in einem Referendum abgelehnt wird.

Erdoğans Topberater Mehmet Uçum – der in der Vergangenheit auch sehr gute Kontakte zu den deutschen Grünen hatte – teilte den Medien mit, dass sich die neue Verfassung nicht auf den Kemalismus als Staatsideologie der Türkei beziehen werde. Das würde eine Korrektur der ersten drei Verfassungsartikel bedeuten und zu einem Bruch in dem aktuell herrschenden Block führen. CHP und MHP würden eine solche Änderung ablehnen und bei der Diskussion könnten neue Konflikte aufbrechen. Mehmet Uçum teilte weiter mit, dass die neue Verfassung mit ungefähr fünfzig Artikeln kurz sein werde und auch das Wahlsystem geändert werden solle. Es sieht so aus, als gäbe es neue Pläne, die HDP bei den Wahlen anzugreifen, um die kurdische Präsenz im Parlament zu verringern.

Die Hauptaufgabe der Linken ist es aktuell, in der »nationalen Front« der herrschenden Parteien Unordnung zu stiften. Aufkommende Diskussionen und Spannungen im Zusammenhang mit der neuen Verfassung müssen geschickt genutzt werden, um zu intervenieren und die politische Atmosphäre zugunsten der Unterdrückten zu verändern. Die jetzige Konstellation der herrschenden Klasse erscheint stark, aber in Wirklichkeit ist sie schwach und wankend. ♦

Der Umgang mit den Zerstörungen in den nordkurdischen Städten

Auf den Spuren der nicht verlorenen Zeiten

Kerem Duruk, GABB (Bund der Gemeinden und Städte im Südosten)

Von August 2015 bis heute sind nun zehn Monate vergangen. Momentan haben wir den Juni 2016 und diese zehn Monate waren für die Kurdinnen und Kurden ein sehr langer Zeitraum, der nur langsam vorüberging. Unsere Städte werden zerstört und wenn wir zurückgehen und nach hinten blicken, dann sehen wir heftigen Widerstand, einen unbenannten Bürgerkrieg, ca. eine halbe Million Menschen, die flüchten mussten.

Die Opfer der Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Staat und den regionalen Milizen sind gravierend und es findet eine kollektive Bestrafung der KurdInnen, AssyrerInnen, AraberInnen, TurkmenInnen in der Region statt. Den Menschen werden rechtswidrige Ausgangssperren aufgezwungen und weil sie dann in der Folge nicht einmal mehr ihre Grundbedürfnisse decken können, verlassen sie ihre Häuser und werden zur Flucht getrieben. Die Ausgangssperre dauert in manchen Fällen mehrere Monate an, wie im Beispiel von Sûr 103 Tage oder in Cizîr (Cizre) 80 Tage. Stellen wir uns vor, dass in Europa oder anderswo die Menschen über Tage ihre Wohnungen nicht verlassen könnten, es sogar verboten wäre, den Kopf nach draußen zu strecken, und im Visier von Scharfschützen zu stehen. Dies würde wahrscheinlich zu einem Chaos und zu Protesten führen, die Regierungen stürzen würden. In der Türkei jedoch wird dieser Zustand unter dem Mantel »Kampf gegen den Terror« legitimiert und die Menschen werden in eine Lage versetzt, in der sie nicht mal ihre grundlegendsten Rechte wahrnehmen können.

Bisher waren im Südosten der Türkei fünfzehn Städte Schauplatz von Auseinandersetzungen. Und wenn man sich die zerstörten Städte anschaut, dann sieht man, dass dort eine ganz einfache Kosten-Nutzen-Kalkulation stattgefunden hat: Es wurden durch Granatbeschuss sogar tragende Wände und Kolonnen von Gebäuden komplett zerstört, wo es keine Auseinandersetzungen gegeben hatte. Der Sinn war einfach eine Berechnung darüber, ob man die Zerstörung mit einem Exkavator oder mit Granatbeschuss und den damit verbundenen gesellschaftlichen Reaktionen günstiger erreichen könne. So hat man sich die Gebäude zum Ziel genommen und zerstört. In der Region wurden während dieser Zeit ca. 50 000 Häuser und Wohnungen beschädigt. Wenn man bedenkt, dass jede Wohneinheit von durchschnittlich sechs bis acht Menschen bewohnt wird, ist eine nicht geringe Anzahl von Menschen nun obdachlos.

Wir führen seit Oktober seitens der Vereinigten Gemeinden in Koordination mit TMMOB (Innung der türkischen IngenieurInnen und ArchitektInnen) Arbeiten zur Feststellung der angerichteten Schäden durch. Und andererseits archivieren wir die von unseren Mitgliedsgemeinden nach ihren Möglichkeiten durchgeführten Schadensberichte. Die archivierten Ergebnisse können der Tabelle unten entnommen werden.

Welche Rolle spielen die kommunalen EntscheidungsträgerInnen bei der Auseinandersetzung? Bei einer kurzen Recherche in dieser Hinsicht sieht man, dass die Gemeinden beim Wiederaufbau völlig außen vor gelassen werden. Was hat zum Beispiel die Gemeinde von Guernica im Baskenland getan, als dort im Spanischen Bürgerkrieg die Bomben fielen? Die Beantwortung dieser Frage ist nahezu unmöglich. In schweren Konflikten sind Kommunen immer die unsichtbaren Akteure.

Die Gemeinden stehen der örtlichen Bevölkerung als deren gewählte Vertretungen sehr nahe und übernehmen beim Wiederaufbau große Aufgaben. Es gibt Dienste wie Müllentsorgung, hygienische Reinigung, Trinkwasserversorgung und Kanalisation, die während der Auseinandersetzungen und der Ausgangssperre nicht ausgeführt werden konnten; die Infrastruktur für diese Dienste ist nun teilweise zerstört, ist jedoch für die Versorgung der Bevölkerung mit den elementarsten Bedürfnissen notwendig. Für die Wiederherstellung all dieser und anderer Dinge, wie der Schäden an der Umwelt, spielen die Gemeinden eine große Rolle. Weiterhin übernehmen sie die Versorgung der Bevölkerungsteile, die durch den Konflikt alles verloren haben und sich nicht mehr selbst versorgen können.

Ab dem 10.05.2016	**Gesamtbevölkerung (inkl. Dörfer)**	**Von Auseinandersetzungen betroffene Bevölkerung**	**Von Auseinandersetzungen betroffene Gebäude**	**Nach der Schadensfeststellung**
Kerboran/Mêrdîn	28 891	15 355	26 Wohnungen + 9 Geschäfte + 1 öffentliches Gebäude (ab dem 28.10.15)	Nach den Feldarbeiten zur Schadensfeststellung wurden intensivere Auseinandersetzungen geführt als zuvor. Am 29.12.2015 wurde die Ausgangssperre aufgehoben.
Nisêbîn/Mêrdîn	116 068	33 922	55 Wohnungen + 27 Geschäfte + 5 öffentliche Gebäude (ab dem 28.11.15)	Intensivere Auseinandersetzungen als zuvor, dauern noch an. Nach Angaben des Innenministeriums sind ab dem 10.01.2016 20 000 Menschen geflüchtet.
Dêrika/Mêrdîn	61 320	14 280	172 Wohnungen + 56 Geschäfte (ab dem 04.12.15)	viel intensivere Auseinandersetzungen als zuvor, dauern nicht mehr an
Farqîn/Amed	86 633	14 345	552 Wohnungen + 105 Geschäfte + 4 öffentliche Gebäude (ab dem 18.11.15)	viel intensivere Auseinandersetzungen als zuvor, dauern nicht mehr an
Sûr/Amed	121 750	26 084	706 Geschäfte und Wohnungen (ab Oktober)	Intensivere Auseinandersetzungen als zuvor, dauern noch an. Nach Angaben des Innenministeriums sind ab dem 10.01.2016 18 000 Menschen geflüchtet.
Bismil/Amed	112 461	11 698	41 Geschäfte und Wohnungen (ab Oktober)	keine Auseinandersetzungen mehr
Licê/Amed	26 427	26 427	alle Wälder in den ländlichen Gebieten und Dörfern und 2 Häuser im Zentrum	keine Auseinandersetzungen mehr
Dicle/Amed	40 033	518	22 Wohnungen und Geschäfte (ab Oktober)	keine Auseinandersetzungen mehr
Gever/Colemêrg	68 757	11 990	20 Wohnungen und 2 Geschäfte (ab dem 24.11.15)	intensivere Auseinandersetzungen als zuvor, dauern noch an
Şemzinan/Colemêrg	15 739	15 739	42 Wohnungen + 122 Geschäfte und öffentliche Gebäude	keine Auseinandersetzungen mehr
Cizîr/Şirnex	112 973	67 162	652 Wohnungen + 208 Geschäfte + 9 öffentliche Gebäude (ab Oktober) März 2016 – 10000 Gebäude beschädigt, davon 6 800 wenig, 1750 mittelschwer, 1250 schwer beschädigt Meldungen aus der Bevölkerung an die Feuerwehr der Gemeinden und Städte zufolge wurden 320 Gebäude niedergebrannt.	Nach Angaben des Innenministeriums sind ab dem 10.01.2016 25 000 Menschen geflüchtet.
Silopiya/Şirnex	87 839	43 670	(ab Oktober 2015) 45 Wohnungen und Geschäfte + 69 zerstörte Gebäude 147 schwerbeschädigte, abrisserforderliche Gebäude 72 mittelschwer beschädigte, reparable Gebäude 125 beschädigte Gebäude	Nach Angaben des Innenministeriums sind ab dem 10.01.2016 30 000 Menschen geflüchtet.
Elkê/Şirnex	5 263	5 263	24 Wohnungen und Geschäfte (ab Oktober)	keine Auseinandersetzungen mehr
Hezex/Şirnex	26 511	26 511	Zwischen 16.02. und 30.03. analysierte unser technisches Personal aus den Mitgliedsgemeinden und -städten und dem TMMOB die Zerstörungen nach Ausgangssperren und Auseinandersetzungen im Kreis. Danach sind 1200 Gebäude beschädigt (ca. 1 600 Wohnungen), davon 700 leicht, 250 mittelschwer, 100 schwer beschädigt und 120 völlig zerstört. Den Meldungen an die Feuerwehrdirektion von Hezex zufolge wurden 150 Häuser niedergebrannt.	keine Auseinandersetzungen mehr
Şirnex Zentrum	63 367	63 367		Auseinandersetzungen dauern noch an.
Gimgim/Mûş	10 241	10 241	91 Wohnungen und Geschäfte (ab Oktober)	keine Auseinandersetzungen mehr



Die vertriebenen BewohnerInnen der zerstörten Stadt Şirnex leben am Stadtrand in Zelten. Foto: DIHA

Der Konflikt zwischen den Kommunen und der Zentralregierung ist dieser Tage noch deutlicher hervorgetreten. In den zerstörten Städten werden die kommunalen Arbeiten wie Müllentsorgung und Aufrechterhaltung der Infrastruktur verboten und kriminalisiert. Das Personal der Gemeinden wird festgenommen und Arbeitsgeräte werden wahllos beschlagnahmt. Personal der Stadt Cizîr, das unterwegs war, um die Wasserversorgung wieder freizugeben, wurde festgenommen. In der Stadt Hezex (Idil) wurden Transporter, die für die Müllentsorgung angemietet worden waren, durch die Polizei beschlagnahmt. Diese und ähnliche Aktionen dienen dazu, die GemeindevertreterInnen zur Passivität zu zwingen und in den Augen der Bevölkerung als unfähig hinzustellen. Damit wird das große Bild deutlicher. Das eigentliche Ziel ist es, die Institutionen, die der Bevölkerung nahestehen, der Bevölkerung gehören, zu beseitigen und die Städte und Gemeinden nach eigenen Wünschen und Vorstellungen neu zu gestalten. Bisher wurden in der Region 21 gewählte Co-Vorsitzende und 37 gewählte Stadtratsmitglieder festgenommen und rechtswidrig ins Gefängnis gesteckt. Alle gewählten VolksvertreterInnen werden mit dem Vorwurf angeklagt, »TerroristInnen« zu sein. Hochgerechnet auf die 119 Gemeinden und Städte, die unserem Bund angehören, sind es ca. zwanzig Prozent aller gewählten VertreterInnen, die nun in den Gefängnissen sitzen.

Nach den bewaffneten Auseinandersetzungen in den Städten wurden in Silopiya und Sûr Notenteignungsgesetze veröffentlicht und damit wurde in unseren Städten mit dem Raubzug begonnen. So enthält einer der zehn Artikel des im Mai vom Staat veröffentlichten Terrorbekämpfungs-Masterplans für die Stadt Mêrdîn (Mardin) die Überschrift »Wiederbelebung der Lokalität«. Es ist ein historischer Fakt, dass der türkische Staat seit seiner Gründung bei der Durchführung und Beschleunigung der Identitäts- und Nationenbildung immer mit Siedlungspolitik gearbeitet hat.[1] Auch als in den Neunzigern die kurdischen Dörfer entvölkert wurden, hatte man versucht, mit dieser Siedlungspolitik zu arbeiten. Und genau aus diesem Grunde dient die Enteignung nicht der Bevölkerung, sondern lediglich dem Staat und seinem sicherheitspolitischen Denken. In der Stadt Silopiya wurden ca. 3 200 Parzellen Land enteignet und davon 260 komplett zerstört und dem Erdboden gleichgemacht. Im Kreis Sûr wurden 6 300 Parzellen Land enteignet und ca. 300 Gebäude zerstört. Nach der Enteignung findet die Zerstörung unter der Koordination der Polizei ohne Anhörung oder rechtliche Verteidigungsmöglichkeit einfach weiter statt. Neben den allgemeinen Enteignungsentscheidungen wurden in der Region auch viele andere Plätze und Grundstücke mit sicherheitspolitischen Begründungen enteignet und es ist geplant, hier Polizeiwachen einzurichten. In Städten und Kreisen wie Elkê (Beytüşşebap), Cizîr, Silopiya, Sûr und Bağlar wurden Krankenhäuser, Schulen und Internate abgerissen, um Polizeistationen aufzubauen.

Der letzte Punkt, auf den wir noch eingehen können, betrifft das kulturelle Erbe. Der Kreis Sûr und die sich direkt daran anschließenden Hevsel-Gärten wurden im Juli 2015 zum UNESCO-Weltkulturerbe erhoben. Ähnlich wurden die Herrenhäuser in Farqîn (Silvan) und Cizîr zum Kulturerbe erklärt. Doch während der Auseinandersetzungen wurden all diese Plätze und Gebäude stark beschädigt und als Militärquartiere missbraucht.

Der GABB (Bund der Gemeinden und Städte im Südosten) ist bereit, gemeinsam mit den Gemeinden und Städten das Leben in den zerstörten Gebieten wiederaufzubauen. Die beste Antwort, die gegen all diese Zerstörung gegeben werden kann, ist es, die kommunalen Strukturen zu stärken, ihre Rolle in der neuen Phase klarer hervorzuheben, den Menschen in ihrem Kampf für ihre Rechte beizustehen und die Erinnerung an diese Geschehnisse zu bewahren. Unser Ziel als Bund ist es, diese Zeiten als nicht verlorengegangen zu betrachten und sie in der Geschichte zu verzeichnen. ♦



1 Vgl. die Studie von Joost Jongerden »The Settlement Issue in Turkey and the Kurds. An Analysis of Spatial Policies, Modernity and War«.

Nicht das Lächeln verschönert den Widerstand,
sondern der Widerstand verschönert das Lächeln …

Asîye, Sêvê, Fatma, Pakîze

Kongress der Freien Frauen (KJA)

Sie sind die Namen des Kampfes gegen das Patriarchat im Staat, in der Gesellschaft und in der Familie. Es bedeutet Isolation innerhalb der Isolation, Unterdrückung innerhalb der Unterdrückung und Ausbeutung innerhalb der Ausbeutung.

Sie sind diejenigen, die HALT sagen zu einem faschistischen System, das herrscht, sexistisch agiert, vergewaltigt, rassistisch und militaristisch vorgeht, zu einem System, das die Welt wie Vaters Erbschaft in kleine Parzellen von Nationalstaaten aufteilt und, wo es sich niederlässt, die Natur in eine Müllkippe verwandelt.

Sêvê, Fatma und Pakîze

wurden in Silopiya (Silopi) am 4. Januar 2016 durch die Schüsse von »Sicherheitskräften« verletzt. Zu der Adresse, die dem Rettungswagen genannt worden war, kam statt der Ambulanz ein Hinrichtungskommando. Die Leichname wurden den Angehörigen nicht überlassen. Tausende GenossInnen ehrten die drei Frauen auf ihrem letzten Weg. Aber die Familien der drei wurden vom türkischen Staat daran gehindert, an der Beerdigung teilzunehmen.

Asîye

wurde im Februar 2016 in einem der Keller des Grauens verbrannt. 300 Menschen sind es gewesen, die im Februar in Kellern, in denen sie (teilweise verletzt) Schutz vor den Angriffen der türkischen Armee gesucht hatten, lebendig verbrannt wurden. Die unkenntlichen Leichname aus diesen Kellern wurden alle in unterschiedliche Krankenhäuser in anderen Provinzen verbracht. Erst drei Monate später war ihre Identität mittels DNA-Analyse offiziell festgestellt. Eine Beerdigungszeremonie wurde von Schwerstbewaffneten verhindert. Aber die Bevölkerung von Botan hat sie an ihre Herzen gedrückt.

Bis heute hat es zu den Hinrichtungen der vier Frauen und auch zu denen der 300 Menschen in den Kellern keine Befragung gegeben. Kein Staatsanwalt hat am Ort der Morde die Untersuchung aufgenommen.

So wie die Menschheit durch die Revolution der Frauen in der Zeit des Neolithikums geprägt worden war, so ist sie nach Tausenden von Jahren der Staatenlosigkeit der Frauen durch einen von Frauen angeführten und gegen Staaten gerichteten Widerstand in Kobanê in Erstaunen versetzt worden.

Die Staatenbildung der Herrschenden nach Sykes-Picot vom 16. Mai 1916 hat Kurdistan in vier Teile und die Frauen somit in acht Teile aufgespalten und dadurch den Mittleren Osten zerrissen. Der Widerstand der Frauen von Kobanê, Şengal (Sindschar), Nisêbîn (Nusaybin), Cizîr (Cizre) ist die Geschichte der keine Grenzen anerkennenden Frauen. Diese Frauen nahmen Teil am Weltfrauenmarsch von 2015, der in Botan, Nisêbîn und Rengîn startete. Syrische, aramäische, assyrische, armenische, arabische, türkische, kurdische und andere internationale Frauen liefen dabei zusammen auf die Grenzen zu.

Asîye, Sêvê, Fatma und Pakîze kamen aus derselben Unterdrückung, aus derselben Gewalt, aus derselben Folter und aus denselben Knästen. Sie erlebten Vertreibung aus Haus und Heimat, Exil im Exil, leisteten Widerstand gegen männliches Herrschaftsdenken und schlossen sich der kurdischen Frauenbewegung an. Ihre Mörder sind die mit dem sexistischen, rassistischen, militaristischen und faschistischen Gedankengut. Asîye, Sêvê, Fatma und Pakîze verteidigten die Werte eines kommunalen Lebens ohne Machtansprüche, einer Gesellschaft der Frau, und sie sind Mahnmale gegen das Ausbeutungssystem der Männerherrschaft.

Die letzten Worte dieser vier Frauen sind die Worte der Widerstand leistenden Frauen aus Tausenden von Jahren – sie sind die Stimmen des Kampfes für eine faire und freie Welt

Pakîze Nayır, Co-Vorsitzende des Volksrates von Silopiya: »Die Angriffe der Junta haben das Ausmaß eines Massakers an-

genommen. Die von Tayyip Erdoğan hierhergeschickten Polizisten und Militärs wenden IS-Methoden an. Die Angriffe sind blutrünstig. Was wir hier erleben, hat das Ausmaß der Geschehnisse in Kobanê seit langem überschritten. Haus für Haus greifen sie an und werfen Bomben hinein. Wir haben viele Verletzte. Diese Grausamkeit hält der türkische Staat dem kurdischen Volk gegenüber für angemessen. Aber das Volk lässt sich nicht einschüchtern, wird sich nie einschüchtern lassen, wird sich nicht aus den Straßen zurückziehen, und wir werden nicht besiegt werden. Glaubt uns, wenn Botan siegt, ist das ein Sieg für die gesamte Menschheit. Es wird offen am kurdischen Volk ein Völkermord verübt. An der Bevölkerung von Botan wird ein Völkermord verübt. Wenn wir heute nicht unsere Stimme dagegen erheben, kann es morgen zu spät sein. Hunderte von Menschen sind mit dem Tode bedroht. Wenn diejenigen, die sich DemokratInnen, SozialistInnen oder auch nur einfach Mensch nennen, diesen Schrei nicht erhören, wird es morgen zu spät sein. Selbstverwaltung und Selbstverteidigung ist unser grundsätzliches Recht, und auf dieses Recht werden wir nicht verzichten. Hört unseren Schrei. Es ist nötig, das eigene Leben einzusetzen, weniger geht nicht. Wenn wir diesen Kampf nicht führen, wird ihn niemand führen. Kümmert euch um meine Mutter.«



Die 41-jährige Sêvê Demir war 13 Jahre alt, als ihre Familie mit ihr in den Westen der Türkei ging. 2009 *[nach dem Erfolg der kurdischen KandidatInnen bei den Kommunalwahlen]* wurde auch sie im Rahmen eines politischen Genozids zusammen mit zehntausend anderen festgenommen. In ihrer Gerichtsverhandlung bestand sie darauf, ihre Verteidigung in ihrer Muttersprache zu halten. Sie tat dies mit aufrechter Haltung und einem Lachen im Gesicht. Drei Jahre war sie bereits im Gefängnis, als sie sich an dem großen Hungerstreik *[gegen die Isolation Abdullah Öcalans]* beteiligte. Am 68. Tag des Hungerstreiks wurde dieser Widerstand durch den Aufruf Abdullah Öcalans beendet. Als sie im Januar 2016 von Silopiya aus ihre FreundInnen anrief, hielt sie eine Ansprache an das gesamte kurdische Volk, in der sie mit ihrem Lachen den Lärm der Panzer im Hintergrund übertönte: »Unsere Hoffnung ist groß. Dieser Widerstand wird seinen Sieg nicht verfehlen. Aber sollte ich dabei fallen, begrabt mich auf der Faraşin-Hochebene *[bei Elkê (Beytüşşebap)/Şirnex (Şırnak)]*. Es lebe der Widerstand!«

Auch die 28-jährige Fatma Uyar war 2009 eine der Festgenommenen. Sie blieb fünf Jahre im Gefängnis. Aus der Haft entlassen führte sie den Kampf gegen das männliche Herrschaftsbewusstsein ohne Unterbrechung weiter. Sie wurde Mitglied im KJA (Kongress der Freien Frauen). Wir zitieren einige ihrer letzten Worte: »Botan ist ein Ort des Aufstandes gegen die Kugeln der Tyrannei aus dem Gewehrlauf der Männlichkeit. An diesem Ort erzählt jede Ecke Geschichten über diese Tyrannei. Eine schöne Frau ist diejenige, die jederzeit kampfbereit ist, sich aufrecht hält und sich niemals den Männern beugt.«

Asîye Yüksel, in jungem Alter verheiratet, verlor ihren Mann und war junge Mutter von zwei Kindern. Sie war als Verteidigerin des Frauenfreiheitskampfes bekannt, Mitfrau des KJA, Co-Vorsitzende des Volksrates von Cizîr: »Die Frau aus Botan ist es, die den Kampf anführt. Mein größter Traum ist es, in einem freien Kurdistan zu leben. Ich bin eine Mutter und ich kann doch meine verletzten Kinder nicht alleinlassen. Bis zu meinem letzten Blutstropfen werde ich kämpfen. Ich werde nie das Leben einer Sklavin akzeptieren. Achtet gut auf meine Kinder, ich vertraue sie euch an.« ♦

Pressefreiheit und inhaftierte kurdische Journalist*innen in der Türkei

Der Staat zögerte keine Minute, internationales Recht zu brechen

Elif Gün, Kurdish Question

Im diesjährigen Index zur Pressefreiheit der Reporter ohne Grenzen liegt die Türkei auf Platz 151 der insgesamt 180 aufgelisteten Staaten. Zurzeit sitzen mindestens 36 Journalist*innen aus, nach Richtlinien des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, nicht zu rechtfertigenden Gründen in türkischen Gefängnissen. Hinzu kommt eine angesichts der politischen Lage rassistische Repression, da das Gros dieser Journalist*innen kurdischer Herkunft ist. Trotz dieser Tatsachen behauptet der türkische Staat weiterhin, dass der türkische Journalismus einer der freiesten der Welt sei.

Die Gefahren für Journalist*innen und die Einschränkungen der Pressefreiheit haben sich vor allem in den letzten Monaten in der Türkei verschärft. Es gibt eine wachsende Zahl von mittlerweile fast 2000 Journalist*innen, Akademiker*innen und weiteren Personen, die wegen angeblicher «Beleidigung Erdoğans« von Prozessen und Haftstrafen betroffen sind. In den letzten Monaten hat die Regierung mit wirksamer Anordnung vom 15. Mai 2016 die Kontrolle über die Redaktionen der Zeitung Zaman, der Nachrichtenagentur Cihan sowie der Verlagsgruppe Feza übernommen. Diesen Nachrichtenorganisationen wird allesamt die Unterstützung des türkisch-islamischen Predigers Fethullah Gülen vorgeworfen, eines ehemaligen Weggefährten und nunmehrigen Feindes des türkischen Staatspräsidenten Erdoğan.

Nur drei Tage nach dem internationalen Tag der Pressefreiheit wurden Can Dündar und Erdem Gül, Chefredakteur und Journalist der türkischen Tageszeitung Cumhuriyet, von der Anklage des versuchten Sturzes der Regierung sowie der Spionage freigesprochen. Am 6. Mai wurden sie dann doch zu mehrjährigen Haftstrafen wegen Veröffentlichung geheimer Staatsdokumente verurteilt. Bei diesen Dokumenten handelt es sich um Papiere und Fotos, nach denen der türkische Geheimdienst (MİT – Milli İstihbarat Teşkilatı) nachweislich schwere Waffen und Ausrüstung an den Islamischen Staat (IS) geliefert hat. Zudem steht eine Nebenklage der Staatsanwaltschaft wegen der angeblichen Unterstützung einer Terrororganisation noch aus, diese Beschuldigung bezieht sich wiederum auf die Kritik an der AKP-Regierung und somit auf eine angebliche Unterstützung der PKK (Partiya Karkerên Kurdistan – Arbeiter*innenpartei Kurdistan).

Natürlich ist nicht nur die türkische Oppositionspresse betroffen, sondern vor allem auch die kurdische, so sehen sich die kurdische Nachrichtenagentur Dicle (DIHA) und ihre Reporter*innen systematischen Angriffen des Staates ausgesetzt. Mehmet Hakkı Yılmaz war einer der ersten Journalist*innen vor Ort, nachdem am 30. April eine Autobombe des IS in Dîlok (Gaziantep) explodiert war. Noch vor Ort wurde er durch eine türkische Anti-Terror-Einheit (TEM) verhaftet und festgesetzt, weil er seinem Beruf nachging. Den Rechtsanwält*innen der Nachrichtenagentur wurde zunächst jegliche Auskunft verweigert, erst nach massivem Druck konnte Kontakt zu Yılmaz aufgenommen werden.

Zeitgleich überfielen türkische Sicherheitskräfte Häuser im Bezirk Savur der Stadt Mêrdîn (Mardin) und verhafteten den DIHA-Reporter Abdulkadir Turay, den kurdischen Ko-Bürgermeister der DBP (Demokratik Bölgeler Partisi – Partei der Demokratischen Regionen) sowie fünf weitere Einwohner*innen. Auch in diesem Fall wurden keine spezifischen Informationen über Verhaftung und Anschuldigung veröffentlicht, jedoch wurde bekannt, dass sie in die örtliche Kaserne der Jandarma (Militärpolizei) verbracht worden waren.

Es ist nicht überraschend, dass der türkische Staat gegen jegliches internationales und nationales Recht handeln zu können glaubt; solange keine scharfe Kritik aus der westlichen Welt ertönt, scheint der diktatorische Staat fast unaufhaltsam. Die Reporter*innen der Nachrichtenagentur DIHA sind Ziel der türkischen Repression und Verfolgung, seitdem die »Friedensverhandlungen« zwischen dem Staat und der PKK von staatlicher Seite abgebrochen wurden. So wurden ebenso der DIHA-Reporter Idris Yılmaz in Wan (Van) sowie die Reporterin der Frauennachrichtenagentur JINHA, Vildan Atmaca, verhaftet. Atmaca wurde während der militärischen Ausgangssperre im Stadtteil Erdiş festgenommen, als die Einwohner*innen ihr le-

gitimes Recht ausübten und gegen die Belagerung durch die Polizei und das Militär protestierten.



Zurzeit sitzen 13 Reporter*innen der Nachrichtenagentur DIHA hinter Gittern, insgesamt sind in der Türkei 36 Journalist*innen eingesperrt, davon arbeiten 24 für kurdische Institutionen, fast alle sind kurdischer Herkunft. Foto: DIHA

Später wurden Idris Yılmaz und Vildan Atmaca vor Gericht geführt und wegen »Propaganda für eine Terrororganisation« sowie »Beleidigung des Präsidenten« verurteilt. Diese Anklagen fungieren wie ein Rundumschlag, um die lebenswichtigste Infrastruktur eines demokratischen Prozesses zu verhindern – der Meinungsfreiheit.

Es gibt noch viele weitere Beispiele, wie z. B. Nedim Oruç, der über zwei Tage vermisst worden war, bevor er von einem Gericht in Şirnex (Şırnak) wegen angeblicher Unterstützung der PKK angeklagt wurde. Während der 48 Stunden, in denen er vermisst wurde, verbreitete sich der Hashtag #NedimOrucNerede (Wo ist Nedim Oruç?) per Twitter in kürzester Zeit, Menschen aus aller Welt kritisierten daraufhin seine Festnahme. Oruç wurde erst vor wenigen Tagen entlassen, nachdem er über fünf Monate im Gefängnis gesessen hatte.

Zurzeit sitzen 13 Reporter*innen der Nachrichtenagentur DIHA hinter Gittern, insgesamt sind in der Türkei 36 Journalist*innen eingesperrt, davon arbeiten 24 für kurdische Institutionen, fast alle sind kurdischer Herkunft. Veröffentlichte Fotos und Berichte weisen darauf hin, dass sie gefoltert und unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten werden. Obwohl diese Behandlung keine Besonderheit des türkischen Staates im Umgang mit kurdischen Gefangenen darstellt, zeigt sich hier ein deutlicher Unterschied, den der Staat zwischen gefangenen kurdischen und türkischen Journalist*innen macht. Der Staat zögerte keine Minute, internationales Recht zu brechen und Kurd*innen mit brutalster und systematischer Gewalt zu misshandeln.

Trotz dieser Tatsachen geht die Verteidigung der Meinungs- und Pressefreiheit weiter. Über 100 Journalist*innen, Künstler*innen, Akademiker*innen und Schriftsteller*innen haben eine Erklärung veröffentlicht, die die Freilassung der inhaftierten DIHA-Reporter*innen fordert. Darin wird betont, dass die DIHA-Journalist*innen festgenommen wurden, um zu verhindern, dass sie über den »schmutzigen Krieg« und die Massaker in den kurdischen Gebieten berichten. Die türkische Öffentlichkeit soll einzig die Meinung der AKP-Presse übernehmen und keine Solidarität mit dem kurdischen Freiheitskampf entwickeln; dies beweist nur zu gut die Verhaftung und Verurteilung einer prominenten Person wie Can Dündar.

Wie zu erwarten, zeigen weder die türkische Regierung noch Staatspräsident Erdoğan die geringsten Anzeichen moralischer Bedenken oder von Gewissensbissen. Es besteht kein internationaler Druck, auf den sie eingehen müssten, um eine Säule einer demokratischen Gesellschaft zu schützen. Wenn uns die Geschichte etwas gelehrt hat, dann dass diejenigen, die die Freiheit angreifen – besonders die Pressefreiheit –, diejenigen sind, die letztlich damit ihren Untergang besiegeln.

Im Folgenden die Liste der aktuell inhaftierten Journalist*innen:

1. **Abdulkadir Turay**, Nachrichtenagentur Dicle (DİHA), Mardin Typ-E-Gefängnis

2. **Ali Konar**, Reporter bei Azadiya Welat, Malatya Typ-E-Gefängnis

3. **Bilal Güldem**, Nachrichtenagentur Dicle (DİHA), Mardin Typ-E-Gefängnis

4. **Cebrail Parıltı**, Agentur Anadolu (AA), Mardin Typ-E-Gefängnis

5. **Emin Demir**, freier Journalist, Mersin Typ-E-Gefängnis

6. **Erdal Süsem**, Redakteur beim Magazin Eylül, Edirne Typ-F-Gefängnis*

7. **Erol Zavar**, Chefredakteur beim Magazin Odak, Sincan Nr. 1 Typ-F-Gefängnis*

8. **Ferhat Çiftçi**, Reporter bei Azadiya Welat Gaziantep, Gaziantep Typ-H-Gefängnis

9. **Feyyaz İmrak**, Nachrichtenagentur Dicle (DİHA), Antalya Gefängnis

10. **Gurbet Çakar**, Frauenmagazin Hevi, Van Typ-E-Gefängnis

11. **Gültekin Avcı**, Kolumnist bei Bugün, Silivri Nr. 9 Typ-F-Gefängnis*

12. **Hamit Dilbahar**, Kolumnist bei Azadiya Welat, Erzurum Typ-H-Gefängnis

13. **Hatice Duman**, Vorstand und Chefredakteurin bei Atılım, Frauengefängnis Bakırköy, İstanbul

14. **Hidayet Karaca**, Vorstand bei Samanyolu, Silivri Nr. 9 Typ-F-Gefängnis*

15. **Kamuran Sunbat**, Nachrichtenagentur Dicle (DİHA), Şırnak Typ-T-Gefängnis

16. **Kenan Karavil**, Chefredakteur bei Radyo Dünya, Kırıkkale Typ-F-Gefängnis*

17. **Mazlum Dolan**, Nachrichtenagentur Dicle (DİHA), Diyarbakır Typ-D-Gefängnis

18. **Mehmet Baransu**, Kolumnist bei Taraf, Silivri Nr. 9 Typ-F-Gefängnis*

19. **Mehmet Hakkı Yılmaz**, Nachrichtenagentur Dicle (DİHA), Gaziantep Typ-H-Gefängnis

20. **Meltem Oktay**, Nachrichtenagentur Dicle (DİHA), Mardin Gefängnis

21. **Mikail Barut**, ehemaliger Redakteur beim Magazin Özgür Halk, Silivri Nr. 9 Typ-F-Gefängnis*

22. **Miktat Algül**, Chefredakteur bei Mezitli FM, Sincan Nr. 1 Typ-F-Gefängnis*

23. **Muhammed Doğru**, Nachrichtenagentur Dicle (DİHA), Sakarya Typ-L-Gefängnis

24. **Mustafa Gök**, Magazin Ekmek ve Adalet Ankara, Sincan Nr. 1 Typ-F-Gefängnis*

25. **Nazım Daştan**, Nachrichtenagentur Dicle (DİHA), Antep Typ-H-Gefängnis

26. **Nedim Türfent**, Nachrichtenagentur Dicle (DİHA, Hakkari Gefängnis

27. **Nuri Akman**, Nachrichtenagentur Dicle (DİHA), Malatya Typ-E-Gefängnis

28. **Nuri Yeşil**, Azadiya Welat Dersim, Elbistan Typ-E-Gefängnis

29. **Özgür Amed** (Ethem Çağır), Kolumnist bei Özgür Gündem, Diyarbakır Typ-D-Gefängnis

30. **Sami Tunca**, Chefredakteur beim Magazin Mücadele Birliği, Tekirdağ Nr. 1 Typ-F-Gefängnis*

31. **Serkan Aydemir**, Reporter bei Bitlis Aktüel, Bitlis Typ-E-Gefängnis

32. **Seyithan Akyüz**, Azadiya Welat Adana, İzmir Nr. 1 Typ-F-Gefängnis*

33. **Şahabettin Demir**, Nachrichtenagentur Dicle (DİHA), Gefängnis Erciş, Van

34. **Şermin Soydan**, Nachrichtenagentur Dicle (DİHA), Van Typ-M-Gefängnis

35. **Yılmaz Kahraman**, Redakteur beim Magazin Özgür Halk, Silivri Nr. 5 Typ-F-Gefängnis*

36. **Ziya Ataman**, Nachrichtenagentur Dicle (DİHA), Van Typ-M-Gefängnis

* F-Typ-Gefängnisse = Einzel-/Isolationshaft

http://kurdishquestion.com/article/3229-press-freedom-and-imprisoned-kurdish-journalists-in-turkey

Stimmen aus dem Knast

Grußbotschaft an den Jahreskongress der DBP

Kamuran Yüksek, inhaftierter Kovorsitzender der Partei der Demokratischen Regionen (DBP)

Leider bin ich heute nicht physisch bei Euch. Ich wurde während der Vorbereitungen für unseren jährlichen Kongress am 10. Mai im Zuge einer rechtswidrigen und illegitimen Aktion verhaftet. Bekanntlich waren wir bereits im Jahr 2009 bei einem solchen rechtswidrigen Akt festgenommen und für fünf Jahre inhaftiert worden.[1] Ich mag zwar körperlich nicht bei Euch sein, aber ich kann ohne Weiteres sagen, dass wir im Geiste beisammen sind und so sogar umso näher. Ich glaube, dass alle unsere KollegInnen, unsere Mitglieder und unsere FreundInnen näher zusammenrücken und die Notwendigkeit spüren, einen unschlagbaren Geist und Tatkraft hervorzubringen, obgleich ein ungeheurer Druck auf diesem Prozess lastet. Wenn wir alle in unserem Kampf für Grundrechte und Freiheit fest zusammenstehen, glaube ich fest daran, dass wir alle eine freie Zukunft erleben werden. Wir alle wissen, dass die Nacht vor dem Sonnenaufgang am dunkelsten ist.

Wir alle sehen und erleben, dass heute das Schicksal der Türkei und des Mittleren Ostens neu bestimmt wird. Dieser Prozess im Mittleren Osten kann als dritter Weltkrieg definiert werden. Denn internationale Mächte wie die EU, USA, Russland und China; regionale Staaten, Völker, politische Gruppierungen und Organisationen spielen in diesem Prozess alle eine Rolle. Wir beobachten, dass alle diese Kräfte bestimmte Ziele, Pläne, Kalkulationen, eigene Interventionsweisen und Kampfmethoden haben – entsprechend ihren jeweiligen Fähigkeiten und Stärken. Wir sehen und erleben bereits einen Prozess, in dem jede Macht versucht, die Zukunft der Region gemäß ihren Gelüsten zu beeinflussen.



Kamuran Yüksek, Kovorsitzender der DBP wurde in der Türkei wegen angeblicher »Mitgliedschaft in einer Organisation« festgenommen. Am 13.5. wurde er in das D-Typ-Gefängnis von Amed überführt. Foto: imc

Als »Partei der Demokratischen Regionen« (DBP) möchten wir zum Ausdruck bringen, dass »Demokratie« die Lösung für den Mittleren Osten ist. Antidemokratische, diktatorische Regime müssen sich offenkundig weiterentwickeln und transformieren und die Demokratie muss über sie regieren. Denn fast alle Länder des Mittleren Ostens sind geprägt von ethnischen, religiösen und nationalistischen Ausprägungen des Nationalismus. Anstelle derartiger Regime müssen neue demokratische Regierungen geformt werden, in denen sich alle Volksgruppen, Glaubensrichtungen und Identitäten frei ausdrücken können und an der Administration teilhaben können, entsprechend ihrer prozentualen Unterstützung in der Bevölkerung. Dies ist der Weg zu einer gewaltfreien Atmosphäre, Frieden, Zuversicht sowie ökonomischer und sozialer Entwicklung.

Unter diesen Rahmenbedingungen ist eine Lösung für unser Volk, das unter der Herrschaft von vier Staaten lebt, eine solche Lösung, die die Anerkennung der KurdInnen als Volk gewährleistet, ohne die trennenden Grenzen der Staaten, in denen KurdInnen leben. Eine solche Lösung beinhaltet insbesondere das Recht auf Bildung und Unterricht in der Muttersprache

1 Über 10 000 Menschen wurden damals im Zuge der sog. »KCK-Operationen« verhaftet.

und die freie Entfaltung der Identität, lokale Autonomie, Beteiligung an der Administration in derartigen Autonomiemodellen und eine Lösung auf Basis von Selbstverwaltung.

Die Entwicklungen in der Türkei können nicht von den Entwicklungen im Mittleren Osten und dem Rest der Welt getrennt werden. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Mittlere Osten neu gestaltet. In der türkischen Republik, die nach dieser Neugestaltung gegründet wurde, endeten aber die Konflikte und Unruhen nicht im letzten Jahrhundert. Obwohl in der Türkei die Regierungsform einer Republik gilt und obwohl diese sogar auf Grundlage von Säkularismus, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit definiert wird, ist die Türkei in Wirklichkeit ein ethnisch und konfessionell basierter, strikt zentralistischer Nationalstaat. Allen ethnischen Identitäten, Glaubensrichtungen und kulturellen Identitäten wurden ihre Rechte verweigert und sie wurden nicht anerkannt – eine Ausnahme bilden hier nur die türkische Identität und der sunnitische Glauben. Dabei leben wir, die KurdInnen und viele Völker mit verschiedenen Identitäten, sogar AlawitInnen und zahlreiche weitere Glaubensrichtungen und Kulturen in der Türkei. Aber Regierung und Verfassung wurden nicht dieser multikulturellen und multilingualen Konstellation gemäß gestaltet. Stattdessen wurden die Regierung, die staatliche Ordnung und die Verfassung entlang strikt zentralistischer und monistischer Vorstellungen ausgerichtet. Diese Situation verursachte eine Vielzahl von Problemen, mit denen wir konfrontiert wurden und immer noch werden. Die Türkei muss sich erneuern, verändern und weiterentwickeln, um sich selbst aus diesem grausamen Kreislauf von Konflikten und Problemen zu befreien, und um mit den verschiedenen Identitäten Frieden zu schließen und innerstaatlichen Frieden zu schaffen. In dieser Phase drängen wir, als DBP, auf einen Wandel und auf eine Lösung der »kurdischen Frage« und der anderen Probleme der Türkei. Die Republik muss demokratisiert werden, bis wir von einer »Demokratischen Republik« sprechen. »Demokratische Republik« benennt ein Regierungssystem, in dem alle Identitäten und alle Glaubensrichtungen frei zusammenleben und mit gleichen Rechten ausgestattet sind und in dem alle ihre jeweilige Kultur und Identität frei entfalten können – politisch organisiert und mit Beteiligung an der Administration –, in dem sich das Selbstverständnis der Volksgruppen direkt in der Administration widerspiegelt. Verfassung, Recht, Gesetz und demokratische Institutionen werden gemäß diesem Konzept organisiert.

Bei der Bewältigung dieser Fragen gibt es eine Vielzahl verschiedener Erfahrungen und Vorgehensweisen in den verschiedenen Teilen der Welt. Das 21. Jahrhundert, in dem wir leben, ist ein Jahrhundert, in dem sich lokale Autonomie entwickelt. In den vorangegangenen Jahrhunderten wurden monistische und zentralistische Systeme gestärkt, um soziale und ökonomische Entwicklung zu begründen. Aber leider hat sich nicht nur gezeigt, dass dieser Ansatz versagt hat, sondern auch, dass er eine Vielzahl von Problemen verursacht hat. Neue Systeme wurden in dem neuen Jahrhundert entworfen, die viele der vorherigen Modelle aufwerten und weiterentwickeln, z. B. wurden anstelle zentralistischer Systeme Befugnisse an lokale Verwaltungen übertragen, bei denen Volksgruppen direkt an der Verwaltung teilhaben, und Regierungsformen, die auf Selbstverwaltung basieren. Es scheint, dass verschiedene Identitäten und Glaubensrichtungen sich in solchen Modellen frei selbst bestimmen und verwirklichen können, darüber hinaus ist die Möglichkeit ökonomischer Entwicklung dort eher gegeben. Aus all diesen Gründen verweisen wir als DBP auf das Modell der »Demokratischen Autonomie«, das wir für uns übernommen haben.

Wir betrachten die Demokratische Autonomie als in der gesamten Türkei praktisch umsetzbar. Sie beinhaltet den Aufbau lokaler Verwaltungen ohne Vorgabe jeglicher ethnisch begründeter Identität, Machtübertragung, so wie wir sie in unserem Parteiprogramm definiert haben, Unterricht in der Muttersprache, (staatliche) Dienstleistungen müssen multilingual bereitgestellt werden, ausgerichtet entlang der Bedürfnisse der Ethnizitäten, die in den jeweiligen Regionen leben, verschiedene Kulturen und Glaubensrichtungen haben unter diesen Lokalverwaltungen die Möglichkeiten, sich zu entfalten. Sozioökonomische und regionale Entwicklung dürfen nicht entlang von Klassenzugehörigkeiten ausgerichtet werden, sondern entlang der Bedürfnisse der vielen armen Menschen. Außerdem sollen alle politischen Parteien unter demokratischen und freien Bedingungen an den Wahlen teilnehmen können.

Wir glauben, dass das Programm, das wir als »Demokratische Republik« oder »Demokratische Autonomie« bezeichnen, das geeignetste und anwendbarste ist, um die Probleme zu lösen, mit denen wir konfrontiert sind. Es liegt nahe, dass die Realisierung der »Demokratischen Republik« oder »Demokratischen Autonomie« über demokratische Mittel und Wege führt.

Hinsichtlich der Notwendigkeit des Wandels und der Weiterentwicklung des Landes stimmen alle politischen Parteien in der Türkei überein. Aber leider werden keine entsprechenden Programme oder Projekte dazu angeboten, wie die Zukunft gestaltet werden soll, auch nicht von der MHP oder der CHP. Es ist nichts erkennbar außer der Weiterführung des gegenwärtigen Systems mit einigen partiellen Änderungen. Auf der anderen Seite haben die AKP und der Staatspräsident dem Land ein einseitiges System auferlegt. Die AKP hat vielfach ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck gebracht mit dem Kemalismus, der in der Vergangenheit über die Republik verhängt wurde, die Opposition und weite Teile der Gesellschaft mit einem Einparteienregime unterdrückt, das Rechtssystem instrumentalisiert,

Gewalt zur Auslegung der Verfassung angewendet hat. Die AKP und Erdoğan bedienen sich nun derselben Methoden wie die Systeme und Regime in den Anfangsjahren der Republik. Es ist absolut klar, dass dies keines der Probleme lösen, sondern nur zu weiteren Problemen für die verschiedenen Identitäten und politischen Gruppierungen führen wird. Das Problem besteht nicht darin, das System zu benennen, das die AKP installiert hat. Das Problem liegt in dem, was sich im Inneren versteckt, im Kern und Inhalt des Systems. Ist das Verständnis des Systems demokratisch oder nicht? Werden KurdInnen und andere Volksgruppen in der Verfassung mit gleichen Rechten ausgestattet werden oder nicht? Wird es Demokratie innerhalb des ganzen Landes und in den Lokalverwaltungen geben oder nicht? Werden die Ressourcen des Landes den verschiedenen Gruppen gleichermaßen und gerecht zur Verfügung gestellt oder nur unter den eigenen UnterstützerInnen aufgeteilt? Werden politische Parteien gleiche Rechte und gleiche Chancen genießen oder werden, wie es derzeit passiert, die Parteiführungen willkürlich inhaftiert, werden VersammlungsteilnehmerInnen und BürgermeisterInnen willkürlich verhaftet? Wir können weitere Fragen hinzufügen, aber das eigentliche Problem steht im Zusammenhang mit diesen Fragen. Wenn wir uns diese Zukunftsperspektive anschauen, werden das Experiment, das Erdoğan und die AKP durchführen wollen, und ihre Vorgehensweisen wohl mehr als deutlich.

Die politischen Strategien, die die AKP-Regierung gegenüber unserem Volk verfolgt, insbesondere in der Türkei, aber auch auf der Ebene des gesamten Mittleren Ostens, sind offensichtlich. Sie versuchen ihr Möglichstes, um zu verhindern, dass KurdInnen ihre natürlichen und legitimen Rechte erhalten, sowohl in Syrien und der Türkei als auch in den anderen Gebieten, in denen KurdInnen leben. Insbesondere nachdem der auf Dialog basierende Lösungsprozess beendet wurde. Die Politik, die sie verfolgen, die Gewalt, die Tausende von Toten verursacht und Menschen zur Flucht zwingt, die Zerstörung der Städte und Wohngebiete, ökonomische Krisen, die Schaffung von Armut und die Zwangsenteignungen sind inakzeptabel und wir werden sie auch nicht akzeptieren. Wie wir es immer getan haben, sollten wir auch jetzt solidarisch an der Seite unseres Volkes stehen, um die Repressionen und die Schmerzen zu überwinden, und ihnen dazu verhelfen, ihr Leben weiterzuführen. Die politischen Aktivitäten gegen Konflikte und Gewalt sollten weitergehen und aller Unterdrückung zum Trotz sollte sich der gesellschaftliche Kampf ausweiten. Die Politik der AKP-Regierung wird der Türkei keinen Nutzen bringen. Alle Teile der Gesellschaft, selbst die AKP-Regierung, werden diese Erfahrung machen. Die AKP und Erdoğan mögen denken, dass sie mit dieser Politik der Unterdrückung und Gewalt die politischen Spielräume für unser Volk, das seine Rechte und Freiheiten einfordert, aber auch für demokratische Kräfte, für die Presse und für Intellektuelle begrenzt, aber tatsächlich mindern sie nur ihren eigenen Einflussbereich und sie werden sehen und erleben, dass sie mit Härte und der Ausweitung ihrer Befugnisse nur zerbrechlicher werden. Faktisch würden alle davon profitieren, wenn KurdInnen ihre Rechte erhalten. Eine Lösung der kurdischen Frage auf nicht gewaltsame Weise, mit demokratischen politischen Mitteln wird jedem Teil der Gesellschaft und des Landes nützen. Mit Blick auf eine Lösung der kurdischen Frage haben die letzten Verhandlungen um einen Lösungsprozess zwischen 2013 und 2015 wichtige Erfahrungen mit sich gebracht. Es hat sich gezeigt, dass, abgesehen von den Zielen und Absichten, auch die Vorgehensweisen über VermittlerInnen entlang der Imralı-Kandil-Ankara-Linie nicht zum Erfolg geführt haben. Für die endgültige Lösung und den Erfolg sollte eine neue Vorgehensweise entwickelt werden. Daher sollte die Haft für Herrn Öcalan nicht aufrechterhalten werden, sondern vielmehr eine Umgebung für ihn geschaffen werden, in der er die Verhandlungen direkt führen kann. Er sollte in Kontakt mit allen Bereichen stehen und alle Bereiche sollten die Chance haben, ihn direkt und ohne Umwege zu treffen. Außerdem muss eine Möglichkeit zum Ausstieg aus der Gewaltspirale geboten werden. Ich glaube, dass freiheitliche Bedingungen für Herrn Öcalan seine Chancen erhöhen werden, einen erfolgreichen Lösungsprozess umzusetzen, und es dem Land so möglich wird, einen Ausweg aus der Gewalt zu finden, den KurdInnen und anderen Volksgruppen ermöglicht wird, ihre Rechte zu erlangen, und zudem Freiheiten geschaffen werden und Demokratisierung stattfinden kann. Die Vorgehensweisen von Erdoğan und der AKP, die darauf beharren, niemanden als AnsprechpartnerIn zu akzeptieren, ist weder realistisch, noch löst sie Probleme. Welche Streitfrage auch immer zur Debatte steht, das Problem kann nur mit allen Konfliktparteien gelöst werden; bisher hat niemand eine andere Lösung gesehen oder erlebt.

> Wo immer wir sind, im Gefängnis oder draussen, wir werden in unserem Kampf für unsere Rechte, Freiheit und Demokratie und in unserer lösungsorientierten Politik nicht einlenken. Wir können hinter den fehlenden Lösungswillen und die Unterdrückungspolitik manchmal zurückfallen, aber das heisst nicht zu scheitern – erst wer aufgibt, wird verlieren.

All diese Grundsätze erinnern uns an die Verantwortung als Partei für die kommenden Zeiten. Unsere zukünftigen politischen Strategien werden sich auf die Darlegung der »Demokratischen Republik« und Aufklärung über die »Demokratische Autonomie« im gesamten Land konzentrieren. Wir werden die NutznießerInnen dieses Projekts in der Gesellschaft aufzeigen, die Beteiligten dieses demokratischen politischen Kampfes für die Weiterentwicklung und Umsetzung dieses Programms und die Organisation dieser gesellschaftlichen Bereiche schulen und Freiheit für Herrn Öcalan einfordern.

Wir erleben eine Zeit massiven Drucks, von Verhaftungen und anderer gegen unsere Partei gerichteter Maßnahmen. Wir haben sogar erlebt, wie die Mitglieder unserer Parteiversammlung Sêvê Demir und Mehmet Yavuzel ermordet wurden. In einer solchen Phase ist es das oberste Gebot, zusammenzustehen und unsere Solidarität zu bewahren. Ich zweifle nicht daran, dass alle Mitglieder unserer Partei sich voller Entschlossenheit und Ehrgeiz auf die Arbeit unserer Partei konzentrieren werden; vom Vorstand bis zur Parteiversammlung, von den Provinzzweigstellen bis zu den Kreisverwaltungen, von den BürgermeisterInnen bis zu den Stadtverwaltungen werden alle unsere ParteikollegInnen und MitstreiterInnen geschlossen und mit großem Zusammenhalt arbeiten. Ferner werden wir gemeinsam mit der HDP gegen die Aufhebung der Immunität und gegen die Einsetzung von TreuhänderInnen in den Stadtverwaltungen der Union der Demokratischen Stadtverwaltungen vorgehen. Gemeinsam sollten wir den demokratischen Kampf ausweiten und zusammenstehen.


ANF

Als ein Resümee möchte ich festhalten: Wo immer wir sind, im Gefängnis oder draußen, wir werden in unserem Kampf für unsere Rechte, Freiheit und Demokratie und in unserer lösungsorientierten Politik nicht einlenken. Wir können hinter den fehlenden Lösungswillen und die Unterdrückungspolitik manchmal zurückfallen, aber das heißt nicht zu scheitern – erst wer aufgibt, wird verlieren. Daher sage ich: Wir werden nicht aufgeben. Wir werden uns nicht beugen und wir werden uns nicht in die Knie zwingen lassen. Wir alle werden sehen und erleben, dass der Kampf für Rechte, Freiheiten und Demokratie erfolgreich sein wird; diejenigen, die unterdrücken, werden verlieren.

Ich möchte mich bei denen, die an unserem Kongress teilgenommen haben, bedanken und ihnen meine Grüße senden, ebenso den Menschen, die dem Kongress ihre Solidaritätsbotschaften gesendet haben, unseren Delegierten und unserem Vorstand, den Mitgliedern unserer Parteiversammlung, unseren Parteimitgliedern, den Parlamentsabgeordneten der HDP, unseren BürgermeisterInnen, unseren Lokalverwaltungen und unserem Volk. Meine besonderen Grüße sende ich aber an die politischen Gefangenen im F-Typ-Gefängnis in Adana. ♦

Kamuran Yüksek, Kovorsitzender der DBP
Kürkçüler F-Typ-Gefängnis, Adana
26.05.2016

Der Traum der schmutzigen Allianz

Durch Embargos Rojava in die Knie zu zwingen

Medya Doz, 03.06.2016

Die ökonomischen Bedürfnisse und die daraus entstandenen Probleme waren eine Zerreißprobe für die Menschheit. Diese universelle Frage, die ein Grundproblem darstellt, wird aber gleichzeitig der Menschheit zur Auferstehung verhelfen. Das hat die Menschen zerbrochen und es sollte die Menschen miteinander versöhnen. Die wirtschaftlichen Interessen waren der Grund für die Ausbeutung der Völker; die Ausbeutung wiederum veranlasste die Völker zur Rebellion.

Das Motto »Ich leiste Widerstand, also bin ich« ist in Rojava eine Notwendigkeit für das Entstehen eines unabhängiges Volkes. Seit Tausenden von Jahren versucht die Menschheit, sich mit viel Mühe und Anstrengung selbst zu verwirklichen. Die wichtigsten historischen Errungenschaften sind den unermüdlichen Anstrengungen der Menschen zu verdanken. Die substanziellen sowie die geistigen Werte unserer Zeit sind eigentlich nur die Spiegelungen der seinerzeitigen Göttinnenkultur. Im Land des Naan (des Brotes), wo der erste Weizen der Weltgeschichte kultiviert wurde, scheint es paradox zu sein, sich auf die Suche nach dem Sinn des Schweißes des Angesichts zu machen. Jene Menschen, die das Brot erfunden haben, stehen heute brotlos da. Diese Menschen werden auf Basis der Freiheit und Sklaverei auf die Probe gestellt. Der Versuch, die Menschen mit dem Hunger zu zähmen, bildet die Grundlage der kapitalistischen Beziehungen. Nur das Insistieren auf den positiven Werten und der Menschlichkeit kann die Antwort auf das wilde kapitalistische System sein. Die heute existierenden Klassen sind das Werk der Herrschenden. Ganz nach dem Motto »Teile und herrsche« gelang es ihnen, die Arbeit ihren Interessen entsprechend auszubeuten. Die Erhöhung der Produktivität und der Überfluss führten zum Verlust der gesellschaftlichen Werte. Wer die Kräfte einer Gesellschaft ins Wanken bringen will, greift zuerst nach dem »Brot«, dem Werk der Frauen und Völker. Was dabei immer in Vergessenheit gerät – wer in den Genuss der Freiheit kommt, hat nichts mehr zu verlieren und würde sich niemals vor anderen beugen. Es ist nicht möglich, diese Menschen zu versklaven. Der Kampf um das menschliche Leben geht trotz der fortgeschrittenen Kapitalisierung weiter. Die Menschen geben ihre Werte wie Stolz, Ehre und Freiheit nicht auf.

Die Ausbeutung der Arbeitskraft ist vermutlich der erste Eingriff in den Wunsch nach einem menschlichen Leben. Die ständig wachsende Industrialisierung basiert auf dem Raub der menschlichen Arbeitskraft durch das globale Kapital. Jene Kräfte, die das Kapital besitzen, rauben die Lebenskraft der Frauen und der Gesellschaft. Und gerade diese Realität ist der Grund des Widerstandes der Beschützer_innen jener Werte.

Das Embargo gegen Rojava zu einem Zeitpunkt, als gerade gegen so viel barbarische Realität angekämpft wurde, stellt eine knappe Zusammenfassung des Ziels dieser schmutzigen Allianz dar. Rojava, das Tausenden von aus ihrer Heimat vertriebenen Êzîd_innen, Araber_innen, Assyrer_innen und anderen Bevölkerungsgruppen Zuflucht geboten hat, erteilt allen eine Lektion in Menschlichkeit. Das Embargo gegen Rojava richtet sich nicht nur gegen die Kurd_innen in Rojava. Es richtet sich gegen alle Völker des Mittleren Ostens. Denn Rojava ist ein Völkermosaik. Und die in Rojava errichtete Demokratische Autonomieregierung steht trotz dieses Embargos an vorderster Front eines ehrwürdigen Widerstandes. Am Grenzübergang von Semalka *[zwischen den kurdischen Gebieten Syriens und Iraks]* findet nicht nur das durch die Zusammenarbeit von PDK *[Demokratische Partei Kurdistans]* und AKP *[Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung]* durchgesetzte Embargo Anwendung, sondern es wird auch ein seinesgleichen kaum wiederzufindender gesellschaftlicher Verfall erzwungen.

Beispielsweise verwehren PDK/AKP die Durchfuhr von Zucker, der zu einem der größten Mangelwaren in Rojava zählt und dort nicht produziert wird, während täglich versucht wird, LKWs voller Alkohol über die Grenze zu bringen. Die Lieferung von Gesundheitsutensilien in das im Krieg befindliche Rojava wird verwehrt, gleichzeitig aber wird versucht, Drogen über die Grenze zu bringen. Diese zwei Beispiele sollen das Ausmaß dieser schmutzigen Allianz andeuten. Dieses Embargo ist ein Versuch von AKP/PDK, um die in Rojava

geschaffenen Werte zur Aufgabe zu zwingen, wissend jedoch, dass die Bevölkerung sich auch nicht unter der Gefahr, einen Hungertod zu sterben, ergeben würde. Die PDK – beraten durch die AKP – will hier, auf diesem von Märtyrer_innenblut getränkten Land, zu einem Handel auf dem Rücken der Mühen von Märtyrer_innen beitragen, ebenso wie sie sich einen Anteil an den dort geschaffenen Werten sichern will, ohne in irgendeiner Form etwas dazu beigetragen zu haben. Selbst wenn dieses Embargo an einen äußerst repressiven Punkt gelangt sein sollte, so lässt sich die Bevölkerung Rojavas aufgrund ihrer bewussten Widerstandskultur nicht dazu hinreißen, sich auf etwas einzulassen, das ihrem Stolz und ihrer Würde schadet. Rojava, das dabei ist, das Schicksal des Mittleren Ostens zu verändern, nimmt in jeder Hinsicht seinen Platz im Widerstand ein. Wurde die Bevölkerung Rojavas anfangs durch eine mörderische Struktur wie ISIS *[Islamischer Staat]* geprüft und aufgewühlt, so wird sie es jetzt durch das Embargo. Das von dieser schmutzigen Allianz durchgesetzte Embargo wird die dortige Bevölkerung also weder von der Position der freien autonomen Selbstverwaltung abbringen, noch wird es dazu führen, dass von der Vereinigung aller Kantone Rojavas und der ökonomischen Selbstversorgung abgerückt wird. Die Frauen Rojavas, die sich all dessen in vollem Maße bewusst sind, versuchen mit ihren eigenen Mitteln und Anstrengungen, die negativen Auswirkungen des Embargos aufzufangen. Demgemäß werden sie, die zuallererst nach Bildung und Bewusstwerdung streben, im Unterricht in der Wirtschaftsakademie unterstützt, auf die Frage, was denn die wahre Ökonomie sei, Antworten zu finden.

Diese Aus- und Weiterbildungsprogramme werden eingesetzt, um die einzelnen Faktoren der Wirtschaft in einem gesellschaftspolitischen Rahmen zu verdeutlichen und darzustellen. Die Frauen aus Rojava bereiten sich im Rahmen dieser Aus- und Weiterbildungsprogramme mental auf das Thema Wirtschaft vor und üben dabei auch praktische Tätigkeiten aus. Um die Frage nach den erforderlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung derartiger Wirtschaftsprojekte beantworten zu können, lässt sich Rojava als Beispiel heranziehen. Unabhängig von der von Männern dominierten Gesetzgebung führen derzeit mehr als tausend Frauen in Rojava wirtschaftliche Tätigkeiten durch. Diese Frauen spielen in der Landwirtschaftskooperative, bei der Gewürz-, Gemüse- und Getreideproduktion eine wichtige Rolle und treffen damit den sozialen Puls der Zeit. Neben diesen Kooperativen gibt es auch jene, in denen die Milchprodukte erarbeitet werden. Außerdem betreiben die Frauen Bäckereien, Konditoreien, Cafés, Bekleidungs- und Accessoiregeschäfte. Daneben sind sie gegebenenfalls auch in Ateliers tätig und betreiben in sechs unterschiedlichen Orten Textilwerkstätten. Zudem planen die



Rojava: Protestaktion gegen die Grenzschließung in Semalka Foto: ANHA

Frauen auch, über viertausend Olivenbäume zu bewirtschaften, den daraus gewonnenen Ertrag selbst zu vertreiben und auf diese Weise ihren Tätigkeitsbereich auszuweiten. Für die Zukunft planen die Frauen in Rojava darüber hinaus auch, ein Frauenwirtschaftszentrum zu gründen, um in ihren wirtschaftlichen Tätigkeiten und kommunalen Kooperativen langfristig unabhängig zu sein und diese auch weiterentwickeln zu können. Die Frauen aus Rojava sind von diesem charakteristischen weiblichen Wirtschaftsmodell überzeugt und fest entschlossen, es auf der ganzen Welt zu verbreiten. Basierend auf diesem originellen Modell nehmen sie am Wirtschaftsleben teil und scheuen keine Mühen, die Wirtschaft so zu gestalten, dass sie ihrem eigentlichen Zweck dienen kann. Das Wesen des Menschen besteht darin, den Bezug zur Realität nicht zu verlieren und sein Recht einzufordern; der Mensch ist stets auf der Suche nach dem Guten, Rechten und Schönen und möchte nicht vom Weg der Wahrheit abkommen. Wir wissen, dass die Landwirtschaft einer der Kernbereiche unseres Lebens ist. Der respektvolle Umgang mit der Wirtschaft bildet einen zentralen Aspekt des Sozialverhaltens einer Gesellschaft und spiegelt sich auch in ihrer geistigen Kultur wider.

Wie mensch sehen kann, ist es möglich, innerhalb kürzester Zeit das Leben aus der Hand des männlich dominierten Monopols zu nehmen. Ja, es stimmt, der Wirtschaftskampf ist ein anstrengender, aber zugleich auch ein vergnüglicher Kampf.

Die Frau als prägende Kraft der Gesellschaft ist jenes Wesen, das seit jeher am stärksten ausgebeutet wird und dessen Fleiß und Mühe stets verleugnet wurden. Als Schöpferin des Lebens wurde sie regelrecht entweiht und ihre geistigen Werte wurden der Menschheit vorenthalten. Bis heute sieht sich die Frau mit der Tatsache konfrontiert, jenes Individuum im Staat zu sein, das am stärksten unter Ausbeutung zu leiden hat. Zugleich ist sie aber auch diejenige, die die Zukunft aufbauen, die Gesellschaft mit ihren alten, heiligen Werten in Einklang bringen und in ihrem Kampf um Freiheit Initiativen setzen kann.

Den Frauen aus Kurdistan kommt eine Vorreiterinnenrolle in einem weltweiten Kampf zu, dessen oberste Priorität die Beendigung jeder Art von Ungerechtigkeit, Gewalt und Arbeitsausbeutung ist. Daher können Frauen nach dem Prinzip von »xwebûn« Freiheit nur dann erlangen, wenn sie ein Bewusstsein dafür schaffen, sich organisieren und ihre Vorstellungen schließlich in die Tat umsetzen.

Das, was wir als internationale Werte bezeichnen, bedeutet die vorrangigsten Werte der Moral – die Freiheit, die Arbeit und die Ehre zu verteidigen und einen harten Kampf in Kauf zu nehmen. Die Räuberstaaten, die globalen Banden leben, indem sie die Arbeit, die Bemühungen von Menschen ausbeuten; dies ist die größte Beleidigung der Völker und der wahren Besitzer_innen der Wirtschaft. An diesen Punkt gebracht zu werden, ist die größte Tragödie im Namen der Menschlichkeit. In diesem Sinne ist der Aufbau einer neuen Lebensweise jenseits des Kapitalismus die heiligste Aufgabe. Wir leben in Zeiten, in denen wir sehen werden, dass die Realität nicht an die Wirtschaft gebunden sein wird. In Zeiten, in denen die Mühe und die Arbeit für ein würdevolles Leben eingesetzt werden. Wir bezeichnen die Ausbeutung der gesellschaftlichen Arbeit, der Werte als Unrecht, die Suche nach dem Recht aber ist eine Freiheitsbestrebung. Ein Leben, in dem die Arbeit nicht mit der Freiheit identifiziert wird, ist eines, das offen ist für Ausbeutung. Deshalb ist die Zeit gekommen, mit unseren eigenen Händen und unseren eigenen Bemühungen neue Lebensbereiche aufzubauen. Gegen die kapitalistische Moderne sind die Aufgaben der demokratischen Moderne reich an den Ressourcen, die uns dem Leben, das angestrebt wird, näher bringen werden. Dies ist unsere Aufgabe, nämlich Kämpfer und Kämpferinnen der Realität zu sein und Rechenschaft für die Ungerechtigkeiten zu verlangen. Da wir an die Werte der Menschlichkeit und die Göttinnen-Kultur gebunden sind, ist es die Aufgabe von uns Frauen, die Werte der Freiheit zu steigern und eine kommunale Wirtschaft zu etablieren. Die Frauen ertrugen und ertragen alle Schwierigkeiten des Krieges, aus diesem Grund sind sie diejenigen, die den Frieden am meisten verdienen. Wie mensch sehen kann, ist es möglich, innerhalb kürzester Zeit das Leben aus der Hand des männlich dominierten Monopols zu nehmen. Ja, es stimmt, der Wirtschaftskampf ist ein anstrengender, aber zugleich auch ein vergnüglicher Kampf. Gerechtigkeit zu suchen und Kämpfer_in der Realität zu sein, war niemals leicht. Aber allen voran sollte der Mensch Ehre, Ehrgeiz, Respekt gegenüber sich selbst und natürlich eine nichtendende Liebe besitzen.

Gemeinsam beobachten wir, dass die Revolution der Frauen sich zu einer Revolution der Völker entwickelt. Die Aufstände der Völker, die revolutionären Aufstiege, die Forderungen nach Freiheit und die Reaktionen auf diktatorische Systeme in den letzten Jahren sind alle Resultate dieser Revolution. Die Frauen pflanzen neue Stürme in die Seele unseres Jahrhunderts. Dieses Jahrhundert ist nicht nur ein Jahrhundert, in dem der Widerspruch der Geschlechter in den Vordergrund rückt, sondern gleichzeitig ist es auch das Jahrhundert der Frauen, in dem die Zukunft der Völker, der Menschlichkeit und der gesamten Welt bestimmt wird. ♦

Ein Bericht zur Grenzsituation zwischen Demokratischer Selbstverwaltung Rojava und Kurdistan Regional Government

Humanitärer Korridor für Kobanê und ganz Rojava!

Presseerklärung der Kampagne TATORT Kurdistan

Bereits im Sommer 2014 haben die Regional-Regierung-Kurdistan im Irak (KRG) und die Demokratische Selbstverwaltung Rojava einen Grenzübergang über den Fluss Tigris errichtet. Der Grenzposten wird auf syrischer Seite von der Demokratischen Selbstverwaltung Rojava betreut und verteidigt. Auf irakischer Seite unterstehen die Grenzangelegenheiten der KRG. Um nach Rojava einzureisen, muss zunächst eine Ausreisegenehmigung bei den zuständigen KRG-VertreterInnen des Grenzpostens beantragt werden. Orte, an denen solche Ausreisegenehmigungen eingeholt werden, kommen weltweit nur äußerst selten vor, da in der Regel die Grenzen zur Einreise kontrolliert werden.

Auf der syrischen Seite in Rojava hingegen wird nach dem Anliegen für den Aufenthalt in Rojava gefragt und in der Regel direkt eine Einreisegenehmigung erteilt. Zudem wird jede/r BesucherIn zu einem Willkommensgespräch eingeladen, in dem die Demokratische Selbstverwaltung kurz vorgestellt wird und die BesucherInnen je nach Anliegen an die entsprechenden Institutionen und AnsprechpartnerInnen weitergeleitet werden.

Seit einem halben Jahr häufen sich die Berichte über die Behinderung der Ausreise nach Rojava. Neben den hunderten LKWs mit Hilfslieferungen werden auch PolitikerInnen, Delegationen, JournalistInnen, MenschenrechtsaktivistInnen, MitarbeiterInnen von Projekten und NGOs zur humanitären Unterstützung bzw. zum Wiederaufbau von Kobanê und Rojava an der Ausreise nach Rojava gehindert. Die Politik der KRG hat sich vor allem auf massiven Druck der Türkei verändert, seitdem der Kongress für ein Demokratisches Syrien gegründet und die Demokratische Selbstverwaltung Rojava ausgerufen wurde. Gleichzeitig hat eine militärisch-aggressive Politik der türkischen AKP-Regierung gegen die KurdInnen in der Türkei und eine spezifische Isolationspolitik gegen Rojava begonnen. Es gilt, dem Projekt der Demokratischen Selbstverwaltung in Nordsyrien sowohl die Zufuhr von nötigen Waren als auch den Kontakt zur Außenwelt abzuschneiden.

Der Vertreter des Büros von Tev-Dem in der KRG, Gelib Afrîn, sagte: »Wir sind Gästen, die nach Rojava reisen möchten, gerne behilflich. Die meisten kommen, um den KurdInnen ihren Respekt auszudrücken, die Revolution in Rojava kennenzulernen, den Wiederaufbau zu unterstützen, um ihnen zu ihrem Kampf gegen den IS zu gratulieren. Jedoch erteilt die KRG im Moment keine Ausreisegenehmigungen mehr. Menschen reisen über mehrere Grenzen über Tausende von Kilometern an, um nach Rojava zu kommen. Da aber die KRG keine Ausreisegenehmigung erteilt, müssen sie dann auf den letzten hundert Metern umdrehen und unverrichteter Dinge wieder zurückfahren. Menschen, die nach Rojava eingereist sind, bzw. Menschen, die sich auch andere Wege zur Einreise gesucht haben, werden von der PDK festgenommen. Zurzeit werden ein Engländer, ein Amerikaner und ein Italiener im Gefängnis der KRG festgehalten. Es ist kaum zu glauben, aber so sieht derzeit die Situation aus.«

Die damalige Kovorsitzende des Kantons Cizîrê, Hediye Yusuf[1], sagte bereits im Dezember letzten Jahres in einem Interview: »Aufgrund der zahlreichen zerstörten Gebäude und Städte in Rojava sind viele Menschen zu Flüchtlingen geworden. Auch kommt aufgrund des anhaltenden Krieges wöchentlich eine große Anzahl Flüchtlinge aus den syrischen und auch aus irakischen Städten nach Rojava. Die Regierung der Demokratischen Selbstverwaltung zählt, dass ein Viertel der Bevölkerung von Rojava mittlerweile Flüchtlinge sind. Die Versorgung und Unterbringung ist ein großer logistischer und finanzieller Aufwand. Für uns ist die Unterbringung und Versorgung von Menschen in Not etwas Selbstverständliches. Wir haben die Kraft und das Know-how dieser Herausforderung trotz Embargo zu begegnen. Allerdings wäre eine politische, materielle und finanzielle Unterstützung aus Europa hilfreich.«

Die Anzahl der Flüchtlinge aus syrischen und irakischen Städten hat sich nochmals erhöht. Allein im März sind 1600 Flüchtlinge aus Mosul (Irak) nach Rojava geflüchtet. Die Em-

1 Hediye Yusuf ist mittlerweile Ko-Vorsitzende des Kongresses für ein Demokratisches Syrien.



Rojava: Protestaktion gegen die Grenzschließung in Semalka Foto: ANHA

bargopolitik der Türkei erschwert die Situation, in der es gilt, allen Flüchtlingen gerecht zu werden, enorm.

Zahlreiche Hilfsorganisationen können seit September 2015 die Grenze nicht überqueren, um ihrer Arbeit nachzugehen. Hilfsgüter erhalten von der KRG keine Erlaubnis, nach Rojava auszureisen. Seit 8 Monaten stehen die Hilfslieferungen für den Wiederaufbau in Kobanê an der Grenze und werden nicht durchgelassen. Auch Handel ist nicht mehr möglich. Nahrungsmittel und Baumaterialien wie Bulgur und Reis, Zement und Stahlstangen werden nicht durchgelassen.

Xelil Afrîn gibt ein Beispiel der Argumentationen für Beschränkungen: »Neulich wollte ein kurdischer Kinderarzt über die Grenze in Semalka nach Kobanê, um die Kinder, die zurückgekehrt sind und die Angriffe des IS überlebt haben, zu unterstützen. Er erhielt von der KRG keine Genehmigung, die Grenze zu überqueren, weil er angeblich als Arzt für die YPG gekommen sei. ZivilistInnen aus den USA, die den Aufbau einer Schule in Kobanê unterstützen wollten, erhielten keine Ausreiseerlaubnis (der KRG). Vielen sagen wir schon vorher, dass sie nicht anreisen sollen, da die Aussichten schlecht sind. Dennoch haben 68 Personen einen Antrag auf eine Ausreise nach Rojava gestellt. Von diesen sind nur 5 bewilligt worden.«

Xelil Afrîn führt weiter aus und bewertet die Situation: »Die Leichname der Gefallenen, die im Kampf gegen den IS ihr Leben gelassen haben, können seit Monaten nicht an die Familien übergeben werden. Menschen möchten ihre verletzten Familienangehörigen oder die Gräber ihrer gefallenen Familienangehörigen in Rojava besuchen und erhalten seitens der KRG keine Genehmigung. Eine Grenzschließung bedeutet, die Seele und den Willen von Rojava anzugreifen. Die Behinderungen der Demokratischen Autonomie Rojava durch die KRG sind weitreichend. Die KRG macht ihre Politik im Sinne der Türkei.«

Mittlerweile sind Proteste zahlreich zu hören. Aus Rojava und auch aus dem KRG-Gebiet sind Menschen in einem Protestmarsch an die Grenze gezogen. Gegen sie wurden von der KRG Spezialeinheiten eingesetzt. Auch die internationale Presse greift das Thema zunehmend auf. Am 7. Juni erklärte die PDK auf Druck der Proteste gegen die Grenzschließung die erneute Grenzöffnung. Dennoch hat auch nach der Grenzöffnung kaum jemand das nötige Einverständnis der KRG zur Ausreise nach Nordsyrien erhalten. Bei der Erklärung handelt es sich also nur um einen medialen Schachzug, um von der Politik der KRG abzulenken.

Die in Deutschland ansässige Kampagne TATORT Kurdistan hat am 4. Mai eine Change-Petition mit dem Namen »Humanitarian Corridor for Kobane and all Rojava«[2] an den Präsidenten der KRG Mesud Barzanî initiiert, um auf die Situation aufmerksam zu machen.

Von der Vertretung der Demokratischen Autonomie in der kurdischen Autonomie-Region im Nordirak werden solche Initiativen sehr begrüßt, da sie auf die Situation an der Grenze aufmerksam machen und den Druck auf die KRG erhöhen. ♦

2 https://www.change.org/p/diwan-krp-org-humanitarian-corridor-for-kobane-and-all-rojava

Das YNK-Gorran-Abkommen, die politische Krise in Südkurdistan und das Referendum

Demokratie und nationale Einheit sind der Maßstab

Halit Ermiş und Devriş Çimen, Journalisten, Südkurdistan

Im Schatten der Diskussion um ein mögliches Referendum über die Unabhängigkeit Südkurdistans, der autonomen Region Kurdistan in Nordostirak, unterzeichneten am 17. Mai 2016 Noşirwan Mustafa, der Vorsitzende von Gorran *[der 2009 in Opposition zu den herrschenden Parteien gegründeten »Bewegung für Wandel«]*, und Xosret Resul, der stellvertretende Generalsekretär der Patriotischen Union Kurdistans (YNK), im Beisein von YNK-Generalsekretär Dschelal Talabanî ein 25 Punkte umfassendes Abkommen.

Dieses Abkommen gilt es genauer zu betrachten. Ist es ein erster Schritt in Richtung Demokratie oder wird es lediglich in die Reorganisierung der Machtverhältnisse münden? Kann es einen neuen Aufbruch bedeuten für das wegen politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Krisen schwächelnde Südkurdistan? Die wichtigste Frage stellt sich jedoch im Zusammenhang mit der kurdischen Einheit: Hat dieses Abkommen Potential, über Landesgrenzen hinweg auch bei allen kurdischen Organisationen Zuspruch zu finden, während der Mittlere Osten am 100. Jahrestag von Sykes-Picot neu formiert wird? Diese Fragen beschreiben derzeit die aktuellen Themen aus Südkurdistan, deren Antworten sicherlich für alle Kurden von Interesse sind.

Unabhängiger Staat oder freie Gesellschaft?

Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Referendum, das zur Abstimmung über die Unabhängigkeit Südkurdistans vorgeschlagen wird. Es sieht laut irakischer Verfassung lediglich einen Volksentscheid über die administrative und politische Zugehörigkeit der umstrittenen Gebiete von Mossul und Kerkûk vor.

Die Behauptung, alle Probleme und Krisen im Zusammenhang mit dem Zustand der Demokratie, einer intransparenten Politik, der defizitären politischen Teilhabe, einem fehlenden Produktionssektor im Bereich der Wirtschaft, der Geschlechter- und Ökologiefrage würden allein aus der fehlenden Staatlichkeit Südkurdistans herrühren, ist ein gern verwendetes taktisches Manöver der Machthabenden.

Dabei ist Südkurdistan seit 2003 de facto eigentlich ein unabhängiger Staat. Und eigentlich gab es auch keinen Grund, die Hindernisse, welche die Freiheit der Gesellschaft blockieren, nicht aus dem Weg zu räumen. Die Kurden sollten natürlich eine Option auf einen unabhängigen Nationalstaat haben, wenn sie das denn wünschen. Aber dieser Staat sollte in Relation zur Befreiung der Gesellschaft stehen.

Den Nationalstaat jedoch als einzige Lösung für Südkurdistan zu lancieren, während sich in der Welt Grenzen und Staaten auflösen, ist mehr als bedenklich. Ohnehin erscheint es nicht im Rahmen des Möglichen, ein Referendum abzuhalten, während man innenpolitisch nicht mal in der Lage ist, bestehende Probleme zu lösen. Dass *[die Diskussion über]* ein Referendum eher taktischer Natur ist, wird auch daran ersichtlich, dass keines stattfindet, obwohl keine Hindernisse dafür bestehen. Mesûd Barzanî *[seit 1979 Vorsitzender der herrschenden Demokratischen Partei Kurdistans, PDK, und offiziell eigentlich nicht mehr amtierender Präsident der autonomen Region]* spricht bei jeder Gelegenheit davon, dass es stattfinden werde, und trotzdem passiert es nicht. Das Thema Referendum soll überwiegend nationale Gefühle ansprechen und wird deshalb regelmäßig auf die Tagesordnung der Öffentlichkeit gesetzt. Wir müssen allerdings die Möglichkeit der Deklaration eines südkurdischen Staates auch aus Sicht der Regionalmächte im Mittleren Osten, der internationalen Mächte und der kurdischen Bevölkerung betrachten.

Für einen kurdischen Nationalstaat in Südkurdistan bedarf es zunächst einmal einer zustimmenden Haltung der Regionalmächte. Selbst mit gewissen Beziehungen zu Staaten wie Saudi-Arabien, Katar und der Türkei ist nicht davon auszugehen, dass diese die Unabhängigkeit unterstützen werden. Selbst die teilweise zu einigen westlichen Staaten aufgebauten diplomatischen Beziehungen werden keine Hilfe auf dem Weg zur Unabhängigkeit sein. Das wurde bei fast allen offiziellen

Visiten südkurdischer Vertreter deutlich zum Ausdruck gebracht.

Kurz gefasst, eine Revision des Sykes-Picot-Abkommens ist nicht vorgesehen. Während fast alle beteiligten Akteure an den jetzigen Staatsstrukturen festhalten, ist die Gründung eines neuen Staates unrealistisch.

Diese innen- wie außenpolitischen Umstände demonstrieren, dass das »Referendum« nichts weiter darstellt als ein leeres Versprechen, das zumindest derzeit unerfüllbare Hoffnungen wecken soll.

Das YNK-Gorran-Abkommen als Folge der Krise

Das Abkommen zwischen YNK und Gorran-Bewegung kam zu einem Zeitpunkt, an dem Politik und Wirtschaft in Südkurdistan in der Krise stecken und das Chaos nicht überwindbar ist.

Das hat auf der einen Seite mit der politischen Krise im Irak zu tun, auf der anderen Seite ist die Politik der PDK maßgeblich für den Fortbestand der Krise verantwortlich. Diese hatte begonnen, als Mesûd Barzanî nach dem Ende seiner Amtszeit weiterhin im Präsidentenamt verblieb, und vertiefte sich mit der De-facto-Beseitigung des südkurdischen Parlaments. Dies ging so weit, dass dem Parlamentspräsidenten Yusef Mihemed die Einreise in die faktische Hauptstadt Hewlêr (Arbil) verboten wurde. Die Korruption im Erdölsektor und beim Zoll führte zum Zusammenbruch der Wirtschaft. Wenn sich die Regierung zu diesen Ereignissen von Anfang an politisch richtig verhalten und auf dieser Grundlage ein demokratisches System entwickelt hätte, wäre diese Krise vielleicht gar nicht erst entstanden. Südkurdistan könnte inmitten der krisengeschüttelten Staaten des Mittleren Ostens sogar ein in politisch-sozialer Hinsicht stabiles Land sein. Doch Korruption, Machtgier und falsche Politik anfangs aller Parlamentarier, später dann der Regierungspartei PDK führten dazu, dass die Krise chronisch geworden ist.

Diese Ereignisse haben der PDK politische und wirtschaftliche Macht verliehen. Sie hat systematisch alle oppositionellen Parteien, NGOs, Medien und alle ihr kritisch gegenüber Stehenden zum Schweigen gebracht und so eine Atmosphäre der »Alleinherrschaft« geschaffen. Das bedeutet aber gleichzeitig einen Bruch mit anderen Parteien und insbesondere mit der YNK und Gorran, mit denen sie die Regierung bildet, dass sogar der PDK-Vorsitzende Barzanî im Namen der Regierung Auslandsreisen macht bzw. Besuche aus dem Ausland im Alleingang empfängt. Die internationalen Mächte haben diese falsche Politik unterstützt, indem sie das Spiel mitspielten.

Andererseits aber konnten diejenigen Kräfte, die neben der PDK die Regierung bilden, deren hegemonialen Charakter nicht brechen. Die seit geraumer Zeit bestehenden De-facto-Regierungen der PDK in Hewlêr und der YNK in Silemanî (Suleimaniya) haben zur politischen Spaltung des Landes beigetragen. Während die PDK ihre Macht innenpolitisch weiter gefestigt hat, scheute sie außenpolitisch nicht davor zurück, jegliche Art politischer, militärischer und wirtschaftlicher Beziehung mit dem diktatorischen Erdoğan-Regime einzugehen. Das führte so weit, dass sie ohne Zustimmung der irakischen Zentralregierung in Bagdad die Stationierung türkischer Soldaten auf irakischem Territorium zuließ und langjährige Verträge im Erdöl- und -gassektor abschloss. Dagegen aber stößt sie sich an der Anwesenheit der Volksverteidigungseinheiten (HPG; Guerilla der PKK) in Şengal (Sindschar) und betrachtet die Widerstandseinheiten Şengals (YBŞ; Guerilla der êzîdischen Selbstorganisierung) als Gefährdung ihrer eigenen Interessen. Dem westkurdischen Selbstverwaltungsprojekt Rojava wurde statt mit politischer Annäherung mit Grenzschließung und Embargo begegnet. Die Zusammenarbeit mit Rojava feindlich gesinnten Mächten mithilfe des Barzanî-gestützten Kurdischen Nationalrats in Syrien (ENKS) ist Produkt dieser Politik. Die Dimension dieser feindseligen Gesinnung drückte sich darin aus, dass der ENKS zusammen mit militärischen Gruppen der SUK (Nationale Koalition Syriens) in Afrîn und Aleppo gegen die Volksverteidigungseinheiten (YPG) der Selbstverwaltung Rojavas kämpfte. Innenpolitisch konnte diese Rojava-Politik der PDK auch nicht überzeugen – im Gegenteil, sie wurde dafür immer wieder stark kritisiert.

Im Schatten dieser Ereignisse kam das Abkommen zwischen YNK und Gorran zustande. Nachdem sich Gorran-Vorsitzender Mustafa für längere Zeit zur medizinischen Behandlung in England aufgehalten hatte, nahmen die Gespräche nach seiner Rückkehr Fahrt auf und die Einigung erfolgte am 17. Mai. YNK-Führungsmitglied Ferid Eseserd resümierte gegenüber kurdischen Medien: »Das Abkommen beinhaltet 25 Punkte und umfasst die Wiederbelebung des Parlaments und der Regierung. Es bezweckt eine Lösung für die Krise in Kurdistan und soll strittige Probleme lösen. Die Gorran-Bewegung und wir haben unsere Sicht der Lösung dargelegt.«

Das Abkommen kann aufgrund seiner Vorschläge zur Lösung von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen als positiv betrachtet werden. Gleichzeitig ist ein »einfaches Abkommen« aber nicht genug. Die Vereinbarungen reichen nicht aus zur Bildung einer Regierung, die die genannten Probleme lösen könnte. Als Beispiel sei hier die Aufteilung der Macht *[zwischen PDK und YNK]* genannt. Wird sie überwunden werden? Welche Regierungsform wird für Südkurdistan vorgesehen? Wie soll eine demokratische Politik aussehen? Solche und ähnliche Fragen werden nur oberflächlich behandelt. Zwar ist

das genannte Abkommen als erster Schritt positiv zu bewerten, es müssen aber definitiv Folgeschritte gemacht werden.

PDK fühlt sich durch das Abkommen gestört, KCK bewertet es positiv

Einen Tag nach dem Abschluss kam die PDK unter Vorsitz von Mesûd Barzanî zu einem außergewöhnlichen Treffen zusammen. In der anschließenden Pressemitteilung wurde das Abkommen scharf kritisiert. Sein Inhalt bedeute »keine Lösung«, sondern eine »weitere Verschärfung der Probleme«. Die PDK verhindert auf diese Weise sogar die Möglichkeit einer politischen Diskussion der Probleme. Sie betrachtet aus ihrem zentralistischen Verständnis heraus alle nicht von ihr selbst initiierten Ereignisse als problematisch und wird in ihrer Haltung geprägt durch die Angst vor einem Machtverlust.

Wird es einen neuen Anlauf in Sachen kurdischer Nationalkongress geben? Das ist eine der wichtigsten Fragen, vor die sich die kurdische Politik gestellt sieht.

Dagegen bewertet die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), ein wichtiger Akteur in der Region, neben ihrer Kritik an der Unzulänglichkeit des Abkommens die Annäherung beider Parteien als positiv. KCK-Exekutivratsmitglied Riza Altun wies Ende Mai in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Firat (ANF) auf das »Friedensabkommen« zwischen YNK und PDK im Jahre 1996 unter Aufsicht des damaligen US-Außenministers hin und erklärte: »Die Region Kurdistan wird durch zwei Kräfte regiert. Die Ereignisse im Mittleren Osten erzwingen auch das Hinterfragen dieser Machtaufteilung, einer Aufteilung zwischen PDK und YNK. Die haben aber derzeit keinerlei Alternativen, Ideen und Vorschläge. Darum muss primär darüber diskutiert werden, wie Lösungsansätze für die gegenwärtige Krise aussehen könnten. Aber es scheint so, als wäre es bis dahin noch ein weiter Weg. Keine der Parteien hat so etwas derzeit im Programm. Sie beharren auf ihrem parteilichen Profit. Wenn das so weitergeht, werden sie selbst Schaden nehmen. Dies wird auch dann eintreten, wenn YNK und Gorran nicht über ihr vereinbartes 25-Punkte-Programm hinausgehen. Unser Wunsch ist es, für alle Probleme und Hindernisse eine Lösung zu finden, um so eine Einheit zu schaffen, eine echte föderaldemokratische Struktur in Südkurdistan.«

Das Abkommen muss zur nationalen Einheit beitragen

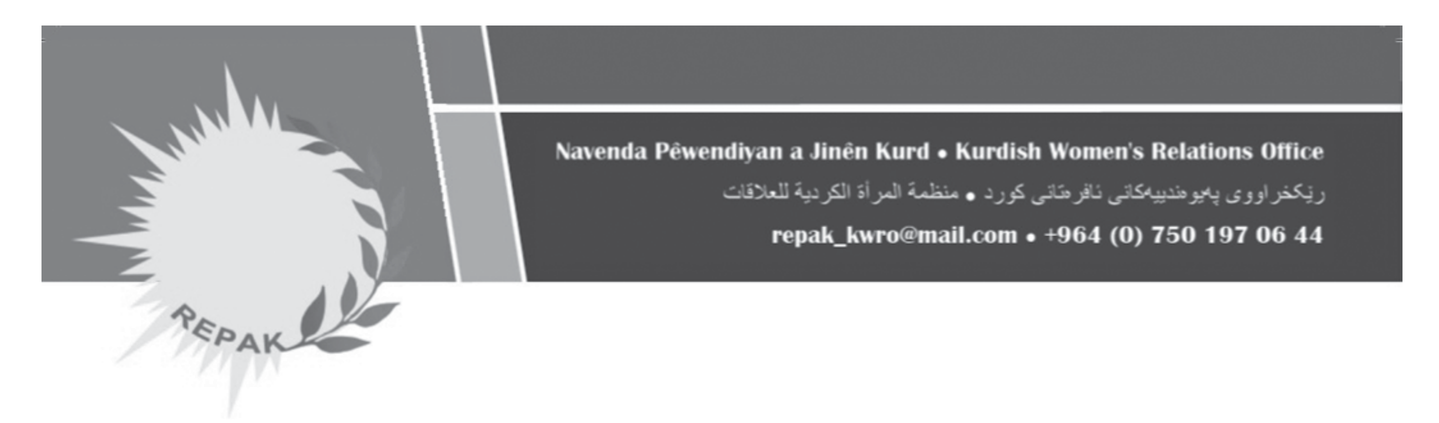
Das Abkommen zwischen der YNK und Gorran auf den Status einer einfachen Vereinbarung zwischen zwei Parteien zu reduzieren, die ihre Interessen realisieren wollen, wäre fatal. Wenn beide lediglich ihre Macht in Südkurdistan festigen wollen, wird dies nicht nur ihnen selbst, sondern möglicherweise allen Kurden schaden.

Aus diesem Grund müssen beide sich der nationalen Verantwortung stellen, egal aus welchem Grund sie auch zusammengekommen sind. Die kurdische Vergangenheit zeigt, dass das Scheitern engen und einfachen Partei- und Claninteressen geschuldet ist. Jüngstes Beispiel dafür ist das Abkommen zwischen PDK und YNK von 2006, das die Machtteilung in Südkurdistan vorsah. Diese Machtorientierung hat allen Kurden großen Schaden zugefügt. Das ist deutlich daran zu sehen, dass das sogenannte »strategische« Abkommen nicht eingehalten wurde und beide Parteien ihre Eigeninteressen verfolgten.

Eseserd verwies auf den Unterschied zwischen den Abkommen von 2006 und jetzt: »Das damalige verfolgte die Machtteilung zwischen zwei Parteien. 2003 waren ganz neue politische Ereignisse auf der Tagesordnung. Die Probleme haben sich in der Folge ungleich entwickelt und die gesamte politische Lage hat sich gewendet. Wir konnten die Punkte aus dem Abkommen nicht umsetzen, es blieb nur Papier.«

Wenn die YNK-Gorran-Vereinbarung auf jener von 2006 fußt, also eine Machtteilung vorsieht, ist sie von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Beiden Parteien kommt wie eingangs erwähnt die Aufgabe der Demokratisierung und der Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Struktur zu, um politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme lösen zu können.

Das Abkommen könnte auch einen ersten Schritt in Richtung nationaler Einheit bedeuten, was für alle Kurden in allen Teilen Kurdistans als wichtig erachtet wird. Im Jahre 2013 hatte sich zum Thema »Nationalkongress« einiges getan, lief jedoch aufgrund der Verfolgung eigener Interessen durch die PDK und der Haltung der Regionalmächte ins Leere. Wird es einen neuen Anlauf in Sachen kurdischer Nationalkongress geben? Das ist eine der wichtigsten Fragen, vor die sich die kurdische Politik gestellt sieht. Die letzten hundert Jahre haben gezeigt, was es bedeutet, »nur« für einen Teil Kurdistans Politik zu machen. Das Ergebnis war die Teilung Kurdistans zwischen den Mächten in der Region und ein antikurdisches Bündnis. Wenn also das Abkommen zwischen YNK und Gorran ein weiterer Schritt in Richtung kurdischer Einheit sein kann, wird es von Bedeutung sein. Anderenfalls wird es zu einem Zeitpunkt, an dem die Kurden vor großen Errungenschaften stehen, zu erheblichem Schaden führen, wenn beide Parteien nur ihre Eigeninteressen verfolgen. ♦



Südkurdistan: PDK überfällt REPAK-Zentrum in Hewlêr

Wir werden unsere Arbeit in Zukunft noch stärker fortführen ...

Erklärung des Kurdischen Zentrums für Frauenangelegenheiten (REPAK)

Am Morgen des 5. Juni 2016 gegen 9 Uhr wurde eine Razzia in den Räumlichkeiten des Kurdischen Zentrums für Frauenangelegenheiten (REPAK) in Hewlêr (Erbil) – Başûr (Südkurdistan/Nordirak) – durch Polizeieinheiten durchgeführt. Den dort arbeitenden Frauen sowie der Vorsitzenden wurden umgehend Ausweispapiere und Mobiltelefone abgenommen, so dass niemand außerhalb des Gebäudes informiert werden konnte. Die schwerbewaffneten Sicherheitskräfte und mittlerweile anwesenden Geheimdienstmitarbeiter gaben weder eine Begründung zu der Razzia ab, noch legten sie ein Beschlussdokument vor, das die Hausdurchsuchung rechtlich legitimieren würde. Resultat der Aktion war die Schließung der REPAK-Räumlichkeiten sowie die Ausweisung der dort arbeitenden Frauen aus der Stadt. Außerhalb der Stadt wurden die Aktivistinnen mitten auf einer Straße ausgesetzt, sie bekamen ihre Papiere und Mobiltelefone zurück und ihnen wurde erklärt, dass es ihnen von nun an untersagt sei, die Stadt jemals wieder zu betreten. All dies geschah gegen jegliches bestehendes Recht.

Das REPAK-Zentrum wurde im März 2014 in Hewlêr als NGO (Nichtregierungsorganisation) gegründet. Das Hauptziel des REPAK war es das Band und die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen kurdischen Frauenorganisationen zu stärken. Gleichzeitig arbeitet das REPAK mit einer großen Anzahl an Frauen, Zivil- und Menschenrechtsorganisationen sowohl in Kurdistan als auch auf internationaler Ebene zusammen, um die Situation kurdischer Frauen und deren Kampf bekannter zu machen. Gerade durch die Angriffe des Islamischen Staats (IS) in Südkurdistan wurde das REPAK zu einer der zentrale Anlaufstellen für Frauendelegationen nach Kurdistan, um die Situation und den Kampf kurdischer Frauen kennenzulernen und zu dokumentieren. Vertreterinnen des REPAK nahmen an dutzenden internationalen Konferenzen und Seminaren teil und teilten die Erfahrungen über die Situation der Êzîdinnen, die vom IS entführt und versklavt wurden, aber auch über den enormen Widerstand kurdischer Frauen und ihren Kampf um Freiheit. Zudem ist das REPAK Teil internationaler Frauenorganisationen und Strukturen und zentrale Koordination im Mittleren Osten, wie beispielsweise für die Weltfrauenkonferenz.

Die Razzia und De-facto-Schließung eines Zentrums einer Frauenorganisation wie des REPAK in Zeiten, in denen die Angriffe des IS gegen Südkurdistan anhalten, verdeutlicht ein ernsthaftes Problem der lokalen Regierungsstrukturen und hinterlässt ein großes Fragezeichen.

Während sich das Sykes-Picot-Abkommen zum 100. Mal jährt, das die Grundlage für die Teilung Kurdistans auf vier Nationen darstellt, während unzählige Erklärungen zur Unsinnigkeit dieser künstlichen Grenzziehung abgegeben wor-

den sind, versucht eine politische Partei dennoch neue Grenzen in Südkurdistan zu ziehen, indem sie Aktivist*innen und Politiker*innen von »ihrem« Territorium vertreibt. In einer Zeit, in der die Einheit der Kurd*innen wichtiger ist als jemals zuvor, betreibt die PDK (Demokratische Partei Kurdistan) mehr und mehr eine Politik der Teilung und Zersplitterung Südkurdistans.

Während also einerseits ein klares Hindernis für ein einheitliches Zusammen entsteht, zeigt sich auf der anderen Seite die deutliche Einstellung der südkurdischen Regierung unter Barzanî gegenüber der Frauenbewegung. Somit ist klar, dass das REPAK nicht zufällig zum Ziel dieser massiven Repression wurde. Innerhalb der letzten Monate wurden wiederholt explizit weibliche Aktivistinnen von PDK-Kräften in Städten wie Hewlêr, Zaxo und Duhok festgenommen. Eines der wohl bekannteren Beispiele stellt die Festnahme der êzîdischen Journalistin Aysel Avesta dar, sie wurde über eine Woche im Gefängnis festgehalten und erst nach starkem innerkurdischen und internationalen Druck freigelassen. Die Schließung des REPAK-Zentrums sowie die Ausweisung der dort arbeitenden Aktivistinnen ist nicht einfach nur ein Angriff auf die betroffenen Frauen, sondern ein Angriff auf den Frauenbefreiungskampf. Die PDK handelt nach der allgegenwärtigen männlichen Mentalität, der männlichen Vorherrschaft, die die Frauen als Menschen zweiter Klasse unterdrückt halten, und versucht die Entwicklung und Bewusstwerdung der Frauenbefreiung, die Demokratisierung der Politik und eine insgesamt umfassende Veränderung zu verhindern, die die strukturellen Probleme Südkurdistans lösen könnte.

Wir als REPAK werden die Schließung unseres Zentrums nicht hinnehmen, wir werden uns der patriarchalen Mentalität nicht ergeben, auf deren Grundlage versucht wird, neue Grenzen zu ziehen. Wir werden unsere Arbeit in Zukunft noch stärker fortführen und eine öffentliche Stimme des kurdischen Frauenwiderstandes innerhalb und außerhalb Kurdistans sein. Wir werden den Widerstand der kurdischen Frauen für ein freies Leben noch stärker und effektiver repräsentieren, dieser Widerstand, der ohne Frage eine große Bewunderung auf sich gezogen hat und zu einer enormen Inspiration für Frauen weltweit wurde.

Wir rufen alle Frauen- und Menschenrechtsorganisationen und alle Aktivist*innen auf, gegen den Angriff auf das REPAK und somit gegen den Angriff auf den Frauenbefreiungskampf zu protestieren. Getroffen hat es das REPAK, doch gezielt wurde und wird auf uns alle. Lasst uns gemeinsam unsere Stimmen erheben – für die Freiheit der Frau, gegen die patriarchale Mentalität. ♦

5. Juni 2016

REPAK Vorstand



Vertreterinnen des REPAK nahmen an dutzenden internationalen Konferenzen und Seminaren teil und teilten die Erfahrungen über die Situation der Êzîdinnen, die vom IS entführt und versklavt wurden, aber auch über den enormen Widerstand kurdischer Frauen und ihren Kampf um Freiheit. Zudem ist das REPAK Teil internationaler Frauenorganisationen und Strukturen und zentrale Koordination im Mittleren Osten, wie beispielsweise für die Weltfrauenkonferenz. Foto: F. Aicher /artofax.ch

Êzîden erzählen:

Sie haben sogar die Verrückten verbrannt!

Mustafa İlhan, Yeni Özgür Politika, 30.05.2016

In unserem Dorf gab es eine alte verrückte Frau. Sie hatte außerhalb des Dorfes eine kleine Hütte. Sie hat jahrelang in dieser Hütte gelebt. Sie hat auch niemanden besucht. Der IS kam und hat die Hütte mitsamt der Frau verbrannt. Sie haben sogar unsere Verrückten verbrannt, getötet!

Es ist halb acht abends. Ich komme im Flüchtlingscamp in Aachen an, um einen neuen Arbeitstag zu beginnen. Das Erste, das ins Auge fällt, sind Menschen, die aus dem Bürgerkrieg in Syrien und Irak sowie aus dem Chaos in Afghanistan geflüchtet sind … Jeder begrüßt den Eintreffenden in seiner Sprache …

Es sind kaum zehn Minuten vergangen, dass ich das Büro betreten habe, da kommt der êzîdische Kurde Barkat aus der Stadt Xana Sor *[in Şengal/Sindschar]* herein. Nach einer kurzen Begrüßung ein Tee. Auf die Frage »Was hast du heute gemacht, Barkat?« kommt dieselbe Antwort wie seit Monaten: »Was soll ich tun, habe wie immer auf die Antwort auf meinen Asylantrag gewartet.«

Ab hier beginnt die Geschichte von Barkat. Er beginnt zu erzählen, woher er kommt, wie er hergekommen ist, was er erlebt hat …

»Wir waren glücklich, nicht bedürftig«

»Bevor der Islamische Staat in unsere Stadt gekommen ist, betrieben wir Landwirtschaft und Viehzucht. Wir hatten Tomaten- und Gurkengärten und besaßen Rinder. So finanzierten wir uns. Wir waren glücklich, nicht bedürftig. Das dauerte bis zum 3. August 2014 bis fast drei Uhr nachmittags an. Der IS drang in Şengal und in unsere Stadt Xana Sor ein. Unser glückliches und harmonisches Heim verwandelte sich im Nu in Finsternis, und Hölle. Gegen uns wurde ein weiterer Ferman[1] verhängt. Den haben wir gemeinsam mit unseren Kindern am 3. August 2014 erlebt.

Sie haben ermordet und vergewaltigt

Sie waren angeblich Moslems, aber sie hatten gar nichts, was an einen Menschen erinnern würde. Sie kamen und sagten unseren Jugendlichen: ›Kommt zum Glauben, wendet euch eurer wahren Religion zu, beteiligt euch an der Islamischen Armee. Wenn ihr das tut, werden wir euch nichts tun.‹

Wer das nicht akzeptierte, sich ihnen widersetzte, wurde erschossen, sie nahmen die Jugendlichen unter Zwang mit, ältere Männer und Frauen köpften sie. Sie verschleppten unsere jungen Mädchen im Alter von neun bis zwanzig. Sie verkauften unsere Töchter auf Sklavenmärkten, schlachteten unsere Babys unter Felsen, schlugen Babys noch im Schoße ihrer Mutter auf dem Boden tot, vergewaltigten unsere Frauen. Sie machten sogar kleine Mädchen im Alter von neun Jahren zu ihren Frauen. Wie gesagt, gegen unser Volk war erneut ein Ferman erlassen worden. Dieser Tag ist für uns als schwarzer Tag in die Geschichte eingegangen.«

Wir aßen Feigenblätter, saugten das Wasser aus der Erde

Barkat fährt fort mit dem Tag, an dem der IS kam: »An dem Abend, als der IS kam, verschwanden die Peschmerga. Wir rannten Richtung Şengal-Berge. Wir haben hungrig und durstig vierzehn Tage lang auf diesem Berg ausgeharrt. Wir haben uns von Feigenblättern ernährt. Unsere Kinder wurden krank, weil sie nichts zu essen und zu trinken hatten. Die Brüste unserer Frauen gaben keine Milch mehr, sie trockneten aus, so dass die Kinder nicht gestillt werden konnten. Wir haben die Kühe,

1 Ferman (auch Firman): Erlass/Dekret/Vollmacht/Verordnung eines Souveräns in islamischen Ländern; die Glaubensgemeinschaft der Êzîden spricht von 72 Fermanen –Völkermorden –, denen sie in ihrer langen Geschichte bis August 2014 ausgesetzt gewesen waren.



»Wir hatten Tomaten- und Gurkengärten und besaßen Rinder. So finanzierten wir uns. Wir waren glücklich, nicht bedürftig. Das dauerte bis zum 3. August 2014 bis fast drei Uhr nachmittags an. Der IS drang in Şengal und in unsere Stadt Xana Sor ein. Unser glückliches und harmonisches Heim verwandelte sich im Nu in Finsternis, und Hölle.« Foto: DIHA

die wir mitgenommen hatten, gemolken und die Milch unseren Kindern gegeben. Wir hatten nichts zum Schneiden dabei, so dass wir unsere Schafe mit geschliffenen Steinen schlachten mussten. Wir haben sie damit in Stücke geschnitten und auf Steinen gekocht und ungesalzen gegessen. Wir versuchten zu überleben.

Wie haben den Boden einen Meter tief aufgegraben, um aus der feuchten Erde das Wasser abtropfen zu lassen und anschließend trinken zu können. An unserem zwölften Tag auf dem Berg ging das Gerücht um, die Amerikaner seien in Şengal einmarschiert, andere wiederum sagten, die Peschmerga seien eingetroffen. Aber wir haben weder Amerikaner noch die Peschmerga gesehen, die uns zurückgelassen hatten. Es verging nicht viel Zeit, bis die YPG *[Volksverteidigungseinheiten aus dem nordsyrischen Rojava]* zu uns gelangten. Sie haben uns umarmt, sagten, dass wir nicht allein seien und dass sie gekommen seien, um uns zu helfen. Sie teilten ihr Brot und Wasser mit uns. Wir machten uns auf den Weg von den Şengal-Bergen Richtung Rojava. Die YPG hatten für uns einen Korridor freigekämpft. Während sie uns auf der einen Seite durch diesen Korridor begleiteten, lieferten sie sich auf der anderen Seite Gefechte mit dem IS. Wir waren ca. 15 000 Menschen, die auf dem Berg verstreut gewesen waren.«

»Erst als die YPG kamen, konnten wir aufatmen«

Während Barkat fortfährt, treten seine Freunde Mahmud und Samir in den Raum, ich schenke auch ihnen Tee ein, und wir hören Barkat bei seinem Bericht zu:

»Wir hatten einen Grundbesitz von 120 dönüm[2]. Wir wissen nicht, wer heute auf unserem Grundstück ist. Wir haben alles zurückgelassen. Wir hatten mit großer Mühe unser Haus gebaut. Grundstück, Tiere ... Alles haben wir dort zurückgelassen.

Bevor der IS in Şengal einfiel, hatten die Peschmerga Waffen aus Deutschland bekommen. Sie gaben uns stattdessen ihre alten Waffen. Viele funktionierten gar nicht richtig. Das machten sie nur, weil wir Êzîden sind. Als der IS kam, suchten sie nach einem Loch, in das sie flüchten konnten, und haben uns verraten. Als wir in die Berge flüchteten, war niemand bei uns. Erst als die YPG kamen, konnten wir aufatmen. Wir haben weder die USA noch Russen noch die Peschmerga gesehen. Was wir gehen haben, waren die YPG-Kämpfer, die uns auf dem Şengal-Berg umarmten.«

2 Flächenmaß in der Größe von ca. 8–10 Ar (je nach Region), allerdings auch schon mal weit abweichend.

Haben wir geköpft, haben wir gestohlen?

An dieser Stelle fällt ihm Mahmud ins Wort. Seine Augen sprühen Funken: »Angeblich sind sie Moslems. Sie sagen, dass die Êzîden Ungläubige seien; wem haben wir etwas getan? Haben wir je einen Menschen enthauptet, misshandeln wir unsere Tiere, stehlen wir, vergewaltigen wir? Nichts davon. Wir weichen aus, wenn wir am Boden eine Ameise sehen, um sie nicht zu töten. Ich will euch etwas fragen. Warum treffen die Fermane immer uns?

Mein Nachbar war ein arabischer Moslem, kein Tag, ohne dass er mich besuchen kam, vielleicht hat er tausendmal mein Essen gegessen, von meinem Tee getrunken. Als der IS in Şengal und Xana Sor einfiel, fingen sie auch an, uns zu quälen. Wenn wir doch Ungläubige waren, warum habt ihr bis zu dem Tag unser Essen gegessen, unser Wasser getrunken? Was war passiert, dass die Menschen, denen wir unser Brot und Wasser gaben, auf einmal unser Leben wollten?

Wir hatten weder die PKK noch die YPG oder Peschmerga unterstützt. Als der IS unsere Gebiete besetzte, flüchteten die Peschmerga und ließen uns schutzlos zurück. Wir flüchteten auf die Şengal-Berge. Wir hungerten, wir dursteten, bis die YPG zu uns vordrangen, uns umarmten und uns schützten. Sie gaben uns Brot und Wasser, sie brachten uns nach Rojava.«

Wir haben die wahren Freunde und Feinde gesehen

Nun ergreift Samir das Wort: »Wir haben dort gesehen, wer unsere wahren Freunde und Feinde sind. Wir hatten vorher viel von Apo gehört, ihn im Fernsehen gesehen. Mit dem Eintreffen der YPG haben wir unsere Sicherheit gewonnen und begriffen: Wenn ein Volk ohne Führung ist, ist es schwierig, eine Einheit unter diesem Volk herzustellen. Wir kannten die YPG und PKK zuvor nicht besonders. Wir verstehen Apos Einschätzungen von uns Êzîden jetzt besser. Wir sind ein Volk von annähernd einer Million, aber über die ganze Welt verteilt. Wir hatten einen kleinen Landstreifen, der wurde auch geplündert. Wenn es auf dieser Welt eine Führung für uns geben sollte, dann sind es Apo und seine Bewegung.«

Auch ein dreijähriges Kind ruft »bijî Apo, bijî YPG!«

Barkat beginnt erneut, er erzählt lange und ausführlich: »Wir können das nicht bestreiten, was die YPG gemacht haben. Während wir auf dem Şengal mit dem Tod kämpften, unsere Kinder, Frauen vergewaltigt wurden, war unser Mele *[religiöser Gelehrter]* hier und ließ es sich gut gehen. Als wir fragten, wo unsere Meles sind, hieß es ›er ist krank, er wird in Deutschland behandelt‹. So kann eine Führung nicht aussehen, die Welt ist Zeuge, uns haben die YPG und PKK gerettet. Heute rufen in Şengal Menschen zwischen drei und siebzig Jahren ›bijî Apo, bijî YPG!‹ *[»Hoch/Es lebe Apo, … die YPG«]*

»Die Welt war blind und taub«

Die Welt war blind und taub gegenüber dem Ferman, dem wir ausgesetzt waren. Ich kann nicht vergessen, was wir erlebt und gesehen haben. So geht mir das Bild von der toten Frau und ihrem Kind auf dem Şengal-Berg, wie sie auf dem Boden liegt, nicht aus dem Kopf. Die Frau war tot, aber ihr fünf oder sechs Monate altes Baby lebte noch und saugte an der Brust seiner toten Mutter. Wir sind Zeugen davon. Außer uns hat niemand diese Bilder gesehen und erlebt. Die Welt war blind, die Menschheit taub.

Meine Nichte war in ihrer Gefangenschaft

Meine 19-jährige Nichte war drei Monate lang in der Gefangenschaft des IS, jetzt lebt sie in Hannover. Der IS hat unsere Mädchen aus Şengal entführt, zuerst nach Til Afer, dann Musil *[Mossul]* und später Raqqa. Sie konnte fliehen und sich retten. Sie wurde monatelang psychologisch behandelt, sie musste Beruhigungsmittel nehmen. Mein Vater sagte vor vier Jahren zu uns: ›Baut kein Haus, eure Mühe wird zunichtegemacht werden, ein weiterer Ferman wird uns Êzîden heimsuchen.‹ Mein Bruder und ich dachten, mein Vater tickt nicht mehr ganz richtig. Wir lachten über ihn. Er hat es vorhergesehen. Ein weiterer schrecklicher Ferman hat uns heimgesucht, uns von unserem Land, unserer Erde und unseren Familien getrennt. Wir haben ein großes Grundstück, wir hatten ein Haus, jetzt leben wir mit sechs Personen in einem Zwanzigquadratmeterraum in einem Flüchtlingscamp.«

Was benötigen die Êzîden?

In einem Moment, als niemand spricht und keine Frage gestellt wird, sagt Mahmud: »Wir brauchen Waffen, Land und Staat. Ansonsten werden uns neue Gräueltaten, neue Massaker treffen und wir werden vernichtet werden.«

Barkat widerspricht und beginnt erneut zu sprechen: »Nein, wir brauchen in erster Linie keine Waffen, sondern eine Führung. Eine Führung, die alle Kurden vereint. Ohne eine Einheit der Kurden – welche Bedeutung hätten da Waffen? Wir sind von Feinden umzingelt, sie würden erneut Fermane aus-

führen. Können Êzîden allein auf sich gestellt sich davon befreien?

In unserem Dorf gab es eine alte verrückte Frau. Sie hatte außerhalb des Dorfes eine kleine Hütte. Sie hat jahrelang in dieser Hütte gelebt. Sie hat auch niemanden besucht. Der IS kam und hat die Hütte mitsamt der Frau verbrannt. Sie haben sogar unsere Verrückten verbrannt, getötet. Wir benötigen in erster Linie eine Einheit, eine stabile Führung.

Wir dachten, Barzanî wäre unsere Führung, aber wir haben uns geirrt ...

Bis zum letzten Ferman dachten wir, unser Vorsitzender sei Barzanî. Wir haben uns geirrt. Er hat uns nicht geschützt, er ist uns in den Rücken gefallen. Als er gehört hat, dass der IS eingefallen ist, hat er uns fallenlassen. Jetzt behauptet er, sie hätten uns Êzîden gerettet. Die Welt ist Zeuge, dass wir von den YPG gerettet wurden. Solange ich lebe, werde ich das nicht vergessen. Kein Êzîde sollte das je vergessen.«

»Ohne Einheit der Kurden ...«

Samir ergreift erneut das Wort; er fängt an zu sprechen, als wolle er einen Zwischenweg finden, zwischen den unterschiedlichen Sichtweisen Barkats und Mahmuds schlichten: »Wir brauchen sowohl eine richtige Führung als auch einen Staat. Wir brauchen Selbstverwaltung. Glaubt mir, wenn morgen der IS in Peschmerga-Gebiete eindringen sollte, würden diese Peschmarga auch Kurden im Stich lassen. Aber Apo wird im Volk als die wahre Führung betrachtet.«

Mahmud scheint mit diesem Zwischenweg einverstanden zu sein: »Wir Êzîden sind wie eine Herde ohne Schäfer. Sogar unsere Meles haben uns verlassen und sind nach Europa geflüchtet. Wir wissen, dass wir mit unserer Bevölkerungszahl nicht die Welt werden beherrschen können, aber wir benötigen ein Territorium, auf dem wir uns selbst verwalten und regieren.«

Das letze Wort ergreift erneut Barkat: »Ohne die Einheit der Kurden kann kein Kurdistan gegründet werden. Und ohne das werden die Êzîden auf dieser Erde keinen Platz finden ...« ♦



Zeugnisausgabe in Şengal: Die Schulkinder besuchen die nun selbstverwaltete Schule, sie präsentieren stolz ihre Zeugnisse. Foto: ANF

Der Bundestagsbeschluss zum Armenien-Genozid und der Genozid in Nordkurdistan

Die um 101 Jahre verspätete »große Beichte« und die Gefahr für Europa

Veysi Sarısözen, Journalist

Die Anerkennung des Deutschen Bundestags der Mitschuld am Genozid an der armenischen Bevölkerung in der Türkei hat auch eine unvergleichliche Bedeutung für die Entscheidung zahlreicher Staaten in dieser Sache.

Denn dieser Beschluss ist gleichzeitig ein Schuldbekenntnis der gemeinsam mit dem Osmanischen Reich begangenen Verbrechen. Andere Länder haben mit ihrer Entscheidung die Türkei beschuldigt, Deutschland aber hat seine Komplizin bestätigt.

Kein Dokument, kein Zeuge, keine wissenschaftliche oder historische Forschung ist vergleichbar mit dem Bundestagsbeschluss über den Genozid an den Armeniern.

Nach dieser Entscheidung – mit der Begründung »trotz unserer verschiedenen Verantwortlichkeiten und Interessen haben wir gemeinsam diesen Genozid begangen« – wird keine Macht der Welt verhindern können, dass Staatspräsident Erdoğan und sein Regime auf der Anklagebank sitzen werden, sofern sie ihn weiterhin leugnen.

Wir müssen diesen Bundestagsbeschluss durch ein Prisma des brutal fortgesetzten Krieges in der Türkei betrachten, da dieses Schuldbekenntnis nur so weit an Wert und Bedeutung gewinnen kann, wie Deutschland und seine Verbündeten sich gegenüber anderen »Massakern« verhalten werden.

Aus dem Bundestagsbeschluss geht hervor, dass in den Jahren 1915 und 1916 von insgesamt 1,5 Millionen Armeniern eine Million getötet worden war. Das wurde im Bundestag bis auf eine Gegenstimme akzeptiert.

Was aber passiert in der Türkei?

Ein Vergleich der Zahlen wird uns Genaueres veranschaulichen:

Zurzeit wird die kurdische Bevölkerung, die eine gemeinsame Grenze mit der Regionalregierung Kurdistans im Süden und den Rojava-Kantonen im Westen hat, von Haubitzen, Kampfhubschraubern, Panzern und Kampfflugzeugen aus bombardiert und massakriert. Die Zahl der vertriebenen und getöteten Kurden entspricht einem Drittel der Betroffenen zu Zeiten des Genozids an den Armeniern.

Nach der Şeyh-Said-Rebellion im Jahre 1925 vertrieb der türkische Staat bekanntlich im Namen des »Şark-Islahat-Planı« (»Orient-Reform-Plans«) Millionen Kurden aus ihrer Heimat.

Die zweitgrößte Deportation fand Anfang der 1990er Jahre statt, als laut Nachrichtenagentur »DIHA« 4 000 Dörfer evakuiert und verbrannt und zivilgesellschaftlichen Organisationen zufolge bis zu vier Millionen Menschen vertrieben wurden. Allein diese Zahl liegt viel höher als die des Armenien-Genozids. Eines der wichtigsten Ziele war und ist es, ein Kurdistan ohne Kurden zu schaffen und die Vertriebenen in den türkischen Großstädten zu assimilieren.

Was tat Deutschland, das nach 101 Jahren den Genozid an den Armeniern anerkennt und seine Mitschuld erklärt, zu jener Zeit?

Deutschland verkaufte nach der deutschen Einheit die russischen Panzer und Waffen der DDR an die Türkei. Die osmanisch-deutsche Allianz fand dieses Mal gegen Kurdistan Anwendung.

Zur Klärung dieser Frage muss ein Blick auf die Vergangenheit geworfen werden. In diesem Rahmen soll an zwei symbolische Sachverhalte erinnert werden:

Am 22. Oktober 1993 wurde der türkische General Bahtiyar Aydın in Pîran (Lice) ermordet. Die PKK wies die Beschuldigung zurück, dieses Attentat begangen zu haben. Das Militär zerstört als Antwort darauf die Stadt Pîran mithilfe der deut-



Auf den Trümmern von Gever. Wird die alteingesessene Bevölkerung aus Nordkurdistan vertrieben?
Foto: DIHA

schen Panzer. Es wird heute immer noch diskutiert, ob Bahtiyar Aydın aus den eigenen Reihen ermordet wurde.

Was passierte nach der Provokation?

35 Tage nach dem Angriff auf Pîran erklärte der deutsche Staat am 26. November die PKK zur verbotenen Partei. Alle ihr nahestehenden kurdischen Vereine in Deutschland wurden geschlossen. Dieses Verbot wird bis heute aufrechterhalten. Der türkische Staat bezieht sich darauf und will in der Türkei auch die Demokratische Partei der Völker (HDP) verbieten und deren Abgeordnete mit der Begründung verhaften lassen, »verlängerter Arm der terroristischen Organisation« zu sein.

Aktuelle Situation im Völkermord an den Kurden

Die AKP unter Erdoğan hat die Ergebnisse der Parlamentswahl im Juni 2015 nicht akzeptiert und am 24. Juli den Waffenstillstand mit der PKK beendet, den Verhandlungstisch umgestoßen und bis dato nie gesehene Luftangriffe gegen die Stellungen der Guerilla in den Kandil-Bergen geflogen. Und damit den Krieg neu angefacht. Daraufhin haben kurdische Jugendliche Gräben um ihre Stadtteile und Straßen ausgehoben, um gegen Festnahmen und gezielte Tötungen vorzugehen.

Im Moment bombardiert das türkische Militär, mit der Zustimmung Erdoğans und seiner Regierung, ununterbrochen die kurdischen Grenzgebiete. Hunderte Zivilisten haben dabei ihr Leben verloren. Über den Verbleib der Verletzten weiß die Öffentlichkeit nichts. Die Zahl der Vertriebenen in den letzten Monaten liegt bei weit über 500 000; sie entspricht einem Drittel der Zahl der innerhalb von zwei Jahren Betroffenen des Armenien-Genozids. Die kurdischen Städte werden weiterhin in Brand gesetzt. In der Öffentlichkeit und in den Medien wird offen über die gefährlichen Pläne des türkischen Staates berichtet.

Diesen Plänen zufolge sollen alle kurdischen Grenzstädte, von Colemêrg (Hakkâri) bis zur syrischen Grenze, von Kurden entvölkert und dort dann neue Siedlungen für über drei Millionen sunnitische Araber gebaut werden. Dieses Vorgehen ist vergleichbar mit der israelischen Siedlungsbaupolitik. Sollte das Vorhaben realisiert werden, würden die Kurden in der Türkei, bis auf die Grenze zum Iran, keine anderen Verbindungen mehr zu Südkurdistan und Rojava haben.

Es sieht so aus, als werde der Plan des türkischen Staates in die Tat umgesetzt, nachdem das Vorhaben einer 1000 km langen und 40 bis 50 km tiefen Pufferzone in der syrischen Grenzregion nicht realisiert werden konnte. Da es der türkischen Regierung nicht gelungen ist, die Revolution in Rojava zu verhindern und zu eliminieren, versucht der Staat de facto, diese Pufferzone innerhalb seiner Grenzen zu verwirklichen. Mit den hier angesiedelten Arabern sollen die Kurden in Rojava von Norden und Süden in die Zange genommen werden.

Der vor 101 Jahren verübte Genozid an den Armeniern ist für das Erdoğan-Regime eine Quelle der Inspiration geworden.

Aber was ist die Rolle Deutschlands bei diesem »modernen Genozid« an den Kurden?

Bundeskanzlerin Merkel hat mit ihren Türkeibesuchen der letzten Monate die Würde Deutschlands beschädigt. Denn ihre Regierung ist durch den Flüchtlingsandrang nach Europa etwas in Panik geraten, und um ihn aufzuhalten, musste sie zwischen der Türkei und Europa »Mauern errichten«, und zwar auf Kosten der Kurden. Erdoğan erpresste sie mit der Androhung »voller Flüchtlingsbusse nach Berlin«, wenn sie nicht

zum Genozid an den Kurden schweige, nicht den Kampf der Türkei gegen die PKK unterstütze und keine drei Milliarden Euro bezahle. Merkel hat sich dieser Erpressung unterworfen.

Und so sah man darüber hinweg, dass mit der Inhaftierung der Flüchtlinge in der Türkei eine ethnische Säuberung einhergeht. Es bedeutet eine Zustimmung zur ethnischen Säuberung von den Kurden in der Türkei.

Ja, im Ersten Weltkrieg war Deutschland zusammen mit dem Osmanischen Reich in den Genozid an den Armeniern verwickelt gewesen.

Das im Zweiten Weltkrieg für den Holocaust verantwortliche Deutschland ignoriert im heutigen »dritten Weltkrieg« den Genozid an den Kurden.

Kann man unter diesen Gesichtspunkten überhaupt noch von einer historischen Bedeutung des Bundestagsbeschlusses sprechen?

Die Anerkennung der Mitschuld am Genozid wäre nur dann glaubhaft und gewänne nur dann eine historische Bedeutung, wenn sich Deutschland wirksam gegen das Massaker an den Kurden positionieren würde. Deutschland und alle europäischen Länder müssen in dieser Sache umgehend initiativ werden, bevor es zu spät ist.

Denn in diesem Moment kämpft die PKK gemeinsam mit der PYD *[Partei der Demokratischen Einheit im nordsyrischen/westkurdischen Rojava]* gegen die »islamistische, fundamentalistische« Terrorgruppe IS, die sich in allen muslimischen Staaten wie ein Fettfleck ausbreitet.

Die HPG *[Volksverteidigungskräfte; die bewaffneten Kräfte der PKK]* kämpften im Şengal(Sindschar)-Gebirge, in Kerkûk kämpfen sie mit den Peşmerge gegen Daisch (Islamischer Staat, IS). YPG und YPJ *[Volks- und Frauenverteidigungseinheiten in Rojava]* kämpfen gemeinsam an der Seite der Koalitionskräfte gegen Daisch. Damit Syrien von dessen Terroristen gesäubert werden kann, haben tausende Menschen ihr Leben gelassen.

Die Bedeutung dieser Geschehnisse muss den westlichen Kräften nicht lange erklärt werden; die Bomben- und Selbstmordattentate in Paris sollten den EU-Bürgern die Gefahr schon längst verdeutlicht haben.

Die Türkei ist ein NATO-Staat, in ihr werden die letzten Schritte zur islamofaschistischen Diktatur vorangetrieben. Dieses Regime stützt sich auf den »militärisch-industriellen Komplex« von Eliten, die die oligarchische Macht bilden. Diese wiederum haben die sunnitischen Muslime als Basis. Der *[von Atatürk etablierte]* Säkularismus wird immer mehr infrage gestellt, ebenso die Macht der türkischen Kemalisten *[der ehemaligen Staatselite]*. Die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) ist mittlerweile zu einem Teil der AKP geworden. Die Republikanische Volkspartei (CHP) hat die AKP bei den Abstimmungen über die Aufhebung der Immunität der Parlamentsabgeordneten der HDP mit ihren Stimmen unterstützt. All diese Parteien (AKP, MHP, CHP) sind gegen die getroffene Bundestagsentscheidung; von ihnen wird eine schmutzige Kampagne gegen Deutschland forciert. Diese Kräfte bereiten sich auf einen letzten Schlag gegen die HDP vor, weil sie die »rassistischen« Stellungnahmen des türkischen Parlaments nicht getragen hat.

Die Türkei hat bereits jetzt eine schwere Niederlage im Nahen Osten erlitten. Das Abenteuer, die Führung der sunnitisch dominierten Bevölkerungen zu übernehmen, ist voller Frust zu Ende gegangen. Bis auf Saudi-Arabien und Katar hat der türkische Staat keine »Freunde«/Verbündeten mehr. Jetzt führen Erdoğan und sein Regime einen Rachefeldzug gegen die Völker Kurdistans.

Aber das ist ein sinnloses Bestreben. Denn das Volk in Nordkurdistan, wenn auch innerhalb der türkischen Grenzen ansässig, hat dieser militaristischen und faschistischen Syrien-Politik der Türkei eine Niederlage zugefügt. Natürlich haben manche Städte dafür große Opfer gebracht. Das Bewusstsein der Bevölkerung ist zum Teil etwas irritiert. Aber mit einem Blick auf die Landkarte lässt sich leicht ein Bild des Sieges in der Geschichte Kurdistans erkennen.

Aber es besteht auch eine andere »vorübergehende« Möglichkeit:

Das Erdoğan-Regime könnte gemeinsam mit dem Militär den »Völkermord« im Norden forcieren, die Angriffe auf andere Städte ausweiten, die im Moment nicht berührt sind. Die Abgeordneten der HDP könnten verhaftet, den Kurden alle rechtmäßigen und legitimen Handlungsmöglichkeiten genommen werden. Es könnte sogar sein, dass sich die PKK »vorübergehend« zurückzieht. Die kurdische Freiheitsbewegung und die türkischen Demokratiekräfte, die an der strategischen Syrienfront siegen, könnten in Nordkurdistan eine taktische Niederlage erleiden.

Was passiert dann?

Auf der Basis der Gedanken der kurdischen Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan wird die kurdische Freiheitsbewegung neu geboren, aber das System in Europa wird gefährdet

sein. Weil ein Kurdistan, in dem sich die PKK zurückzieht und die demografischen Verhältnisse durch die verstärkte arabische Präsenz durcheinandergeraten, rasch von Daisch überrollt werden wird. In einem solchen Fall – statt einer PKK, welche die muslimische Bevölkerung mit einem aufrechten Säkularismus bereichert – würde es bedeuten, dass die blutrünstigen Hisbollah und Daisch in diesem Gebiet an Stärke gewinnen und ihren Nährboden finden. Dies wiederum würde heißen, dass sich die Türkei innerhalb weniger Jahre zu einem Land wie beispielsweise Pakistan entwickelt. Die Konsequenzen für Europa wären ein erneutes Ansteigen der Flüchtlingszahlen sowie Busse voller Selbstmordattentäter, die eine Gefahr für die europäische Zivilisation bedeuten würden.

Frau Merkel, die vor dem Regen flieht, käme gleich in die Traufe. Zusätzlich würde eine Niederlage der kurdischen Freiheitsbewegung in Nordkurdistan Millionen Menschen, die sich mit der kurdischen Sache solidarisieren und den Repressalien von Staat, Dorfschützern, Hisbollah und Daisch ausgesetzt sind, veranlassen, sich auf den Weg u. a. nach Europa zu machen.

Deshalb wären nicht nur für das kurdische Volk, sondern für alle europäischen Nationen die Aufhebung des PKK-Verbots, die Freilassung des PKK-Anführers Abdullah Öcalan aus dem Imralı-Gefängnis und die Einstellung der Angriffe in Nordkurdistan von erheblichem Vorteil. Der Deutsche Bundestag darf dieses Mal den Fehler des hundertjährigen Verzugs bei der Anerkennung des Völkermords in Kurdistan nicht wiederholen.

Mit der Bestätigung seiner Mitschuld am Genozid an den Armeniern hat Deutschland einen ehrenvollen Schritt getan. Aber wer »A« sagt, sollte auch »B« sagen können: den Genozid in Kurdistan benennen! ♦



Kundgebung vor dem OLG Hamburg: Gegen Bedrettin Kavak wurde am 3. Mai der § 129b-Prozess eröffnet. Zurzeit gibt es in der BRD zehn kurdische Gefangene nach §129b, Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation im Ausland. Foto: AvA

Strafanzeige gegen Erdoğan u. a. Verantwortliche wegen Kriegsverbrechen

Straflosigkeit von Kriegsverbrechen und schweren Menschenrechtsverletzungen verhindern!

Britta Eder, Rechtsanwältin

Am 27. Juni 2016 wurde durch die Rechtsanwältinnen Britta Eder und Petra Dervishaj in Zusammenarbeit mit dem Verein für Demokratie und internationales Recht, MAF-DAD, eine Strafanzeige gegen Recep Tayyip Erdoğan und weitere politisch und militärisch Verantwortliche wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach dem Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) bei der Generalbundesanwaltschaft eingereicht.

Die Anzeige erfolgte im Namen zahlreicher Anzeigeerstatter_innen aus verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, u. a. Abgeordneter des Bundestages, Landtagsparlamentarier_innen und Kommunalpolitiker_innen, Ärzt_innen, Flüchtlingsorganisationen, zahlreicher Rechtsanwält_innen sowie Familienangehöriger zweier Opfer.

Die Möglichkeit einer solchen Anzeige von in der Türkei durch türkische Staatsangehörige begangenen Taten besteht, da dem deutschen Völkerstrafgesetzbuch das sog. Weltrechtsprinzip zugrunde liegt. Das heißt, der Zweck des Völkerstrafgesetzbuchs besteht darin, eine Straflosigkeit von Kriegsverbrechen und schweren Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, unabhängig davon, wo der Tatort liegt. Es ermöglicht daher eine internationale Strafverfolgung von geächteten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, für die militärische Befehlshaber und politische Vorgesetzte verantwortlich sind.

Dabei ist die Anzeige jedoch nicht nur der Generalbundesanwaltschaft (GBA) als zuständiger Staatsanwaltschaft übersandt worden, sondern ebenso unmittelbar dem Justizministerium, dem Bundeskanzleramt sowie dem Auswärtigen Amt. Dies zum einen, um ihnen die in der Anzeige in derartiger Systematik und Ausführlichkeit in deutscher Sprache erstmalig so erfassten Informationen zur Kenntnis zu bringen, und sie damit gleichzeitig aufzufordern, sich gegenüber der Türkei dafür einzusetzen, dass die Vereinten Nationen, Menschenrechtsorganisationen, NGOs und Journalist_innen endlich Zugang zu den kurdischen Gebieten im Südosten der Türkei erhalten, dass der vollkommene Ausfall an Informationen darüber, was in dieser Region passiert, beendet wird und Ermittlungen und Untersuchungen hinsichtlich der bereits erfolgten Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und weiteren Menschenrechtsverletzungen erfolgen kann.

Dahingehend äußerten sich auch die Vereinten Nationen. In ihrer Pressemitteilung vom 10. Mai 2016 heißt es wie folgt:

»Verstörend sind vor allem«, sagte der Hochkommissar, »die Berichte über Angaben von Zeug_innen und Verwandten aus Cizîr (Cizre), die darauf hindeuten, dass mehr als 100 Menschen verbrannt sind, als sie in drei verschiedenen Kellern Schutz gesucht haben, die durch Sicherheitskräfte umzingelt waren.« (…) »Alle diese Anschuldigungen, einschließlich jener, die die gegen die Sicherheitskräfte kämpfenden Gruppen betreffen, sind extrem ernst und sollten sorgfältig untersucht werden, aber scheinen es bisher nicht geworden zu sein. Die türkische Regierung hat bisher nicht positiv auf die Anfragen meines Büros und anderer Teile der Vereinten Nationen, die Region zu besuchen, um aus erster Hand Informationen zu sammeln, reagiert.«

Der UN-Menschenrechtskommissar Prinz Zeid Ra'ad Zeid al Hussein merkt an, dass im Vergleich zu anderen Bezirken, Städten und Dörfern im Mittleren Osten – einschließlich Silopiyas (Silopi), Nisêbîns (Nusaybin) und des Stadteils Sûr von Amed (Diyarbakır), der Hauptstadt der Region –, die über Wochen unbefristet abgeriegelt wurden und der Zugang aufgrund der schweren Sicherheitspräsenz immer noch fast unmöglich ist, mehr Informationen aus Cizîr bekannt geworden sind.

»Im Jahr 2016 ein derartiges Informationsdefizit darüber zu haben, was in einem solch großen und geographisch zugänglichen Gebiet passiert, ist außerordentlich und tiefst beunruhigend«, sagte Zeid al Hussein. »Dieser Totalausfall befeuert den Argwohn über das, was passiert. Ich erneuere deshalb meinen Ruf nach Zugang für Angehörige der Vereinten Nationen und andere objektive Beobachter und Ermittler, einschließlich zivilgesellschaftlicher Organisationen und Journalisten.«

Im Mittelpunkt der Anzeige stehen die Ereignisse während zweier in der Stadt Cizîr, Provinz Şirnex (Şırnak), ausgerufener Ausgangssperren. Die Verhältnisse im Südosten der Türkei werden seit August 2015 durch genau derartige Ausgangssperren, mit der Folge hundettausender von Vertriebenen, hunderter von toten Zivilist_innen und teilweise komplett zerstörter Städten, geprägt.

Nach einem Bericht der TIHV (Türkiye İnsan Hakları Vakfı - Menschenrechtsstiftung der Türkei) wurden zwischen dem 16. August 2015 und dem 20. April 2016 insgesamt 68 Ausgangssperren in 22 Bezirken von 7 Städten ausgerufen, die jeweils unbefristet und rund um die Uhr galten. 35 Ausgangssperren bezogen sich auf Amed, 10 auf Şirnex (im Bezirk Şirnex liegt auch die Stadt Cizîr), 11 auf Mêrdîn (Mardin), 5 auf Colemêrg (Hakkari), 1 auf Mûş, 1 auf Elazîz (Elazığ), und 2 auf Êlih (Batman). Die Menschenrechtsstiftung geht davon aus, dass entsprechend der Volkszählung von 2014 schlussendlich 1 Million und 642 000 Einwohner_innen durch diese Ausgangssperren betroffen waren und dabei ihre fundamentalen Rechte auf Leben und Gesundheit verletzt worden sind.

Eine Stellungnahme des Gesundheitsministeriums vom 27. Februar 2016 geht davon aus, dass insgesamt 355 000 Bewohner_innen gezwungen waren, ihre Städte und Bezirke zu verlassen, in denen sie lebten. Als Folge dieser Ausgangssperren hat die Menschenrechtsstiftung für die Zeit vom 16. August 2015 bis zum 20. April 2016 338 tote Zivilist_innen dokumentiert. 78 davon waren Kinder, 69 waren Frauen und 30 waren über 60 Jahre. Davon sind 76 Zivilist_innen gestorben, weil sie keine medizinische Hilfe bekommen konnten, 200 Zivilist_innen starben, als sie sich innerhalb der Grenzen ihres eigenen Zuhauses befanden, davon allein 147 Menschen in Cizîr. 182 Zivilist_innen starben durch eröffnetes Feuer oder Raketenbeschuss und 18 aufgrund des psychischen Stresses während der Ausgangssperren.

Nicht in der Anzahl von 338 toten Zivilist_innen enthalten sind 78 Menschen in Cizîr und 15 Menschen in Hezex (Idil), die begraben wurden, ohne dass eine Identifizierung stattfand. Ebenso nicht enthalten sind in den Zahlen 11 Zivilist_innen, die ihr Leben durch willkürlichen Beschuss der Sicherheitskräfte während friedlicher Proteste gegen die Ausgangssperren verloren haben und zwar zu Zeiten, als keine Militäroperationen im Gange waren oder Ausgangssperren an den entsprechenden Tatorten in Kraft waren. Ebenso sind keine Zahlen enthalten für jene Ausgangssperren, die bei Abschluss des Berichtes noch in Kraft waren.

Mittlerweile dürften diese Zahlen (sowohl der Vertriebenen als auch der Toten) noch erheblich angestiegen sein, da in zahlreichen Städten die Ausgangssperren noch andauern und Zahlen daher nicht bekannt sind.

Was bedeuten diese Ausgangssperren für die Bevölkerung?

Meist werden sowohl Strom- als auch Wasserversorgung während der gesamten Ausgangssperre unterbrochen, meist die auf den Häusern sich befindenden Wasserbehälter sowie die an den Häusern befindlichen Klimaanlagen durch Beschuss zerstört. Nahezu die gesamte Infrastruktur der betroffenen Städte ist geschlossen. Auch die Handynetze und Internetverbindungen werden unterbrochen, so dass die Kommunikation in die Städte hinein und heraus meist fast gänzlich abgebrochen ist.

In den betroffenen Stadtteilen müssen nahezu alle Läden schließen, so dass es für die Bevölkerung nicht möglich ist, die Grundbedürfnisse wie Essen, Medizin, Milch, Kindernahrung zu decken; während der Ausgangssperre in Cizîr im September 2015 wurde selbst den Bäckereibesitzer_innen nicht die Möglichkeit gegeben, ihre Bäckereien zu öffnen. Auch von außerhalb ist es meist nicht möglich, Lebensmittel in die Städte oder betroffenen Stadtviertel zu bringen, weil diese völlig abgeriegelt sind.

Meist ist die Gesundheitsversorgung in den Städten nur sehr eingeschränkt bis gar nicht vorhanden. So wurden in Cizîr bei der Ausgangssperre im September außer zwei Apotheken, die für eine sehr begrenzte Zeit geöffnet waren, als keine Operationen durchgeführt wurden, alle Apotheken auf Anordnung des Gouverneursamtes, die besagte, dass alle Apotheken außer der gegenüber dem staatlichen Krankenhaus von Cizîr zu schließen seien, geschlossen gehalten. Ebenso waren alle Gesundheitszentren und Familiengesundheitszentren geschlossen.

Schwangere Frauen konnten während einer Ausgangssperre ihre Vorsorgeuntersuchungen nicht wahrnehmen, da alle Gesundheitszentren geschlossen waren, und viele haben deshalb während der Ausgangssperre im September in Cizîr ihre Kinder zu Hause ohne ärztliche Hilfe zur Welt gebracht. Dialysepflichtige Patienten konnten keine Versorgung erhalten. Unmittelbar nach dem Ende der Ausgangssperre im September in Cizîr berichtete das Krankenhauspersonal gegenüber einer An-

waltsdelegation, dass das Krankenhaus nach dem Beginn der Ausgangssperre für Zivilist_innen fast vollständig geschlossen wurde. Es war nur geöffnet für Polizei und Soldaten. Personal, das versuchte, verletzten Zivilist_innen zu helfen, wurde bedroht.

Der Zugang für Krankenwagen zu Kranken, Verwundeten oder Toten wird oftmals und systematisch durch Sicherheitskräfte verhindert. Auch freiwilliges ärztliches und sonstiges medizinisches Personal wird oftmals nicht durchgelassen.

Die Körper der Verstorbenen können oft nicht abtransportiert werden, teilweise liegen sie über Tage, Wochen und Monate in den Straßen, teilweise haben die Menschen sie privat in Kühlschränken oder Kühllagern von Gemüsemärkten etc. gelagert.

Auch unabhängig von den zahlreichen toten Zivilist_innen sind die Auswirkungen für alle sich in den betroffenen Städten oder Stadtvierteln aufhaltenden Menschen sehr belastend und schwer traumatisierend, wenn sie oft tagelang oder auch wochenlang in ihren Häusern ausharren, die sich unter ständigem Beschuss befinden und sie miterleben müssen, wie neben ihnen die Wände ihre Häuser einfallen, und sie keine Möglichkeit haben, sich zu schützen oder in Sicherheit zu bringen.

Ein Lehrer aus Cizîr beschreibt dies wie folgt:

»Am 04. September gab es um 19 Uhr eine Ankündigung, die besagte, dass es eine Ausgangssperre geben würde, und um 20 Uhr wurde sie eingeführt und unmittelbar danach begannen Schießereien in der Botas-Straße in der Nähe des städtischen Kulturzentrums, wo die Polizei stationiert war. Unser Haus befindet sich an der Botas-Straße und wurde übersät mit Maschinengewehrfeuer. Am dritten Tag der Ausgangssperre verließen wir unser Haus und gingen zum Haus meines jüngeren Bruders an der Straße hinter unserer, wo es ruhig war.

Aber dann begann das Granatfeuer. Mit meiner Frau, den Kindern, der Mutter und anderen Verwandten waren wir insgesamt 18 Personen und waren von 18:30 Uhr in der 4. Nacht bis um 6 Uhr des folgenden Morgens in einem Zimmer. Meine Mutter war krank mit einem Herzleiden, meine Frau war erstarrt vor Angst. Ich versuchte, alle zu beruhigen. Es gab kein Essen, wir konnten das Zimmer nicht verlassen, um auf die Toilette zu gehen. Wir blieben einfach die ganze Nacht in dem einen Raum. Die Fenster zerbarsten und das Gebäude wackelte. Alle waren traumatisiert.



Beschuss von Nisêbîn: Die Stadt wurde dem Erdboden gleichgemacht. Foto: DIHA

Meine Frau kam nicht darüber hinweg und zittert immer noch vor Angst. Gegen 6 Uhr morgens verließen wir das Haus und gingen in ein drittes Haus, wo meine Tante mütterlicherseits lebt. Dort waren fünf oder sechs Familien, zwischen 50 oder 60 Personen, da war nicht mal Platz zum Sitzen. Sie hatten ein Loch in eine Wand gemacht, die angrenzte an das Haus meiner älteren Schwester, so dass wir in der Lage waren, dort hindurchzugehen. Dort blieben wir in zwei Zimmern. Dort war kein Wasser und wir benutzten einen alten ungenutzten Eimer. Wir ließen einen herunter, um das modrige Wasser vom Grund zu bekommen. Aber es war nicht trinkbar, deshalb versuchten wir, es durch Kleidung zu filtern. Am siebten Tag ging meine Schwester, um zu versuchen, Wasser zu bekommen. Sie wäre fast erschossen worden. Wir gingen zu einem anderen leeren Haus durch die Fenster und tranken dort Wasser. An diesem Tag war das Wasser wiederhergestellt, aber manchmal gab es immer noch keine Elektrizität und es war 40 Grad. Wir konnten in dieser Hitze kaum atmen. Ich wurde beschossen, als ich versuchte rauszuschauen. Wir waren so besorgt um unsere Verwandten.

Es wurden Militärmärsche aus den bewaffneten Fahrzeugen abgespielt und es erfolgten Ansagen über Lautsprecher wie: ›Stadtviertel Nur, Apos Bastarde (bezugnehmend auf Abdullah Öcalan, den inhaftierten PKK-Führer), armenische Bastarde, wir werden Euch zur Hölle schicken.‹ ....«

Dabei ist aufgrund der nahezu völligen Absperrung der betroffenen Städte und Regionen eine Dokumentation der Ereignisse oftmals sehr schwierig bis fast unmöglich. Insofern konzentriert sich die Anzeige auf zwei Ereignisse, die relativ gut dokumentiert sind bzw. hinsichtlich derer zumindest viele Informationen vorhanden sind. Diese Erkenntnisse wiederum lassen nur erahnen und Schreckliches für die Regionen befürchten, aus denen sehr wenig Einzelheiten bekannt sind.

Im Mittelpunkt der Anzeige stehen (beispielhaft und gleichzeitig stellvertretend für all das, was derzeit in den kurdischen Gebieten im Südosten der Türkei passiert) deshalb im Wesentlichen zwei Ereignisse.

Zum einen ein Ereignis, das während der ersten der zahlreichen zwischen Mitte August bis heute erlassenen Ausgangssperren stattfand. Es handelt sich um die Ausgangssperre vom 4. bis zum 11. September 2015 in Cizîr, als deren Folge 22 Zivilist_innen, die alle in Cizîr wohnhaft waren (darunter Frauen, Kinder, Babys und Alte), ihr Leben verloren haben, davon viele durch Beschuss von Scharfschützen und Artillerie. Einige erlagen ihren Verletzungen, weil sie keine ärztliche Hilfe erlangen konnten. Die Anzeige enthält für fast alle Toten detaillierte Zeugenaussagen. Schließlich wurden viele Bewohner_innen während dieser acht Tage verletzt – teilweise schwer. Auch diesbezüglich sind einige Fälle in der Anzeige detailreich dokumentiert, unzählige hingegen bleiben unbekannt, weil viele Verletzte Angst hatten, Krankenhäuser aufzusuchen, da die Befürchtung besteht, als Verletzter von der Polizei als Terrorist_in angesehen und verhaftet zu werden.



Die zerstörte Stadt Cizîr. Foto: Çağdaş Erdoğan

Die Anzeige geht davon aus, dass es sich bei den Einzelfällen der getöteten Zivilist_innen jeweils um Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach § 7 VStGB und Kriegsverbrechen nach § 8 VStGB handelt. Darüber hinaus geht sie davon aus, dass auch bereits die systematisch angewandten Ausgangssperren als solche, mit denen den Menschen jegliche Lebensgrundlage entzogen wird, der Zugang zu jeder Hilfe, nicht nur medizinischer Art, verunmöglicht wird, und zivile Viertel über Tage, Wochen und Monate mit schweren militärischen Waffen beschossen werden, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach § 7 VStGB darstellen, insbesondere nach § 7 Abs. 1 Nr. 2, Nr. 8 und Nr. 9 VStGB, sowie gleichzeitig als Anwendung verbotener Methoden der Kriegsführung nach § 11 Abs. 1, Nr. 1, Nr. 3 und Nr. 5 VStGB zu bewerten sind.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Tod von mindestens 178 Menschen (die meisten Zivilist_innen, einige Mitglieder einer zivilen Selbstverteidigungseinheit), die während einer weiteren 2 ½ Monate dauernden Ausgangssperre (14. Dezember 2015 bis 2. März 2015) in Cizîr in der Zeit von Ende Januar bis Anfang Februar 2016 in drei Kellerräumen Schutz vor den Angriffen des türkischen Militärs mit Artillerie, Panzern und weiteren schweren Waffen Schutz gesucht hatten. Sie teilten ihre Lage (dass die Keller weiter angegriffen werden und viele Menschen dringend ärztliche Hilfe benötigen sowie einen großen Teil ihrer Namen) per Telefon Abgeordneten, Presse und Amnesty International mit. Amnesty International startete daraufhin eine Urgent Action. Dennoch wurden keine Krankenwagen durchgelassen und während der Kontakt zu den Personen, die sich aus den beiden zuerst bekannt gewordenen Kellern gemeldet hatten, bereits abgebrochen war, meldeten sich aus einem weiteren dritten Keller Menschen und teilten mit, dass in dem Haus, in das sie geflüchtet waren, bereits 20 Personen durch Sicherheitskräfte angezündet worden waren und von den übrigen noch Lebenden die meisten teils schwer verletzt seien. Auch der Kontakt zu diesen Personen brach ab. Am Tag danach, dem 11. Februar 2016, erklärte Innenminister Efkan Ala, einer der angezeigten Verantwortlichen, die Operation mit großem Erfolg für beendet.

Danach wurde die Ausgangssperre jedoch bis zum 2. März aufrechterhalten und nach allen in der Anzeige dokumentierten Erkenntnissen drängt sich der erschreckende Vorwurf auf, dass diese Zeit von den Sicherheitskräften u. a. dafür verwendet wurde, Leichen oder Teile der Leichen ohne Anwesenheit von Familienangehörigen, Anwält_innen oder Beobachter_innen von bspw. Menschenrechtsorganisationen oder auch der UNO zu bergen. Ebenso ergibt sich der Eindruck, dass keine ordnungsgemäße Spurensicherung erfolgt ist, sondern vielmehr Beweise vernichtet wurden, bis dahin, dass Leichenteile gemeinsam mit Schutt aus den Häusern auf einer Müllkippe am Ufer des Flusses auf einer Mülldeponie abgeladen wurden. Menschenrechtler_innen haben menschliche Knochen am Ufer des Flusses und auf der Mülldeponie gefunden. Aus der Aussage einer als Taybet genannten Zeugin ergibt sich zudem der Verdacht, dass Leichen sogar nach ihrem Tod absichtlich verbrannt wurden.

Nach Veröffentlichungen eines unmittelbar nach den Ereignissen von der Partei der Demokratischen Regionen DBP, dem Verein der Angehörigen der Verschwundenen MEYA-DER und dem Mesopotamischen Anwaltsverein MHD gegründeten Krisenstabes zum Zwecke der Identifizierung der Opfer der Massaker von Cizîr wurden bisher 178 größtenteils verbrannte Leichen aus den drei Kellern geborgen.

Für die Menschen und insbesondere die Familien der Getöteten ist es besonders belastend und in Folge der großen Anzahl der auch bis heute nie aufgeklärten Fälle von Verschwundenen in den 90er Jahren auch retraumatisierend, dass zum einen wohl nie sicher gesagt werden kann, ob alle Toten überhaupt identifiziert werden (so gab der Krisenstab bereits Ende Februar bekannt, dass 13 unidentifizierte Opfer, die nach Şirnex (Şırnak) gebracht wurden, durch staatliche Kräfte quasi gekidnappt und später auf dem Friedhof der Unbekannten begraben worden seien), und zum anderen den Familien oft nach Abgabe von DNA-Proben ein Sack mit verbrannten Leichenteilen mit der Ansage übergeben wurde, es seien die Leichenteile ihrer Verwandten, die Menschen auf die Richtigkeit dieser Aussage aber nicht vertrauen können, da die Untersuchungen der Leichen, die Autopsien ohne Anwesenheit von Anwält_innen, unabhängigen Sachverständigen oder bspw. Vertreter_innen der UNO oder von Menschenrechtsorganisationen stattfinden.

Insbesondere die Vorgaben des Minnesota-Protokolls (wobei es sich um internationale Prinzipien hinsichtlich des Vorgehens bei der Dokumentation und der Durchführung von Ermittlungen bei Todesfällen, bei denen der Verdacht von Menschenrechtsverletzungen besteht, handelt) wurden in keiner Weise eingehalten.

Auch in diesem Fall geht die Anzeige davon aus, dass die Tötung dieser Menschen Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach § 7 VStGB und Kriegsverbrechen nach § 8 VStGB darstellen.

Darüber hinaus geht sie hinsichtlich des Umgangs mit den Toten, deren Würde in keiner Weise geachtet wurde, und hinsichtlich derer sich eher dieser Eindruck aufdrängt, davon aus, dass das entwürdigende Umgehen mit den Leichen und den Leichenteilen, als ein weiteres Mittel der Kriegsführung gerade auch gegen die Überlebenden und die Familienangehörigen angewandt wird und ein Kriegsverbrechen nach § 8 Abs. 1 Nr. 9 VStGB ist. ♦

Von Dersim 1938 bis Sûr 2016

Die Kurden und das Völkerrecht

Norman Paech

Wer nach Dersim kommt, muss sich mit einer Katastrophe der kaum hundertjährigen Geschichte der Türkei auseinandersetzen, die nicht vergessen werden kann. Es geht dabei nicht nur um die Zahl der Toten, die die Bevölkerung von Dersim als Opfer eines Massakers der türkischen Armee von 1937/38 zu beklagen hatte. Die Zahl ist nicht einmal geklärt und schwankt zwischen 30 000 und 90 000 Toten. Auf jeden Fall sind die 13 000 Toten, die der damalige Premierminister Erdoğan vor ein paar Jahren angab, nicht realistisch. Doch kommt es nicht auf die Zahl an, entscheidend ist die Absicht und das Ziel der Zerstörung, der Deportationen und Morde, mit dem dieser letzte große Aufstand der Kurden niedergeschlagen wurde. Es ging nicht nur um die Bekämpfung eines Aufstandes, sondern um die Vernichtung einer religiösen Gruppe der Kurden, der Aleviten, die alle Zeichen eines Völkermords trägt.

In den meisten Veröffentlichungen in deutscher Sprache, von der großen Monographie »Genozid im Völkerrecht« von William A. Schabas über die zahlreichen Lehrbücher des Völkerrechts bis hin zu Wikipedia, wird Dersim unter dem Stichwort »Völkermord« gar nicht erwähnt. Zumeist wird der Begriff des »Ethnozids« herangezogen, um das zu charakterisieren, was 1937/38 in Dersim geschah. So etwa Martin van Bruinessen und Yves Ternon. Dieser schrieb in seinem 1996 erschienenen Buch »Der verbrecherische Staat«:

»Tatsächlich beruhte der Kemalismus ja auf der Behauptung der ethnischen Einheitlichkeit der Türkei, alle Bewohner Anatoliens seien seit jeher Türken gewesen. Zur Untermauerung dieser These dekretierte die Regierung 1932, die Kurden seien ›iranisierte Bergtürken‹. Damit erfolgte ein beispielloser, barbarischer Ethnozid per Dekret, zu dessen Durchführung die Regierung eine weitere Bevölkerungszwangsumsiedlung inszenierte. Insbesondere sollte das Kurdengebiet Dersim in Zentralanatolien radikal entvölkert werden, ein unwegsames Gelände, das den Guerillakampf begünstigte. Innerhalb von zwei Jahren brach die türkische Armee den Widerstand der letzten kurdischen Rebellen und zerschlug die Kurdenbewegung in der Türkei auf dreißig Jahre hinaus.« (S. 289)

Bruinessen, ein hervorragender Kenner der kurdischen Geschichte, möchte den Begriff des Völkermordes nicht verwenden. In seinem Aufsatz »Genocide in Kurdistan? The Suppression of the Dersim Rebellion in Turkey (1937-38)« schreibt er:

»There was never a policy of physically destroying the Kurds or part of them as such. There was, however, in the Dersim campaign, a deliberate intent to destroy rebels and potential rebels, and this was part of a general policy directed toward the Kurds as such. But this policy is more appropriately termed ethnocide, the destruction of Kurdish ethnic identity.«

Ich möchte Ihnen in aller Kürze darlegen, weswegen ich diesen »beispiellosen barbarischen Ethnozid« einen Völkermord nenne, dass auch die »Zerstörung der kurdischen ethnischen Identität« mit den Mitteln militärischer kriegerischer Gewalt »Völkermord« genannt werden kann. So wie auch Ismail Beşikçi in seinem Buch von 1990 »Tunceli kanunu (1935) ve Dersim jenosidi« das Massaker als Völkermord bezeichnet hat.

In der Konvention von 1948, die den Völkermord als schweres völkerrechtliches Verbrechen verbietet, heißt es in Artikel 2:

»In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören.«

Dazu zählt die Konvention die *»Tötung von Mitgliedern der Gruppe«*, die *»Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe«* oder die *»vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen«*. Alle Umstände und Überlieferungen dieses furchtbaren Massakers 1937/38 weisen eindeutig auf einen Genozid hin.

Ein kurzer Blick auf die Geschichte lehrt uns, dass es um die Gegenwehr der Kurden gegen die gnadenlose Zwangsassimilie-

rung des jungen türkischen Staates ging. Aufstände der Kurden hatte es bereits im Osmanischen Reich gegeben, die sich von den einzelnen kurdischen Fürsten- und Scheichtümern gegen die Zentralisierungsbestrebungen der osmanischen Herrschaft richteten. Sie konnten sich aber auf keine gemeinsame Idee, keine Massenbewegung stützen, blieben isoliert und waren der osmanischen Streitmacht nicht gewachsen.

Anders nach der Gründung des türkischen Staates 1923, als die Hoffnung der Kurden auf einen unabhängigen Staat, wie er ihnen noch im Vertrag von Sèvres versprochen worden war, in der kemalistischen Assimilierungspolitik wieder unterging. Basierte das System der osmanischen Herrschaft noch auf der Anerkennung der vielfältigen kulturellen, sprachlichen und religiösen Gemeinschaften, so sah Kemal Atatürk seine Aufgabe in der Homogenisierung einer heterogenen Gesellschaft, um eine türkische Nation zu bilden. Dieses Projekt der Türkisierung vertrug sich nicht mit der Anerkennung unterschiedlicher kultureller und ethnischer Identitäten. Sie wurden einer rigorosen Zwangsassimilierung unterworfen, die mit einem vagen Konzept der westlichen Modernisierung begründet wurde, um den »Anschluss an die westliche Zivilisation«, wie es damals hieß, zu erreichen. Nicht nur, dass die kurdische Sprache abgeschafft wurde, die Große Nationalversammlung der Türkei erließ Gesetze – das Gesetz über Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, das Gesetz über die Generalinspektorate und das Umsiedlungsgesetz –, die systematische Repression und Deportationen sowie Rebellion und Separatismus seitens der Kurden zur Folge hatten.

Die Zeit zwischen 1925 und 1938 war geprägt von mehreren Aufständen, die die von Loyalität geprägte Kohabitation der beiden Völker im Osmanischen Reich zutiefst zerstörte. Das, was wir heute die kurdische Frage nennen, entstand in diesen Jahren. Man kann von einem neuen kurdischen Zeitalter sprechen, welches auf den Trümmern der osmanischen Identität eine neue kurdische Freiheit gründete. Azadî = Freiheit war der Name der Geheimorganisation, die den Widerstand gegen die kemalistische Assimilierung organisieren sollte. Der erste große Aufstand von 1925 scheiterte an seiner regionalen Begrenzung und mangelnden Vorbereitung. Der zweite große Aufstand von Ararat zog sich über die Jahre 1927 bis 1930 hin. Dieser Aufstand konnte zum ersten Mal die Idee der Einheit aller kurdischen Gruppierungen mit dem Ziel eines unabhängigen Staates verbinden und dem türkischen Unterdrückungs- und Kontrollapparat entgegensetzen. Doch auch dieser Aufstand kostete viele Opfer und endete mit der Flucht oder Hinrichtung seiner Führung. Ihm folgte die sukzessive Kontrolle der übrigen kurdischen Regionen durch planmäßige Vertreibung und Assimilierung.

Nur ein Gebiet widerstand der Kontrolle der kemalistischen Herrschaft, die Region um Dersim, die fast ausschließlich von alevitischen Kurden bewohnt war. Sie war auch die einzige Region, die einen autonomen Status innerhalb der Grenzen der Türkei eingefordert hatte. Um diese letzte Festung der Kurden zu erobern, erließ die Große Nationalversammlung im Dezember 1935 das Gesetz über die Verwaltung von Tunceli, mit dem nicht nur der Name Dersim untergehen sollte. Schon 1931 wird der Oberbefehlshaber der Armee Feldmarschall Fevci Çamak mit den Worten zitiert:

»Vorerst soll Dersim wie eine Kolonie betrachtet werden, unter der türkischen Oberhoheit soll das Dersimtum vernichtet und danach dem türkischen Rechtswesen unterworfen werden.«

Nur ein Gebiet widerstand der Kontrolle der kemalistischen Herrschaft, die Region um Dersim, die fast ausschliesslich von alevitischen Kurden bewohnt war. Sie war auch die einzige Region, die einen autonomen Status innerhalb der Grenzen der Türkei eingefordert hatte. Um diese letzte Festung der Kurden zu erobern, erliess die Grosse Nationalversammlung im Dezember 1935 das Gesetz über die Verwaltung von Tunceli, mit dem nicht nur der Name Dersim untergehen sollte.

Wie ernst es der türkischen Führung mit der Kolonisierung, ja Vernichtung dieser alevitisch-kurdischen Enklave war, zeigt die Rede Kemal Atatürks zur Eröffnung des Parlaments im Jahre 1936, in der es heißt:

»Wenn es etwas Wichtiges in unseren inneren Angelegenheiten gibt, dann ist es nur die Dersim-Angelegenheit. Um diese Narbe, diesen furchtbaren Eiter in unserem Innern, samt der Wurzel anzupacken und zu säubern, müssen wir alles unternehmen, egal was es koste, und die Regierung muss mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet werden, damit sie dringend erforderliche Entscheidungen treffen kann.«

Es wurde ein weiteres Generalinspektorat eingerichtet und in den Provinzen Dersim, Elâzığ *[kurd.: Elazîz]* und Bingöl *[kurd.: Çewlik]* wurde der Ausnahmezustand ausgerufen, obwohl es noch keine Anzeichen für einen Aufstand gab. Dieser

entwickelte sich erst, als die Schikanen, Erniedrigungen, Zerstörungen und Vertreibungen derart zunahmen, dass es nur einer tödlichen Konfrontation mit der Polizei bedurfte, um in kürzester Zeit mehr als 80 000 Kämpfer (nach kurdischen Angaben) zu rekrutieren, um sich gegen die erdrückende Herrschaft zur Wehr zu setzen. Die Gegenoffensive der türkischen Armee folgte unmittelbar, nachdem der Ministerrat sie unter Beteiligung von Kemal Atatürk am 4. Mai 1937 beschlossen hatte:

»Diesmal ist das aufständische Volk aus diesem Gebiet zu sammeln und in ein anderes Gebiet zu deportieren. Während dieser Zusammenlegungsaktion sind einerseits alle Waffen dort zu sammeln, andererseits die dort Festgenommenen mit der gleichen Intensität zu deportieren ... Achtung: Wenn man sich nur mit Angriffsaktionen begnügen würde, würden die Aufstandsquellen für immer dort weiter existieren. Aus diesem Grunde sind alle, die eine Waffe benutzt haben und benutzten, an Ort und Stelle bis zum Schluss in eine Lage zu bringen, dass sie keinen Schaden mehr anrichten können, die Dörfer sind gänzlich zu vernichten und ihre Einwohner zu deportieren.«

Seitdem wird dieser Tag als der Beginn des Dersim-Genozids in der kurdischen Geschichte bezeichnet. Deutlicher kann man das Ziel der Operationen gegen Dersim nicht beschreiben, es lautete: Vernichtung der Rafizi, der »Rotköpfe«, womit die Aleviten gemeint waren. Etliche überlieferte Erinnerungen von Militärs, die an dem Feldzug teilgenommen hatten, sprechen ungeschminkt von dem Auftrag, der ihnen die Vernichtung befahl. Diese wurde mit aller Konsequenz und Grausamkeit durchgeführt. Frauen, Kinder und alte Menschen, die sich in Höhlen versteckt hatten, wurden ausgeräuchert und durch Giftgas getötet. Kinder wurden enthauptet und schwangere Frauen mit Schwertern ermordet. Der kriegerische Mob muss derartige Angst verbreitet haben, dass sich Frauen die Felsen hinuntergestürzt haben sollen, um nicht in die Hände der türkischen Soldaten zu fallen. Zahlreiche Dörfer wurden durch Bombenhagel und Artillerie in Schutt und Asche gelegt.



Dersim-Genozid: Es ging nicht nur um die Bekämpfung eines Aufstandes, sondern um die Vernichtung einer religiösen Gruppe der Kurden, der Aleviten, die alle Zeichen eines Völkermords trägt. Foto: DIHA

Anfang 1938 war auch dieser Aufstand niedergeschlagen. Der Völkermord brachte die Kurden für Jahrzehnte zum Schweigen, sie wurden aus den Geschichtsbüchern getilgt, ihre Sprache verbannt, ihre Identität geleugnet.

Es hat sich seit 1938 viel verändert. Der Kampf der Kurden ist seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wieder aufgelebt. Er hat dazu geführt, dass die Identität des kurdischen Volkes und das Bewusstsein von seiner eigenen Geschichte in den Massen verankert sind und immer mehr auch von der türkischen Gesellschaft anerkannt werden. Allerdings scheint der einstige Wunsch nach Unabhängigkeit immer noch als Drohung der Sezession von Regierung und Militär wahrgenommen zu werden, obwohl die Kurden dieses Ziel schon seit 20 Jahren glaubhaft aufgegeben haben und nur ihre Rechte in den Grenzen der Türkei einfordern. Der Vorwurf der Sezession wird jedoch heute noch als Waffe gegen die Kurden verwandt und mag ein tieferer Grund dafür sein, dass auch das Massaker von Dersim nicht wirklich als Schuld und Unrecht akzeptiert wird.

Die Angst vor dem Zerfall des türkischen Staates ist offensichtlich eines der Syndrome, die der Untergang des Osmanischen Reiches dem neuen Staat Türkei hinterlassen und jegliche demokratische Initiative zur Lösung der kurdischen Frage gelähmt hat.

Emine Ülker Tarhan, die Präsidentin des Berufsverbandes der Richter und Staatsanwälte, die im März 2011 von ihrem Amt als Oberste Richterin in Ankara zurücktrat, hat in einer Rede in Frankfurt auf den desolaten demokratischen Zustand ihres Landes aufmerksam gemacht. Dabei malte sie ein finsteres Bild der Republik vor ihren deutschen Zuhörern:

»Das derzeitige Klima in der Türkei gleicht den Verhältnissen in George Orwells Buch ›1984‹. Denn das Vorgehen unserer Regierung unterscheidet sich nicht im Geringsten davon, wie Big Brother in seinem Angstimperium die Gedankenpolizei in Gang setzt, um Gedanken zu zerstören. Der Polizeistaat steht nicht nur vor unserer Tür, er hämmert mit dem Rammbock dagegen.«

Heute, im Frühjahr 2016, ist der Polizeistaat Realität geworden. Und zwar nicht nur in der Form der Gedankenpolizei, sondern der militärischen Unterdrückungs- und Zerstörungspolizei gegen die Kurden. Polizei, Gendarmerie und Militär haben in den letzten Monaten in den Städten Diyarbakir/Sur [*kurd.: Amed/Sûr*], Cizre *[kurd.: Cizîr]*, Idil *[kurd.: Hezex]*, Silopi *[kurd.: Silopiya]* und Nusaybin *[kurd.:Nisêbîn]* gegen die Bevölkerung Krieg geführt und dabei schwere Kriegsverbrechen begangen. Die Verantwortlichen sollten vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Kriegsverbrechen, die die türkische Armee 1937/38 in Dersim begangen hat, sind verjährt und nicht mehr gerichtlich zu verfolgen. Völkermord jedoch verjährt nicht und müsste theoretisch genauso wie der Völkermord an den Armeniern 1915 beim IStGH angezeigt werden können. Doch steht dem das Rückwirkungsverbot des Art. 24 des Römischen Statuts entgegen:

»Niemand ist nach diesem Statut für ein Verbrechen strafrechtlich verantwortlich, das vor Inkrafttreten des Statuts stattgefunden hat.«

Das schließt nicht aus, dass Einzeltäter aus der damaligen Zeit nicht wegen Mordes noch strafrechtlich verfolgt werden können. Der Straftatbestand des Völkermords ist jedoch eine völkerrechtliche Neuerung des 21. Jahrhunderts, selbst die Nürnberger Prinzipien von 1946 kannten diesen Tatbestand nicht. Um die Öffentlichkeit jedoch über den Völkermord aufzuklären, müsste die Ausgrabung der Massengräber vorangetrieben werden und eine historische Dokumentation der Ereignisse erarbeitet werden.

Demgegenüber müssen die gegenwärtigen Kriegsverbrechen der türkischen Armee in Nordkurdistan vor den IStGH in Den Haag gebracht werden. An einer solchen Anzeige wird gearbeitet, da es erdrückendes Beweismaterial gibt. Zugleich wird ein öffentliches Russel-Tribunal vorbereitet, in dem der Öffentlichkeit all die Beweise und Zeugen präsentiert werden sollen, damit die Verbrechen nicht in den Gerichten verschwinden und ohne Konsequenzen bleiben.

Der Kampf der Kurden um die Anerkennung ihrer Identität, ihrer Menschen- und Grundrechte, um die Gewährung von Autonomie, Selbstverwaltung und die gleichberechtigte Teilhabe an den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rechten der Gesellschaft dauert nun praktisch seit der Gründung der Türkei im Jahr 1923. Er hat viele Opfer gefordert und ist von vielen Niederlagen geprägt, aber hat auch viele Erfolge zu verzeichnen. Derzeit ist der türkische Staat wieder in Krieg und Barbarei zurückgefallen. Er wird dennoch die Identität und Existenz des kurdischen Volkes nicht vernichten können. Recht und Justiz sind notwendige Mittel des Widerstandes und der Gegenwehr. Gerade haben die alevitischen Verbände eine wichtige Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen die Diskriminierung ihrer Religion durch den türkischen Staat gewonnen. Aber Gerichte sind unsichere Verbündete im Kampf gegen einen auch politisch mächtigen Gegner. Man darf sie nicht beiseite lassen und auf sie verzichten, man muss jedoch klug mit ihnen umgehen.

Rede in Dersim, 4. Mai 2016

Die Ökologiebewegung kommt voran

Das neue Gesellschaftsparadigma wird praktisch

Ercan Ayboğa, Mitglied der Ökologiebewegung Mesopotamiens

Die Ökologiebewegung in Nordkurdistan (Bakur) kommt so langsam in Fahrt. Als die Mesopotamische Ökologiebewegung (TEM/MEH)[1] sich ab Anfang 2015 neu zu organisieren begann, bestanden so einige Zweifel, ob sie tatsächlich eine breite ökologische Bewegung werden könnte. Mehr als ein Jahr später kann dies mit absoluter Sicherheit gesagt werden.

Die erste Konferenz im April 2016 ist der endgültige Beleg dafür, dass sich in Nordkurdistan eine ökologisch orientierte soziale Bewegung herausbildet. Etwa ein Jahr lang hatten sich in den meisten Provinzen Interessierte, engagierte Menschen und AktivistInnen der MEH getroffen und diskutiert, wie Strukturen aufgebaut werden könnten. Erst wurden Initiativgruppen gegründet, um dann in einem zweiten Schritt in der jeweiligen Provinz auf einer großen Versammlung einen Ökologierat ins Leben zu rufen. Immer wieder wurden die Strukturen in den Provinzen umgestellt. Es wurde probiert und angepasst, bis vorübergehend eine halbwegs akzeptable Form gefunden wurde. Und diese unterscheidet sich teilweise von Provinz zu Provinz. Vor allem die zahlreichen Kommissionen bzw. Arbeitsgruppen sind dabei wichtig. Bemühungen, auch auf Bezirksebene Gruppen aufzubauen, sind neueste Entwicklungen. Eine vielfältige dynamische und antihierarchische Struktur bildete sich so heraus.

Die Konferenz fand zu einem Zeitpunkt statt, als in allen organisierten Provinzen traditionelles und lokales Saatgut gesammelt und auf ausgewählten Flächen angepflanzt wurde. In jeder Provinz bildeten sich Kommissionen zu Saatgut, Landwirtschaft und Ernährung, welche dies durchführten. Lokales Saatgut zu finden, war nicht schwer, da viele AktivistInnen selbst Familie oder Bekannte in den Bezirken hatten, die teilweise nicht industriell anbauten. Im Vergleich zu Ländern mit intensiv betriebener Agrarindustrie ist Nordkurdistan im Vorteil. Kaum gesammelt, traten die AktivistInnen mit Schulen, Kindergärten und insbesondere mit den Volksräten in den Provinzen in Kontakt. Das gesammelte und vielfältige Saatgut wurde auf Flächen in Schulen und Kindergärten als auch in der und um die Stadt herum gemeinsam angepflanzt mit dem Ziel, in den kommenden Jahren noch mehr von diesem Saatgut zu haben. Allein in Amed (Diyarbakır) geschah dies auf sieben Arealen von je einem Viertel Hektar Größe. Dass diese Flächen nicht von den MEH-AktivistInnen selbst bewirtschaftet werden, ist eine bewusste Entscheidung, um die Bedeutung des Saatguts in die breitere Gesellschaft hineinzutragen. Es ist ein Grundsatz der MEH, ihre Aktivitäten mit der Gesellschaft durchzuführen und nicht losgelöst zu arbeiten. Hinzu kommt noch, dass die Volksräte – Strukturen der radikalen/direkten Demokratie innerhalb des neuen politischen Ansatzes des Demokratischen Konföderalismus – mit der MEH in anderen politischen Sphären zusammenkommen. Diese ökologische Reproduktion lokalen Saatguts ist ein wichtiger Schritt, um dieses so bedeutende und vielfältige Erbe zu bewahren und die Perspektive, die Landwirtschaft von Hybrid-Saatgut und industriellen Pestiziden und Düngemitteln weitgehend zu befreien, aufrechtzuerhalten und umzusetzen. Dabei geht es auch um Lebensmittelqualität und Ernährungssicherheit.

Die Kämpfe gegen destruktive und ausbeuterische Investitionsprojekte gehen indes weiter, wenn auch in der Regel wenig Erfolg zu verzeichnen ist. Selbst wenn eine Talsperre oder ein Bergbauprojekt verzögert wird, nimmt der Staat von keinem Projekt Abstand. Der Zerstörungswille ist sehr groß.

Auch wenn nicht viele internationale AktivistInnen anreisen konnten (aus diversen Gründen), hat sich die MEH im letzten einen Jahr international gut einbringen und Beziehungen aufbauen können. Sie nahm an einer Reihe internationaler Begegnungen teil (bzw. wird es noch), wurde mehrmals zu diversen Vorträgen eingeladen und hat angefangen, regelmäßig Erklärungen abzugeben und Informationen zu streuen. Innerhalb kürzester Zeit hat sie ein ansehnliches Netzwerk aufbauen können. Und das nicht nur in Richtung Westen, sondern auch mit Gruppen im Mittleren Osten. Internationale Beziehun-

1 Hierbei handelt es sich um die kurdische und die türkische Abkürzung.

gen sind sehr wichtig, weil das Ziel, die Gesellschaft aus einer ökologischen Perspektive neu zu interpretieren und umzugestalten, ein sehr umfassendes ist und viele Details beinhaltet. Ein erheblicher Teil dessen ist in Kurdistan noch gar nicht diskutiert worden. Und etliche Lösungsansätze sind sich in den Ländern dieser Welt sehr ähnlich.

Auf der Konferenz wurde so viel beschlossen, dass für ausgiebige Diskussionen kein Raum blieb. Die vorgesehenen zwei Tage waren nicht wirklich ausreichend. Den meisten Platz nahmen die Positionen zu acht verschiedenen Themenfeldern ein: Energie, Wasser, natürliche Landwirtschaft, Umwelt und Gesundheit, kommunale Ökonomie, Wald, ökologische Städte, Öko-Technologie. In den Wochen zuvor hatten dazu Workshops stattgefunden, auf denen ausgiebig diskutiert worden war. Nun wurden die Ergebnisse vorgestellt und mit einigen Änderungen angenommen. Zweifellos durchzieht das Bewusstsein über die Befreiung der Geschlechter alle Papiere. Genauso wie beabsichtigt ist, die Gesellschaft komplett einer ökologischen Betrachtungsweise zu unterziehen, ist es schon begonnene Realität, dass sich die Geschlechterbefreiung überall wiederfindet. Diese angenommenen Positionen plus die Grundsätze der MEH werden von nun an die Grundlagen der zukünftigen Arbeit bilden.

Nach der Konferenz hat die MEH eine neue Phase ihrer Aktivitäten eingeleitet. Während im ersten Jahr Aufbau und Grundsätze im Vordergrund standen, wird es nun einen Ausgleich mit der Praxis geben. Die Saatgut-Thematik wird weiter vertieft werden. Einen neuen Schwerpunkt werden die Kommunalverwaltungen ausmachen, an deren Praxis sehr vieles nicht oder kaum ökologisch ist. Neue Kampfformen gegen die destruktiven Investitionsprojekte müssen entwickelt werden. Notwendig ist auch die Ausbreitung der Aktivitäten von den Provinzhauptstädten in die Bezirke. Eine Ökologieakademie in Wan (Van) soll bis zum Frühjahr 2017 aufgebaut werden, was eine Herausforderung sein wird. Sie soll Ausdruck der Weiterführung der Diskussionen und erarbeiteten Grundlagen sein. Der Ansatz der sozialen Ökologie kann in Kurdistan mit einer breiten Praxis verbunden werden. Diese theoretische Auseinandersetzung ist unausweichlich, um Schritt für Schritt voranzukommen.

Überhaupt nimmt das Paradigma einer demokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft mit der sich entwickelnden MEH-Struktur Gestalt an. Während die Frauenbewegung und Erfahrungen mit demokratischen Entscheidungsformen relativ vorangeschritten sind, haperte es immer mit dem ökologischen Ansatz. ♦



Protest der Ökologiebewegung Mesopotamiens in Amed gegen den Besuch von Merkel in der Türkei. Foto: http://www.mezopotamyaekolojihareketi.org/

Die Bewegung der Landlosen in Brasilien

Escola Nacional Florestan Fernandes

Özlem Yeniay

Die Bewegung der Landlosen[1] (MST) und die Zapatista sind, obwohl selbst in Südamerika aktiv, zwei der wichtigsten Volksbewegungen der Welt, die sicherstellen, dass der Glaube an eine alternative Welt weiterlebt. Die Landlosen verteidigen das gemeinsame Leben, die Produktion und stehen dafür ein, dass der Erdboden Eigentum derer ist, die ihn bearbeiten, also dort arbeiten. 1,5 Mill. Menschen leben auf selbst besetztem Land und zeigen uns, dass von der Produktion bis hin zu gesellschaftlichen Beziehungen durch enorme Transformation und mit antikapitalistischen Praktiken eine andere Welt möglich ist.

Im März 2015 waren wir mit vier Genossen, Vertreter dreier unterschiedlicher politischer Gruppen aus der Türkei, mit Referenzen der La Via Campesina Türkei zur ersten internationalen politischen Ausbildung der Landlosen eingeladen. Ich kann sagen, dass dies mit der anderthalbmonatigen Ausbildung von Ende März bis Mitte Mai und mit dem Schreiben dieses Textes in der Wohnung in São Paulo, die ich zusammen mit einem Genossen aus der Bewegung bewohnt habe, mein erster Schritt in die Welt der Landlosen ist. Ein Beginn daher, da ich bisher noch nicht offiziell von meiner Organisation zu Camps oder Niederlassungen entsendet worden war. Dieser Text beinhaltet meine Erfahrungen, die ich bei den politischen Seminaren an MST-Instituten und anschließenden Aufenthalten in unterschiedlichen Städten Brasiliens, übernommenen Aufgaben auf Konferenzen der MST und Kurzzeitaufenthalten in Niederlassungen gemacht habe.

Ich möchte ganz aufrichtig erklären, dass dies für mich nicht nur eine Erfahrung und eine Reise ist, sondern eine Begegnung, durch die ich meine eigene politische Geschichte, meinen Standpunkt, unsere geografischen und historischen Realitäten und die Existenz des Sozialismus hinterfragt habe und weiterhin hinterfragen werde. Heute ist der 16. September und ich beabsichtige, meine Erfahrungen über die eigenen Erkenntnisse der Landlosen und ihre Organisationsstrukturen, die ich in den fast sechs Monaten zu verstehen versucht habe, in diskussionsoffene greifbare Begriffe zu packen und darzustellen. Einleiten möchte ich mit den Worten meiner Professorin Neşe Özgen, die sie mir meinen ersten Beschwerden entgegensetzte: »Hey, ich küsse den Parteilosen, der sich mit der Partei anstrengt.«[2]

Die Landlosen sind dieses Jahr 31 geworden und in diesen 30 Jahren haben sie sich nicht nur im gesamten Land organisiert, sondern sind zudem dabei, auf dem gesamten Kontinent zu einem einflussreichen politischen Akteur zu werden. Um die Volksaufstände in Palästina und Kurdistan unterstützen zu können, arbeiten sie an wichtigen Schritten. Dazu schicken sie in diese Regionen MST-Kader, veröffentlichen aktuelle Solidaritätsaufrufe[3] und sorgen dafür, dass diese auf internationalen Versammlungen vertreten sind.

Die Organisation ist, im Gegensatz zum Norden, in ihrer Entstehungsregion Südbrasilien weit einflussreicher. Sie haben riesige staatliche Flächen, an denen sie eigentlich keine Eigentumsrechte haben, besetzt und damit die Nutzungsrechte erlangt. Nicht alle, die sich auf diesen Landflächen ansiedelten, haben das Modell der kollektiven Produktion und des Zusammenlebens aufgegriffen. Das Ziel ist es, alle einzubeziehen, und somit sind alle politischen Aktivitäten darauf ausgerichtet. Die Eigentums- und Produktionsverteilung in den Siedlungsgebieten teilt sich wie folgt auf: 50 % gehören Familien, 30 % werden kollektiv genutzt und 20 % sind eine Mischung von beidem.

Als ich Landbesetzung gehört hatte, stellte ich mir bis zu meiner Ankunft vor, da sei nicht genutztes Land und alle kämen auf einmal dorthin und besetzten es, aber Besetzung ist keine Aktion, die ad hoc entschieden und durchgeführt wird.

1 Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra – Bewegung der Landarbeiter ohne Boden

2 Seit meiner Parteimitgliedschaft ab 2011 und der Arbeit in einer Kommission dauern meine Versuche, Verbindungen aufzubauen, weiterhin an. Seither habe ich Aufgaben in Kommissionen der Kreisverwaltung und in anderen Bereichen übernommen.

3 http://jiyan.org/2015/08/05/topraksizlar-hareketinin-25-yil-kongresinden-turkiyeye-baris-cagrisi/



Im Eingangsbereich der Florestan-Fernandes-Volksschule wurde ein Wandbild zu Rojava gemalt. Foto: Özlem Yeniay

Eine Besetzung ist eine politische Aktion und es sind detaillierte Arbeiten, die mit der Zeit umgesetzt werden. Beispielsweise leben sie jahrelang in Lagern um die Ländereien herum, die sie besetzen werden, und erproben dort sozusagen ihr Leben nach der Besetzung.

Bei den besetzten Flächen handelt es sich hauptsächlich um zwei Arten: privates oder öffentliches Eigentum. Beide können besetzt werden, aber damit die Besetzung einen rechtlich gesicherten Status erlangen kann, sind zwei Faktoren notwendig. Wenn das Gebiet eine geringe Produktion aufweist, die Produktionsaktivitäten oder die dort lebende Gruppe der Umwelt Schaden zufügen, dann kann dies ein Grund für die Besetzung sein. Ich sage, ein legaler Grund, da Brasiliens Verfassung das Recht anerkennt, brachliegenden, nicht genutzten Boden zu nutzen. Die Landlosen realisieren ihre Besetzungen aufgrund dieses Gesetzes.

Die Lager: Gebiete, in denen sie während der Zeit zwischen Besetzung und Niederlassung vorübergehend leben. Derzeit gibt es 130 000 neue Familien und 760 Lager. In den Lagern kann fünf bis sechs Jahre gelebt werden und sie werden als politische Bildungsstätten für Widerstand, Ausbildung und kollektive Lebenspraxis betrachtet. Beispielsweise habe ich bei einem meiner Lagerbesuche erfahren, dass das Porecatu-Lager[4] im Süden des Bundesstaates Paraná die gesamten Einnahmen der Bewegung zufließen lässt. In diesem Lager waren die Häuser zwar nur Baracken, aber es gab dort Landwirtschaft, Viehzucht und sogar Grundschulen.

Um den Übergang von den Lagern zur Niederlassung zu bewerkstelligen, kommt dann das im Rahmen der Landreform errichtete, zur MST positiv eingestellte Institut »INCRA« ins Spiel.[5] Es schickt bald nach der Besetzung eine Gruppe zur Begutachtung dorthin, ob das Land geeignet ist, und diese Untersuchung kann bis zu zwei Jahre dauern. Während dieser Untersuchungszeit bauen die Besetzer um das Gebiet herum ihre Zelte auf oder lassen sich in der Nähe nieder und warten den Ablauf dieses Prozesses ab. Gegen die Besetzung spricht der Umstand, dass diese Zeit bis zur Anerkennung abzuwarten und unter sehr schwierigen Voraussetzungen zu verbringen ist.

Die Niederlassungsgebiete: Dem Lager folgt die »assentamento«, also die Ansiedlung. Landbesetzung, gesetzliche Prozeduren, Landbewirtschaftung, Unterbringung, Organisation und der Kampf sind für die dortige Bevölkerung zum großen

4 http://g1.globo.com/pr/norte-noroeste/noticia/2014/03/500-familias-sem-terra-ocupam-fazenda-no-norte-do-pr-diz-mst.html

5 http://www.incra.gov.br/%20,%20http://theredddesk.org/countries/actors/national-institute-colonisation-and-agrarian-reform-brazil

Teil abgeschlossen und die Gebiete sind in umfassenderem Rahmen dem Kampf der MST angebunden. Ich habe bisher zwei Siedlungsgebiete besucht und eines davon war vollständig kollektiv, das andere halbkollektiv.

Copavi ist ein Siedlungsgebiet, in dem 37 Familien gemeinsam und zu 100 % kollektiv zusammen leben. Gleichzeitig werden alle politischen Entscheidungen, da es Teil der MST ist, von der Kooperative getroffen. Sie entscheiden jedoch selbst, dass sie kooperativ bleiben, da sie anderenfalls nicht auf eigenen Beinen stehen können. Es gibt dort 236 ha Land, das vorher monokulturell bewirtschaftet wurde, aber jetzt ökologisch bewirtschaftet wird. Die Grundpolitik der MST ist das Modell des Anbaus und der Nutzung regionaler Erzeugnisse zur Eigenversorgung.

Das andere Gebiet ist Serapuí, wo mehr als 30 Familien zusammen leben. Es ist kein Kollektiv im Ganzen, aber einige der dortigen Familien führen zusammen eines, das sie gegründet haben. Als ich dort war, wurden gerade am Eingang des Siedlungsgebiets ein Kooperativengebäude und eine Kirche gebaut. Das erste Gebäude ist mittlerweile fertiggestellt und sie verkaufen auf dem Marktplatz ihre eigenen Erzeugnisse.[6]

Normalerweise finden die Besetzungen in ländlichen Gebieten statt, da es für die Lager und Siedlungsgebiete grundlegende Gesellschaftsprinzipien sind, landwirtschaftlich zu produzieren und sich selbst zu genügen. Doch es gibt beispielsweise auch zwei Siedlungsgebiete in São Paulo, eines davon, »Comuna«, das ich besucht habe, erinnert an eine kleine Wohnanlage. Das Wohneigentum gehört den einzelnen Personen und somit können sie es an- und verkaufen, was viele der Besetzerfamilien getan haben und dann weggezogen sind. In diesen Wohnbezirken leben auch die Stadtkader der MST, die dort ihre eigenen Wohnungen haben. Sie sind also nicht völlig geleert, aber die Menschen, mit denen ich gesprochen habe, sagen, dass sie sich mit den neu zugezogenen Eigentümern, wegen denen eine politische Arbeit nicht mehr möglich sei, zu einer normalen Wohnanlage gewandelt hätten. Diese Situation, also die Apolitisierung derjenigen mit Privateigentum und Landbesitz, wird innerhalb der MST als ernsthaftes Problem betrachtet und draußen oft als Kritikpunkt genannt.

Nach João Pablo Rodriguez[7] ist die Bewegung derzeit mit drei großen Problemen konfrontiert:

1. Ökonomisches Potenzial bedingt neue politische Strategien. Über die grundlegenden Bedürfnisse wie Land, Bildung, Unterkunft und Nahrung hinaus hat jeder Haushalt ein Auto, einen Computer, einen LCD-Fernseher usw. Wie verhindert man in solch einer Lage den Wandel zur Kleinbourgeoisie?

2. Wie können wir während dieser starken Phase des Kapitalismus eine Landreform durchführen?

3. Und was wird aus der Position des MST nach den Landreformforderungen, Erfahrungen und dem Erstarken des politischen Widerstands?

Ausgehend hiervon folgen die Arbeitsbereiche, auf die sie sich konzentrieren:

- Nutzung der Technologien;
- Umgestaltung (eignet sich insbesondere für die Jugend in den ländlichen Gebieten);
- Sozialismus für die Basis (Sexismus, Frauenbeteiligung, Ökologie, Agrarökologie);
- Aufrechterhaltung der Bewegung und ihres Charakters (die Notwendigkeit für die Niedergelassenen, den Kampf auch beim Hinzukommen neuer Familien weiterführen zu müssen, und das Risiko, sich von einer sozialen Bewegung in eine NGO zu verwandeln, werden hierbei recht deutlich).

Auf ihrem letzten Kongress wurde die Dringlichkeit einer Volkslandreform unterstrichen und es wurde entschieden, den politischen Kampf um die Agrarökologie herum weiterzuführen und Leben und Produktion inmitten des Ökosystems neu zu organisieren und aufzubauen.

Die MST unterhält derzeit drei große Institute zur Ausbildung politischer Kader. Außerdem gibt es, da politische Bildung die Hauptader der Bewegung ist, 34 Zentren und jede Region hat ihre eigenen Schulen. Und dies bedeutet mehr als 2 000 Schulen. Meist sind sie in den Lagern und Siedlungen als Grundschulen eröffnet worden, in denen die Kinder im Geschichtsunterricht über die Revolutions- und Arbeitergeschichte unterrichtet werden. Folglich wird auch mit der Ausbildung zu Aktivisten begonnen. Grundlage ist das pädagogische Bildungssystem nach Paulo Freire. Der Bau dieser Schulen und das gesamte benötigte Material werden durch die MST beschafft. Der Staat bestimmt die Einzelheiten, mischt sich inhaltlich jedoch nicht ein. Nach Eröffnung der Schulen arbeiten dort in den ersten vier Jahren vom Staat entsandte Lehrer und im Anschluss bilden die eigenen MST-Kader weiter aus. Deren Gehälter werden vom Staat bezahlt.

6 https://www.facebook.com/organicoslamarca/info?tab=page_info

7 João Pablo Rodriguez Chaves ist Mitglied der Nationalen Koordination, ein MSTler der zweiten Generation, und seine Familie lebt im Lager.

Als ich in einem Gespräch über Bildung und Gestaltung einem Kader sagte, dass »wir, sobald wir Platz finden und eine Ausbildung versuchen, innerhalb weniger Monate unter Druck gesetzt und geschlossen werden«, gab er mir zur Antwort: »Wir haben viele Institutionen, Schulen und Aktivitäten nicht offen politisch vom Staat oder den Parteien gefordert, sondern sie, die Schwächen der Bürokratie nutzend, getarnt realisiert. Viele unserer Aktivitäten sind also eigentlich Untergrundaktivitäten *[er benutzte das Wort ›clandestino‹]*.« Die gesamten Zeiten der Besetzungen, die Vorbereitungen von Schulen, Instituten und Kooperativen wurden und werden auf der Grundlage gesetzlicher Prozeduren vorbereitet und legalisiert.[8] Mit Hilfe ihrer vorbereiteten Programme, Projekte und insbesondere der Vorteile einer seit zehn Jahren bestehenden linken Regierung konnten all diese Errungenschaften erzielt werden.



Frida-Kahlo-Kunsthaus in der Florestan-Fernandes-Volksschule Foto: Özlem Yeniay

»Educação popular«[9]

Die Landlosen verfolgen mit der politischen Bildung das Ziel, einen Kaderstamm auszubilden, der »Widerstand und Organisierung« weiterführen kann. Das Programm selbst beinhaltet die politische Ökonomie (Agrarökologie), die Philosophie der Geschichte und den marxistischen Materialismus.

Das politische Seminar, an dem wir teilgenommen haben, wurde in einem zwei Stunden von São Paulo entfernten kleinen Ort in der Florestan-Fernandes-Volksschule durchgeführt. Die ENFF (Escola Nacional Florestan Fernandes) wurde auf einem von dem Autor José Saramago, dem Fotografen Sebastião Salgado und dem Musiker Chico Buarque gespendeten Grundstück mit ehrenamtlicher Hilfe aufgebaut. Im Eingangsbereich sind eine Wand und eine Eisentür mit Bildern früherer Kursteilnehmer geschmückt, daneben gibt es einen kleinen Pavillon, was das Gebäude von außen betrachtet wie eine Grund- oder eine Kunstschule wirken lässt. Im Innenbereich sind rechts und links kleine einstöckige Wohnungen, in denen, wie wir später erfahren haben, die Kader wohnen, und ein Kinderbetreuungshaus. Im hinteren Bereich des Grundstücks führt ein Pfad ca. 200 m durch ein kleines Waldstück und man sieht sich einer riesigen Küche mit Kantine gegenüber. Außerdem gibt es auf dem Grundstück gepflasterte Wege und Lampen, die an ein Ferienlager für Beamte oder Banker aus den 1990ern erinnern. Gleich hinter der Kantine befindet sich ein rechteckiger Hofbereich, in dem sich Bücherei, Büros und Seminarräume aneinanderreihen. Jeder Tag wird mit einem Ritual, der Aufführung eines »mística« genannten Musical-Stücks, begonnen. Und beim Durchqueren dieses Hofbereichs sieht man zum ersten Mal überall an den Wänden, auf Tafeln mit Kursbezeichnungen die Namen Rosa, Marx, Palästina, Kuba usw. und ich bin nicht sicher, ob dieses beeindruckende Gefühl zu beschreiben ist. Noch weiter nach unten stehen Wohnheime, das Frida-Kahlo-Kunsthaus und am hintersten Ende eine Wäscherei. Um dieses dreigeteilte Areal aus Wohnheimen, Seminarräumen und Kantine liegen Gärten, die den täglichen Lebensmittelbedarf der Schule decken und in denen

8 http://www.mstbrazil.org/news/mst-issues-statement-about-current-political-situation-agrarian-reform

9 Volksbildung: Das Wort »popular« wird im Portugiesischen landläufig mit der Bedeutung »Volk« benutzt. Daher wird es Worten wie Bildung, Widerstand und vielen weiteren angehängt zur Verdeutlichung der revolutionären Bedeutung von klassenlos, vertikal oder verbreitet.



Jin Jiyan Azadî   Foto: Özlem Yeniay

haben alle erfahren, dass Ausbildung nicht nur als theoretischer Unterricht stattfindet, sondern die Bereiche des gemeinsamen Lebens, der kollektiven Erfahrungen, der gemeinsamen Lösung auftretender Probleme, der Arbeitsteilung, des gegenseitigen Verständnisses und der Solidarität weit mehr in der Praxis erlernt werden.

Ich habe während meiner Ausbildung zwei Grundkonzepte beobachtet, die auch in den später von mir besuchten anderen MST-Bildungszentren Grundlagen sind und nach und nach im gesamten Land angewendet werden: Organisation und Systematisierung. Sie verwenden dafür liebend gern das portugiesische Wort »organisidade« und obwohl dieser Begriff zunächst wie derselbe mit derselben Bedeutung im Türkischen und Englischen scheint, so kann er nicht nur als Organisation ausgelegt werden, sondern eher als ein organischer Aufbau, wie beispielsweise ein Körper, der nicht durch Intervention von außen zerteilt ist, sondern die Arbeitsweise seiner gesamten Teile aufzeigt.[10] Nahezu alle sozialen Bewegungen und Vereinigungen, die MST inbegriffen, wenden ähnliche Organisationsformen an, sowohl in den MST-Lagern, -Siedlungsgebieten und -Instituten als auch in anderen Jugendorganisationen und Kollektiven Brasiliens. Entsprechend werden Gemeinschaften als kleinste Einheiten »nuclear base«, also NB, genannt.

In den MST-Lagern werden beispielsweise zunächst die Kernfamilien organisiert. Es gibt für jede Gruppe von 10 bis 20 Familien zwei Koordinatoren. Ein Mann und eine Frau. Neue Mitglieder oder Gruppen eines Lagers beginnen damit, ihre persönlichen Geschichten zu erzählen. Im späteren Verlauf treffen sie selbst ihre Entscheidung, wie sie das neue Leben aufbauen, welche Methoden sie anwenden. Der MST zufolge führt dies zum »Verständnis dafür, dass ihre Geschichten nicht individuell sind, und schafft eine Kollektivierung. Sie erken-

die Schüler sowohl agrarökologische Techniken erlernen als auch als wichtiger Teil des kollektiven Lebens, aktivistische Arbeit genannt, gewirtschaftet wird. Die Schulausgaben werden im Allgemeinen über Spenden, das Obst und Gemüse aus den eigenen umliegenden Feldern oder mit anderen Mitteln aus anderen Sektoren der MST finanziert.

Zeitgleich mit unserer Ausbildungsgruppe gab es weitere, unterschiedliche Seminare mit Teilnehmern aus 19 Ländern und 63 Organisationen. Regelmäßig war die Schule Gastgeberin für Kursgruppen aus Lateinamerika oder Brasilien selbst. Jede Gruppe gab sich kurz vor Beendigung einen Namen und eine Parole. Unsere Gruppe entschied sich nach heißen Diskussionen für das hoffnungsspendende und die Revolution repräsentierende »Rojava« und das Motto »Jin Jiyan Azadî«. Und im Eingangsbereich wurde ein Wandbild von Rojava erstellt.

Das Ziel der Ausbildung ist die Heranbildung von Aktivisten für ökologische Agrararbeit, selbstgenügsame Gesellschaften und die Fundierung nachhaltiger alternativer Ökonomie und eines ebensolchen Lebens. Und der Kern ist, die Kämpfe zu kollektivieren, also hin zu internationalen. Dieses politische Ausbildungssystem, durch das die MST mit uns gemeinsam aufs Neue Erfahrungen sammelt, wird in Kuba nicht mehr angewendet und ist übernommen aus der Sowjetunion. Wir

10 Während der gesamten Ausbildung wurde betont, dass die Begriffe »organizasyon« und »organisidade« nicht dieselbe Bedeutung haben, ohne dies aber zu erklären. Die oben genannte Erläuterung zum Unterschied dieser beiden ist ganz und gar mein eigener Kommentar dazu.

nen, dass ihre Geschichten die Geschichten der Klasse sind. Nach jeder Familiengeschichte nehmen sie wahr, dass unterschiedliche Geschichten im selben historischen Kontext zusammentreffen.« Auch bei der von uns besuchten Ausbildung wurde in Zehnergruppen dasselbe Prinzip angewendet. Das Thema unserer ersten NB-Versammlung war: »Was sind eurer Meinung nach die Dinge, die euer Leben geändert haben, die einen Wendepunkt darstellten?« Ich kann sagen, dieses erste Kennenlernen und die tiefgründigen Gespräche haben uns die Bedürfnisse der Gruppenmitglieder, ihre finanziellen und ideellen Mängel und ihnen bedeutende Dinge erkennen lassen.

Wenn die Zahl der Familien in den Lagern 100–500 erreicht, wird eine Einheit (Brigade) gebildet. Die Nukleare, also Kerngruppen, werden Teil der Einheiten, diese Teil der Regionen und diese wiederum Teil der Bundesstaaten. Die jeweiligen Koordinatoren werden von den Lagerbewohnern gewählt. Jeder Bundesstaat schlägt zwei Personen vor und vertritt innerhalb der MST die Region. Alle zwei Jahre wechseln sich die Personen ab. Es gibt keinen Vorsitzenden oder Leitenden und den allgemeinen Regeln entsprechend schickt jeder Bundesstaat jeweils eine Frau und einen Mann. Auf diese Art und Weise des Aufbaus des gesamten Organisationsgerüsts funktioniert der formierte Vorstand.

Innerhalb dieses allgemeinen Aufbaus wird die Arbeitsteilung, Sektoren genannt, durch die Aufgabenverteilung festgelegt. Alle Gruppenmitglieder müssen zur Gewährleistung der Sicherstellung einer Gemeinschaft auf gleichberechtigter und horizontaler Ebene Einsatz zeigen. Jede Gruppe und jedes Individuum, also die Lager, Siedlungen, politischen Kader der MST, Schulen usw., ist den festgelegten Unterschieden innerhalb der Sektoren gemäß zur Fortführung und zum Bestehen der Gemeinschaft verpflichtet.

Dieser kollektiven Form entsprechend, die in jeder Phase der gesellschaftlichen Organisierung angewendet wird, setzt sich eine Gemeinschaft aus neun Kommissionen (Sektoren) und vier Kollektiven zusammen. Die jeweilige nach dieser Form organisierte Arbeitsgruppe wird Sektor genannt. Somit sind alle Gruppenmitglieder auf irgendeine Weise in diesen Gruppen und tragen zur Ausführung bei.

Die Sektoren sind: politische Bildung, Kommunikation, Finanzen, Pädagogik, Widerstand (die Gruppe, die im Falle einer Besetzung oder zur Verteidigung in der vordersten Reihe steht), Menschenrechte, Geschlechtlichkeit, Gesundheit und Produktion (Korporation und Umwelt).

Als Kollektive festgelegt sind Kultur und Kunst, Jugend, internationale Beziehungen und Projekte.

Bis hierhin habe ich versucht, meine während der dort verbrachten Zeit erlangten Erkenntnisse über den allgemeinen Aufbau der Landlosenbewegung, ihre politischen Ziele, die Art der Organisierung der Arbeit und des Lebens zu veranschaulichen, die uns eigentlich im Studium und im Unterricht vermittelt wurden und in kleinen Büchlein stehen. Wenn man mit 31 Jahren daran denkt, dass Millionen Menschen organisiert sind und auf dem eigenen Kontinent ein wirksames Gebilde darstellen, dann könnt Ihr Euch vorstellen, dass es noch viel mehr zu erzählen gäbe. Ich habe auch die Absicht, dies weiterhin vorzustellen, aber Ihr habt sicher schon aus diesen Worten ein Gefühl für die Stärke dieses Gebildes gewonnen. Während der gesamten politischen Ausbildung wurde immer wieder gemahnt, dass einer der wichtigsten Grundsätze der Bewegung ist, nichts und niemandem zu erlauben, sich vor diese kollektive Ordnung zu stellen. Auch wenn die Person oder die Situation noch so sehr im Recht oder richtig sein sollte, so wäre die Gefahr, dem Kollektiv Schaden zuzufügen, weit größer als die Möglichkeit, ihm dienlich zu sein. Das bedeutet also, den Lauf der Zeit, des Wissens, der Aktion (essen, schlafen, aufstehen, arbeiten, ausruhen etc.) und insbesondere des Denkens mit derselben Geschwindigkeit und von den Kollektiven bestimmt zu praktizieren. Soweit ich während und im Anschluss meiner Ausbildungszeit beobachten konnte, entzieht sich einer Kritik diesem Ganzen gegenüber die Grundlage, weil uns eine Einheit gegenübersteht und deren Fortführung ein Grundsatz ist, so dass man in Beziehung mit diesem Teil steht. Das Gebilde und der gerechte Kampf stellen sich so vor das Individuum und die Erfahrungen, dass Emotionen, Gedanken und alle Fakten, die dem Ganzen Schaden zufügen könnten, ohne Weiteres verschluckt werden. Sehr viele Genossen, die wie ich aus neuen sozialen Bewegungen und Diskussionen kamen, hatten nach dem ersten Abschnitt der internationalen Ausbildung das Problem, ausgeschlossen worden zu sein, obwohl sie eingeladen worden waren, diese Erfahrungen zu teilen und zu fördern. Die gemeinsame Botschaft der Genossen, die während der Ausbildung als bourgeois, faul, launisch oder respektlos beschuldigt wurden, war am letzten Tag diese: »Wir sind nicht eure Feinde, wir sind eure Genossen!«

Unsere derzeitige Art und Weise des Bezugs zu den wenigen, aber vorhandenen Organisationen bewegt sich zwischen den unterschiedlichen politischen Ansichten, die von außen heraus angreifen, und den Lobgesängen der Aktivisten. Ich bin davon überzeugt, dass eine andere Art von Erfahrung und Geist möglich ist und dass unsere Distanzen einer Änderung bedürfen. Mein Geist und eine Ecke meines Gewissens sagen mir, dass auf diesem Landstrich, wo Armut und Hunger noch weit andere Dimensionen haben, diesen großen Mühen und unglaublichen Erfahrungen nicht trotzig begegnet, sondern zusammengegangen werden sollte, Distanzen verringert werden sollten, wir uns wandeln und verwandeln müssen. ♦

Büchel ist überall – Atomwaffenfrei jetzt

20 Wochen Aktions-Präsenz in Büchel

Holger Deilke

Büchel ist der Ort, an dem die letzten 20 Atombomben auf deutschem Boden lagern. Auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel (Rheinland-Pfalz) üben Bundeswehr-Piloten mit Tornados US-Atombomben ins Ziel zu fliegen. Aber nicht nur das: Dort wird nicht nur für zukünftige atomare Kriege trainiert, sondern von dort aus wird schon jetzt aktiv Krieg geführt. Büchel spielt eine zentrale Rolle beim völkerrechtswidrigen NATO-Kriegseinsatz in Syrien: Zu den vier Tornados des schleswig-holsteinischen Militär-Stützpunktes Jagel wurden im Januar 2016 zusätzlich zwei Tornados sowie weitere zwanzig Militärangehörige aus Büchel für mindestens ein Jahr für Einsätze in Syrien auf den Militärstützpunkt Incirlik/Türkei verlegt. Sie sind dort stationiert, um als Teil der NATO-Truppen in den Krieg in der Region einzugreifen. Auf der Webseite der Bundeswehr heißt es dazu am 3.4.2016: »Die Tornados führen Aufklärungseinsätze ausschließlich über dem Hoheitsgebiet von Syrien und dem Irak durch. Der Luftraum der Türkei wird nur zum An- und Abflug genutzt. Bisher lagen etwa 40 Prozent der beauftragten Aufklärungsziele in Syrien und etwa 60 Prozent im Irak.«

Das Transportieren und Abwerfen der Atombomben durch Bundeswehr-Tornados ist das Konzept der »nuklearen Teilhabe« Deutschlands: Deutschland hat sich im Atomwaffensperrvertrag von 1970 verpflichtet, Atomwaffen oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen, und diese Verpflichtung 1991 im 2+4-Vertrag bekräftigt. Mit der nuklearen Teilhabe wird das umgangen. Neue flexiblere (einstellbare Sprengkraft, größere Zielgenauigkeit …) Atombomben sollen ab 2024 im Fliegerhorst Büchel zum Einsatz bereitstehen. Neustationierungen von Atomwaffen sind allerdings verboten, weshalb der Austausch alt gegen neu »Modernisierung« genannt wird.

Die Option zum Ersteinsatz von Atomwaffen ist Teil der NATO-Doktrin. Deshalb hält die Bundesregierung auch an der atomaren Teilhabe fest und investiert in die Modernisierung der Trägersysteme (Tornados), damit die »modernisierten« Bomben ebenfalls bedient werden können.

Abstimmungsverhalten der BRD in der UN-Vollversammlung im Dezember 2015:

1. Deutschland stimmte gegen die ethische Verpflichtung zur Abschaffung von Atomwaffen.

2. Deutschland stimmte gegen die Forderung einer Ächtung von Atomwaffen.

3. Deutschland enthielt sich bei der Abstimmung über die Anerkennung katastrophaler humanitärer Konsequenzen eines Atomwaffengebrauchs.

4. Deutschland enthielt sich bei der Forderung nach Einrichtung der Offenen Arbeitsgruppe der UN-Generalversammlung zur rechtlichen Umsetzung eines Atomwaffenverbotes, will aber darin »mitarbeiten«.

Aktionen in Büchel:

Für den Fliegerhorst arbeiten ca. 2000 Personen, darunter viele zivile Arbeitskräfte. Er ist deshalb in weitem Umkreis der größte Arbeitgeber, und eine Infragestellung dieses Standortes stößt in dieser sehr ländlichen Gegend auf große Ablehnung. Dennoch: Durch zähe Hartnäckigkeit von Teilen der Friedensbewegung haben sich vor Ort vielfältige Aktionen zivilen Ungehorsams in Form von kleineren und größeren Blockaden etabliert. Damit halten diese Aktionsgruppen das Thema präsent.

Bis 2013 waren es nur vereinzelte kleine Aktionen und Gruppen, die die Antikriegspräsenz in Büchel aufrechterhielten. 2013 gab es eine große Musikblockade, 2014 ein achttägiges Aktionscamp mit verschiedenen Blockaden, 2015: Büchel 65. Während der 65 Tage kam es an mehr als 30 Tagen zu Behinderungen im Ablauf der Militärroutine. An mehreren Tagen war das gesamte Gelände für 2 Stunden komplett dicht. Mehr als 450 AktivistInnen haben sich an der Aktion beteiligt.

35 Gruppen sind aus dem ganzen Bundesgebiet und Frankreich angereist.

Dieses Jahr findet nun eine 20-wöchige Aktionspräsenz vor dem Fliegerhorst statt. 20 Kalender-Wochen stehen für 20 Atombomben: Seit 26. März 2016 (26.3.2010: Beschluss aller Fraktionen des Bundestages mit großer Mehrheit für den Abzug aller Atomwaffen von deutschem Boden) bis zum Nagasaki-Gedenktag, 9. August, führen Aktionsgruppen am Atomwaffen-Stützpunkt Büchel Mahnwachen und andere gewaltfreie Aktionen (z. B. Blockaden) in eigener Verantwortung durch (der Verantwortliche für die Internetseite von Büchel65 hat am 22. Juni einen Prozess vor dem Amtsgericht in Cochem, in dem er verantwortlich gemacht werden soll für die letztjährigen Aktionen). Eine gut sichtbare Friedenswiese mit dauerhaften Friedenssymbolen der verschiedensten Gruppen wird eingerichtet. Die einzelnen Aktionsgruppen werden vor Ort von einzelnen AktivistInnen unterstützt und beraten. In der Regel richten sich die Gruppen vor dem Haupttor ein (mit Transparenten, Musik, und der Hoffnung auf gutes Wetter). Sind genügend Menschen vor Ort, ziehen häufig kleinere Gruppen vor die anderen Tore der Kaserne, um diese ebenfalls zu blockieren. Die Bundeswehr ist offensichtlich daran interessiert, dass es kein Aufsehen gibt, und richtet sich im Wesentlichen auf das zeitlich begrenzte Blockiertsein ein.

Im Herbst 2016 wird überlegt werden, ob ab 2017 eine Dauerpräsenz eingerichtet wird bis zum Abzug aller Atomwaffen aus Büchel. Die Reaktionen von Militär und Polizei werden sicher nicht immer so zurückhaltend bleiben. Aber wie heißt es: Das weiche Wasser bricht den Stein. ♦



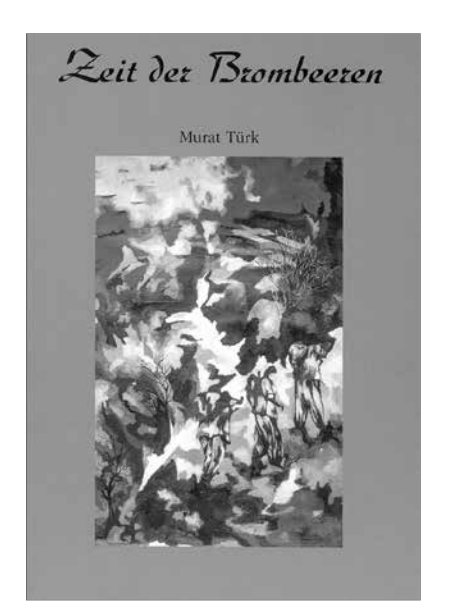
Büchel spielt eine zentrale Rolle beim völkerrechtswidrigen NATO-Kriegseinsatz in Syrien: Zu den vier Tornados des schleswig-holsteinischen Militär-Stützpunktes Jagel wurden im Januar 2016 zusätzlich zwei Tornados sowie weitere zwanzig Militärangehörige aus Büchel für mindestens ein Jahr für Einsätze in Syrien auf den Militärstützpunkt Incirlik/Türkei verlegt. Foto: hd

Zeit der Brombeeren

Prosa aus dem Folterknast

Buchbesprechung von Florian Wilde

Ein PKK-Kämpfer schlägt sich schwer verletzt durch die Berge – und erfährt die Solidarität seiner Mitmenschen. Murat Türks »Zeit der Brombeeren« gehört zu den wenigen kurdischen Guerillaromanen, die in deutscher Sprache vorliegen.



Murat Türk
Zeit der Brombeeren
Mezopotamien Verlag
Neuss 2016
225 Seiten
11,90 Euro

Der kurdische Freiheitskampf hat nicht nur wichtige Beiträge zur politischen Theorie und Praxis, sondern auch einen reichen musikalischen Schatz und zahlreiche literarische Werke hervorgebracht, darunter auch viele Werke der Genres Guerilla- und Gefängnisliteratur. Wenig davon wurde bisher auf Deutsch übersetzt. Nun liegt mit »Zeit der Brombeeren« zum zweiten Mal überhaupt ein kurdischer Guerillaroman in deutscher Sprache vor, dessen einfühlsame Übersetzung Meral Zin Çiçek besorgte.

In der autobiografisch gefärbten Erzählung schildert Murat Türk das Leben des Protagonisten Şervan in den Reihen der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK). Seine kleine Einheit zieht auf nächtlichem Marsch durch die Berge. Als er und seine Genossen ein Camp türkischer Soldaten entdecken, schleichen sie sich in die Zelte und entwenden die Gewehre. Dann aber nimmt die Gruppe eine falsche Abzweigung und gerät in einen Hinterhalt. Nach stundenlangen Kämpfen muss sie sich zurückziehen – und den schwer verletzten Şervan unter einem Brombeerbusch zurücklassen.

Von dort aus muss sich dieser alleine zu seinen Genossen durchschlagen. Einsam durchstreift er die Berge und macht dabei immer wieder Erfahrungen mit der großen Solidarität aus der Bevölkerung. Obwohl sie damit ihr Leben und ihr ganzes Dorf in Gefahr bringen, verstecken und versorgen einfache Menschen immer wieder den verletzten Kämpfer, geben ihm Medikamente, Kleidung und Schuhe. Doch nicht jedem ist zu trauen: Der Staat hat sich mit den »Dorfschützern« ein Netzwerk bewaffneter Informanten und Verräter aufgebaut. Dörfer, deren Bewohner den Guerilleros halfen, werden niedergebrannt. Und trotzdem findet Şervan immer wieder Menschen, die seinen Kampf unterstützen und ihm helfen, bis er seine Gruppe schließlich wiederfindet.

Leider verlässt die Erzählung kaum die Ebene unmittelbaren Erlebens, eingeflochten in die detailliert-blumige Schilderung der Berglandschaft. Der Leser oder die Leserin erfährt wenig über Şervans Hintergrund, seine Motive, in die Berge zu gehen, seine politische Ausbildung, seine Entwicklung. Auch der politisch-historische Kontext wird kaum thematisiert.

An den Klassiker des autobiografisch gefärbten Guerillaromans, Omar Cabezas »Die Erde dreht sich zärtlich, Companera« (vor dem Hintergrund des Guerillakrieges im Nicaragua der 1970er Jahre), der eine spannende Schilderung des Guerillaalltages in einen mit dem historischen, sozialen und politischen Geschehen verbundenen Entwicklungsroman einflicht, kann »Zeit der Brombeeren« daher nicht heranreichen. Aber das Buch legt ein plastisches Zeugnis der Selbstwahrnehmung eines kurdischen Kämpfers über das Leben in den Bergen ab.

Murat Türk ist so alt wie ich. Wir beide begannen 1992, uns politisch zu organisieren. Er in der Arbeiterpartei Kurdistan, ich in der Sozialistischen Arbeitergruppe (SAG) Kiels. Während ich mit einer Zeitung unter dem Arm vor Infotischen stand, ging er mit einem Gewehr über der Schulter in die Berge. Im Jahr 1995, Murat war 19, ich ging noch zur Schule, wurde er verhaftet. Die vergangenen 21 Jahre verbrachte er in türkischen Gefängnissen, darunter auch den berüchtigten »Typ F«-Isolations- und Folterknästen. Dort schrieb er »Zeit der Brombeeren« mit Stift und Zettel. Es ist das erste Buch einer Trilogie über seine Zeit bei der Guerilla.

Ob der zu lebenslanger Haft verurteilte Murat wohl jemals wieder in Freiheit Brombeeren pflücken kann? Ob es wohl jemals eine Autorenlesung mit ihm geben wird? Wohl nur, wenn es gelingt, die Türkei zu einer Wiederaufnahme des Friedensprozesses zu bewegen, und dieser dann auch eine Amnestie der tausenden kurdischen politischen Gefangenen beinhaltet.

Bücher wie dieses tragen dazu bei, dass die Geschichte und das Schicksal dieser Gefangenen nicht in Vergessenheit geraten. ♦

Diese Rezension erscheint im Herbst im Heft 3/2016 von »Marx21 - Magazin für internationalen Sozialismus«. Wir danken der Marx21-Redaktion für die freundliche Genehmigung zum Vorabdruck.

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
Die Türkei führt Krieg gegen kurdische ZivilistInnen
Foto: DIHA

Rückseite:
Fotoausstellung:
ROJAVA – Frühling der Frauen

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

<u>Periodika</u>



civaka-azad.com



ceni-kurdistan.com



isku.org

AZADI
FREIHEIT
infodienst
nadir.org/azadi/



yxkonline.com

ROJAVA – Frühling der Frauen

Eine Fotoausstellung über den Aufbau der demokratischen Autonomie und Frauenstrukturen in Westkurdistan/Nordsyrien

Die Ausstellung »ROJAVA – Frühling der Frauen« ist aus einer Reise nach Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien) mit der Stiftung der Freien Frauen in Rojava (WJAR) im Dezember 2015 entstanden. Ziel war es, von Rojava nicht nur den Kampf gegen den IS, sondern auch den Aufbau der demokratischen Autonomie und vor allem den Aufbau und die Arbeit der Frauenstrukturen sichtbar zu machen. Die Fotoausstellung gibt einen Über- oder Einblick über/in die Grundsätze des demokratischen Konföderalismus in Rojava, die Strukturen der Frauenbewegung Kongreya Star darin sowie ihre Rolle beim Aufbau der Kommunen, der Ökonomie, der Bildung und der Selbstverteidigung.

Ein Fokus liegt auf der Stadt Kobanê (Ain Al-Arab, kurdische Stadt in Nordsyrien), in der es den YPG gelang, den IS zu brechen und in die Flucht zu schlagen, und auf Şengal (Sindschar), der kurdischen Stadt der ÊzîdInnen im Nordirak, in der der IS versucht, die Menschen einer uralten Glaubenszugehörigkeit auf brutalste Weise auszulöschen. Die Kraft der Frauen in Rojava, die sich tagtäglich unter schwierigsten Bedingungen für eine umfassende Verbesserung der Situation ihrer Gesellschaft einsetzen, beeindruckt auch in den Bildern.
Ein weiterer Teil der Ausstellung stellt die Arbeiten der Frauenstiftung WJAR vor.

WJAR, die Stiftung der Freien Frauen in Rojava, schafft mit ihren Projekten Räume für ein neues, freies Leben von Frauen. Mit deren Vorstellung laden die Ausstellungsmacherinnen ihre BesucherInnen dazu ein, sich für Rojava und damit für eine Hoffnung auf einen Frieden und eine neue Gesellschaft in der Region mit zu engagieren.

Die Ausstellung umfasst zehn DIN-A1-Tafeln und zahlreiche Bilder in DIN-A4 oder -A3, variierbar je nach Platz.

Wenn Ihr/Sie die Ausstellung gerne in eurer Stadt zeigen möchtet, kann angefragt werden unter: wjar2014int@gmail.com

Ansehen könnt ihr euch die Ausstellung unter:
http://rojavafruehlingderfrauen.blogsport.eu/

ROJAVA

Frühling der Frauen

Eine Fotoausstellung über den Aufbau demokratischer Autonomie und Frauenstrukturen in ROJAVA









Die Akademien









ISSN 0935–5375

Beschreibung der Ausstellung auf der Innenseite